

UMWELTFORSCHUNGSPLAN DES  
BUNDESMINISTERIUMS FÜR UMWELT,  
NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT

Forschungsbericht 200 11 226  
UBA-FB 000376



**Ökologische und  
Sozioökonomische  
Anforderungen an  
das Schwerpunktthema  
der Alpenkonvention  
„Bevölkerung und Kultur“**

von

**Prof. Dr. Werner Bätzing**

Institut für Geographie

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Diese TEXTE-Veröffentlichung kann bezogen werden bei  
**Vorauszahlung von 7,50 Euro**  
durch Post- bzw. Banküberweisung,  
Verrechnungsscheck oder Zahlkarte auf das

Konto Nummer 4327 65 - 104 bei der  
Postbank Berlin (BLZ 10010010)  
Fa. Werbung und Vertrieb,  
Ahornstraße 1-2,  
10787 Berlin

Parallel zur Überweisung richten Sie bitte  
eine schriftliche Bestellung mit Nennung  
der **Texte-Nummer** sowie des **Namens**  
und der **Anschrift des Bestellers** an die  
Firma Werbung und Vertrieb.

Der Herausgeber übernimmt keine Gewähr  
für die Richtigkeit, die Genauigkeit und  
Vollständigkeit der Angaben sowie für  
die Beachtung privater Rechte Dritter.  
Die in dem Bericht geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen des  
Herausgebers übereinstimmen.

Die Zusammenfassung dieser Studie ist erschienen unter dem Titel: „*Die aktuellen Veränderungen von Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und Bevölkerung in den Alpen*“ von Werner Bätzing, wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit herausgegeben und ist ebenfalls über das Umweltbundesamt zu beziehen.

Herausgeber: Umweltbundesamt  
Postfach 33 00 22  
14191 Berlin  
Tel.: 030/8903-0  
Telex: 183 756  
Telefax: 030/8903 2285  
Internet: <http://www.umweltbundesamt.de>

Redaktion: Fachgebiet II 1.1  
Dr. Benno Hain  
Gabriele Wollenburg

Berlin, November 2002

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung: Aufgabenstellung, Voraussetzungen und Konzeption dieser Untersuchung	6
1.1. Ausgangsproblem und Aufgabenstellung	6
1.2. Voraussetzungen	8
1.3. Konzeption und Umsetzung	9
2. Der Strukturwandel im Alpenraum und die aktuellen Probleme von Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur	12
2.1. Grundsätzliche Aussagen zum Strukturwandel, zur empirischen Analyse und zur zeitlichen Gliederung	12
2.2. Die Alpen in der Phase der Industriegesellschaft (1871 – 1951)	16
2.3. Die Alpen in der Übergangsphase (1951 – 1981)	18
2.4. Die Alpen in der Phase der Dienstleistungsgesellschaft (1981 – 2000)	20
2.5. Gesamtbewertung der Bevölkerungsentwicklung 1871 – 2000 in den Alpen	23
2.6. Die mit diesem Wandel verbundenen Probleme	26
2.7. Forschungslücken	30
3. Leitideen für eine nachhaltige Alpenentwicklung	32
3.1. Zum Begriff „Nachhaltigkeit“	32
3.2. Leitideen für eine nachhaltige Entwicklung der Alpen	35
3.3. Zur Aufgabe der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit im Alpenraum	37
4. Der Stellenwert des Protokolls „Bevölkerung und Kultur“ innerhalb der Alpenkonvention	41
4.1. Zur Vorgeschichte der Alpenkonvention	41
4.2. Die Resolution der Umweltminister von Berchtesgaden im Oktober 1989	43
4.3. Die „Rahmenkonvention“ und die Protokolle	47
4.4. Gründe für die Nichtrealisierung eines Protokolls „Bevölkerung und Kultur“	55

4.5.	Vorschläge für eine mögliche Implementierung des Protokolls „Bevölkerung und Kultur“	57
4.6.	Die vorliegenden Protokoll-Entwürfe	62
5.	Grundsätzliche Überlegungen zu zentralen Begrifflichkeiten und Inhaltlichkeiten eines Protokolls „Bevölkerung und Kultur“	66
5.0.	Einleitung	66
5.1.	.Zum Begriff „Kultur“	66
5.2.	Was ist „Alpenkultur“?	72
5.3.	Zum Verhältnis zwischen Kultur und Sprache/Dialekt in den Alpen	75
5.4.	Zur Inszenierung von Alpenkultur	78
5.5.	Zum unterschiedlichen Stellenwert der Alpen und der Alpenkultur in den einzelnen Alpenstaaten	82
6.	Vorschläge für Themenbereiche, Inhalte, Maßnahmen und Umsetzungsschritte eines Protokolls „Bevölkerung und Kultur“	91
6.0.	Einleitung	91
6.1.	Zwölf Themenbereiche und Handlungsziele	91
6.2.	Regionsspezifische Ausdifferenzierung der zwölf Themenfelder	102
6.3.	Beteiligungsverfahren und Stärkung von räumlicher Identität und Lebensraumverantwortung	106
6.4.	Exemplarische Umsetzungsmaßnahmen und Pilotprojekte	111
7.	Zusammenfassung	116
	Summary	118
8.	Quellen- und Literaturverzeichnis	121
8.1.	Verzeichnis der Dokumente der Alpenkonvention	121
8.2.	Dokumente und Entwürfe für ein Protokoll „Bevölkerung und Wirtschaft“ beziehungsweise „Bevölkerung und Kultur“	121
8.3.	Verzeichnis der ausgewerteten Publikationen zum Thema Nachhaltigkeitsindikatoren	122
8.4.	Literaturverzeichnis	123

Anhang	127
Liste der Fachgespräche, die im Rahmen dieser Analyse geführt wurden	128
Tabelle 1: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1871 – 1951	
Tabelle 2: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1951 – 1981	
Tabelle 3: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1981 – 2000	
Tabelle 4: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen und der Alpenstaaten 1871 – 2000	
Tabelle 5: Ergebnis der Cluster-Analyse	
Karte 1: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1871 – 1951	
Karte 2: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1951 – 1981	
Karte 3: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1981 – 2000	
Karte 4: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1871 – 2000 (Cluster-Analyse)	
Erfolgskontrollbericht	130

# 1. Einleitung: Aufgabenstellung, Voraussetzungen und Konzeption dieser Untersuchung

## 1.1. Ausgangsproblem und Aufgabenstellung

Seit dem Beginn des politischen Prozesses der Erarbeitung einer „Alpenkonvention“ im Jahr 1989 stand ein mögliches „Protokoll“ (rechtlich-politisches Maßnahmenbündel) zum Thema „Bevölkerung und Kultur“ auf der Tagesordnung, es wurde aber bis heute nicht realisiert. Mit der Auflösung verschiedener politischer Blockaden im Jahr 2000, die die Arbeit an der Alpenkonvention viele Jahre lang behindert hatten, rückte die Realisierung eines solchen Protokolls jedoch in greifbare Nähe. Allerdings war dabei unklar, ob die Vertragsparteien wirklich ein solches Protokoll wollten, und vor allem war völlig unklar, wie die Inhalte, die Zielsetzungen und die Maßnahmen aussehen sollten.

In dieser Situation schrieb das Umweltbundesamt das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben Nr. 200 11 226 mit dem Titel „Umsetzung der sozioökonomischen und ökologischen Aspekte des Nachhaltigkeitsprinzips bei der Ausarbeitung des Schwerpunktthemas der Alpenkonvention ‚Bevölkerung und Kultur‘“ aus. Ziel war es, die politische Diskussion um das mögliche Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ durch eine wissenschaftliche Untersuchung zu analysieren und zu vertiefen und auf diese Weise die politische Entscheidungsfindung zu erleichtern. Dabei wurden vom Umweltbundesamt zwei prioritäre Aufgabenstellungen benannt:

1. Entsprechend der Aufgabenstellung des Umweltbundesamtes sowie der Alpenkonvention – Realisierung einer integrativen Umweltpolitik – sollte das Themenfeld „Bevölkerung und Kultur“ nicht allein sozialwissenschaftlich-kulturtheoretisch aufgearbeitet werden, sondern es sollte von der Schnittstelle zwischen Ökologie und Sozioökonomie her beleuchtet werden, und Gleiches galt für die Analyse der konkreten Konflikte und für Lösungsvorschläge.
2. Ein besonderes Anliegen war die Erarbeitung von Vorschlägen für sozioökonomische Zielformulierungen, die sich an den Ausarbeitungen der Alpenkonventionsarbeitsgruppe „Umweltqualitätsziele“ orientieren und ein mögliches Indikatorensystem entwickeln sollten.

Da der Bearbeiter die politischen und kulturellen Verhältnisse im Alpenraum gut kennt, war es von vornherein selbstverständlich, dass dieser Auftrag nur dann zu einem positiven Beitrag führen konnte, wenn er bewusst die sehr unterschiedlichen und verschiedenartigen Verhältnisse in den bayerischen, österreichischen, schweizerischen, französischen, italienischen, slowenischen Alpen und in Liechtenstein berücksichtigte und analysierte.

Deshalb wurde die Aufgabenstellung im Antragsschreiben vom 18. April 2001 folgendermaßen formuliert:

1. Analyse der aktuellen Situation zum Themenfeld „Mögliches neues Protokoll der Alpenkonvention: Bevölkerung und Kultur“: Stand der Diskussion in den Mitgliedsstaaten der Alpenkonvention, Analysen der Kontroversen um einen solchen Protokollentwurf, um zentrale Probleme und Inhalte (Themenfelder) und um konkrete politische Forderungen (Protokollinhalte);
2. Bewertung der aktuellen Situation in Hinblick auf die Frage, wie mit diesem Themenkomplex umgegangen werden sollte (Ist ein „Protokoll“ sinnvoll oder nicht?) und Erarbeitung von wissenschaftlich abgestützten Empfehlungen a) für die zentralen Themenfelder und Forderungen eines Protokolls „Bevölkerung und Kultur“ und b) für alternative politische Strategien zur Umsetzung dieser Inhalte ohne ein solches Protokoll sowie Erarbeitung eines Vorschlages für sozioökonomische Zielformulierungen und eines Zielsystems, das sich an den Ausarbeitungen der Arbeitsgruppe „Umweltqualitätsziele für die Alpen“ orientiert.

Während der Laufzeit dieses Projektes wurde auf der 19. Sitzung des Ständigen Ausschusses der Alpenkonvention am 6. und 7. September 2001 in Aosta beschlossen, eine Arbeitsgruppe „Bevölkerung und Kultur“ einzusetzen, die aber keinen Protokollentwurf vorbereiten, sondern zuerst einmal Materialien und Dokumente zu dieser Thematik zusammentragen sollte. Auf diesem Hintergrund wurde die Aufgabenstellung dieser Untersuchung noch einmal wie folgt präzisiert (Zitat aus dem Protokoll der Arbeitsbesprechung vom 13.09.2001 in Berlin): „Wir sammeln nicht breit diverse Materialien, sondern entwickeln einen fachlich-methodischen Ansatz, wie man sich der Thematik „Bevölkerung und Kultur“ sinnvoller Weise, d.h. unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Diskussion, nähern müsste. Dies beinhaltet zwei Teilbereiche: 1. Methodischer Input: Erarbeitung einer in sich stimmigen Konzeption für diese Thematik, die explizit den Gesamtzusammenhang der Alpenkonvention thematisiert und das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ darin positioniert. 2. Inhaltlicher Input: Erarbeitung der Inhalte, Themen, Sachverhalte, die in einem solchen Protokoll angesprochen werden müssten... Die latenten und offensichtlichen Zielkonflikte, die es dabei gibt, sollen offen angesprochen werden.“

## 1.2. Voraussetzungen

Die erfolgreiche Bearbeitung dieser sehr komplexen Aufgabenstellung erfordert eine Reihe von Voraussetzungen, über die der Bearbeiter nur verfügt, weil er sich seit mehr als zwanzig Jahren schwerpunktmäßig mit den Alpen beschäftigt:

- Kenntnis der konkreten Vielfalt des Alpenraumes (langjährige Kontakte zu Wissenschaftlern, Institutionen, Bewohnern in allen Alpenstaaten, siebenjährige Berufstätigkeit an der Universität Bern/Schweiz, Gastprofessuren an den Universitäten Wien und Genua)
- Integrative Analyse der Alpenentwicklung (Zusammenspiel Wirtschaft-Gesellschaft-Umwelt) in den „Alpen“-Büchern (Bätzing 1984 und 1991) sowie wissenschaftstheoretische Reflexion solcher Ansätze (Bätzing 2000)
- Analyse der demographischen Entwicklung der Alpen 1870 – 1995 auf Gemeindeebene, sozioökonomische Typisierung von Gemeinden und Regionen und Entwicklung von Indikatoren (seit 1991)
- Beschäftigung mit und wissenschaftliche Beratung für die Alpenkonvention (Teilnahme an den Vorbereitungskonferenzen in Lindau und Vaduz 1988, Mitglied „Expertengruppe Messerli“ in Bern 1992 – 1993 zur Erarbeitung eines Protokollentwurfs „Bevölkerung und Wirtschaft“)
- Analyse und Dauerbeobachtung der soziokulturellen Probleme in zwei Talschaften mit gegenläufiger Entwicklung (Abwanderungsregion Valle Stura di Demonte/Piemont/Italien seit 1978; Tourismusregion Gasteiner Tal/Salzburg/Österreich seit 1984)
- Wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Phänomen „Nachhaltigkeit“ und Beratung bei Fragen seiner Umsetzung

Die langjährigen persönlichen Erfahrungen in diesen sechs Bereichen ermöglichten es, diese komplexe Aufgabenstellung auf eine sinnvolle Weise zu bearbeiten, zumal die einschlägige Literatur bereits bekannt war und nicht erst aufgearbeitet werden musste. Darüber hinaus wurden konkrete Teilaufgaben an folgende Personen vergeben:

- Durchführung verschiedener Fachgespräche (Dr. Manfred Perlik, Basel)
- Durchführung von Fachgesprächen in Frankreich (Caroline Delaporte, Nancy)
- Aufbereitung, Auswertung und kartographische Gestaltung von demographischen Daten (Yven Dickhörner, Nürnberg).

### 1.3. Konzeption und Umsetzung

Da die Thematik „Bevölkerung und Kultur“ im Rahmen einer integrativen Umweltpolitik analysiert werden soll und die Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Gesellschaft explizit thematisiert werden sollen, braucht es eine Analyse der Alpenentwicklung in integrativer Perspektive (Wechselwirkungen Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit). Diese Analyse besitzt die Funktion der integrativen Basis, auf die sich alle Analysen zum Thema „Bevölkerung und Kultur“ beziehen.

Um bei dieser Darstellung nicht nur qualitative Aussagen zu machen, sondern auch quantitative Größenordnungen angeben zu können, wird mit der Bevölkerungsentwicklung der Alpen auf Gemeindeebene gearbeitet, die gerade in integrativer Perspektive einen zentralen „Schlüsselindikator“ darstellt (Bätzing 1993, 1998). Im Rahmen dieser Analyse wird jetzt erstmals der Zeitpunkt des Jahres 2000 alpenweit ausgewertet und kommentiert. Dies ist sehr relevant für die aktuelle Alpenentwicklung, weil die Entwicklung seit dem Trendbruch von 1980 in den bisherigen Analysen (1991 beziehungsweise 1995) nur einen recht knappen Zeitraum umfasste, der jetzt deutlich erweitert werden kann.

Der zweite zentrale Arbeitsschritt bezieht sich auf die Alpenkonvention, und er betrifft die Analyse aller Dokumente unter der Fragestellung, welchen Stellenwert darin die Aussagen zum Thema „Bevölkerung und Kultur“ besitzen, welche konkreten Inhalte dabei mit welcher Zielsetzung angesprochen werden und welche Möglichkeiten darin sichtbar werden, ob beziehungsweise wie ein solches Protokoll implementiert werden könnte. Ebenso werden mit dieser Fragestellung die vorliegenden Entwürfe für ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ analysiert.

Ein weiterer Arbeitsschritt besteht in der Durchführung und Auswertung von Fachgesprächen im gesamten Alpenraum. Diese Fachgespräche sind von ganz besonderer Bedeutung, weil zahlreiche zentrale Positionen, Sachverhalte und Bewertungen zum Thema „Bevölkerung und Kultur“ nirgendwo schriftlich dokumentiert sind und die Form der Befragung die einzige Möglichkeit ist, dies in Erfahrung zu bringen. Da das Themenfeld ausgesprochen diffus, mehrdeutig, überkomplex und politisch heikel ist und viele Gesprächspartner dazu keine klare und eindeutige Position besitzen, ist es häufig wenig sinnvoll, klar strukturierte Leitfadenterviews zu führen, sondern viel wichtiger ist es, die normativen Rahmenbedingungen und die impliziten soziokulturellen Bewertungen wahrzunehmen und zu verstehen.

Diese längeren und kürzeren Fachgespräche wurden geführt mit hohen Beamten der Alpenkonvention, Vertretern von NGO's im Alpenraum und Wissenschaftlern. Dabei ging es um folgende Themenfelder:

- Die Alpenkonvention und das mögliche Protokoll „Bevölkerung und Kultur“: Woher rühren die Schwierigkeiten?
- Welche Vorschläge für Form, Inhalt, Umsetzung eines solchen Protokolls gibt es?
- Welche politischen und Lobbygruppen setzen sich für und welche gegen ein solches Protokoll ein und warum?
- Welchen Stellenwert besitzt „Kultur“ allgemein und „Alpenkultur“ im Besonderen im jeweiligen staatlichen und regionalen Kontext?
- Welche Bedeutung besitzen Kultur und Brauchtum im Alpenraum für den Tourismus sowie für wirtschaftliche und politische Zwecke allgemein?

Daneben wurden zur thematischen Abrundung noch Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren (Lokale Agenda 21, Gemeindeleitbilder) ausgewertet. Daraus ergibt sich folgende Gliederung:

Kapitel 2 stellt den ablaufenden Strukturwandel im Alpenraum (Wechselwirkungen Umwelt-Wirtschaft-Gesellschaft) dar und arbeitet die damit verbundenen Problemkonstellationen heraus.

Kapitel 3 klärt die Grundsatzfrage, was „nachhaltige Entwicklung“ für den Alpenraum inhaltlich heißt, bewertet den ablaufenden Strukturwandel normativ an der Leitidee der Nachhaltigkeit und erarbeitet dann die zentralen Nachhaltigkeitsprobleme, wobei auf das Themenfeld „Bevölkerung und Kultur“ ein besonderes Gewicht gelegt wird, so dass die inhaltlichen Anforderungen, die an ein mögliches Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ gestellt werden müssen, deutlich werden.

Kapitel 4 analysiert den Prozess der Alpenkonvention (Analyse der wichtigsten Dokumente, Auswertungen von Fachgesprächen), um die aktuelle Situation und die Kontroversen und Konflikte um das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ von innen heraus zu verstehen. Dadurch werden bereits einige Konflikte um formale Gesichtspunkte im Kontext dieses Protokolls sichtbar und verständlich, für die am Schluss dieses Kapitels Lösungen vorgeschlagen werden.

Kapitel 5 beschäftigt sich mit grundsätzlichen Überlegungen zum Protokollinhalt, wobei die Auseinandersetzung um das Verständnis von „Kultur“ beziehungsweise „Alpenkultur“ den zentralen Bestandteil bildet. Am Schluss dieses Kapitels wird der unterschiedliche Stellenwert des Themas „Bevölkerung und Kultur“ in den acht Vertragsstaaten dargestellt.

Kapitel 6 erarbeitet auf der Grundlage von Kapitel 3 zuerst die möglichen Themenfelder für ein solches Protokoll (incl. Zielformulierungen und Indikatoren) im Rahmen eines komplexen und

kohärenten Zielsystems, macht dann Vorschläge zur „regionsspezifischen Ausdifferenzierung“ dieser Problem- und Themenfelder und entwickelt zum Schluss eine Umsetzungskonzeption auf der Grundlage von Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren.

Die Ausführungen in den einzelnen Kapiteln bemühen sich, der gesamtalpinen Diskussion, also den ausgeprägten Unterschieden in den einzelnen nationalen Alpenterritorien gerecht zu werden, denn andernfalls könnte diese Untersuchung keinen produktiven Beitrag für die gesamtalpine Diskussion im Kontext der Alpenkonvention leisten. Natürlich ist dies wegen der Komplexität der Thematik nicht bei allen Themenfeldern gleichermaßen möglich, aber die Hoffnung besteht, dass dies wenigstens bei den Kernthemen so gelungen ist, dass durch diese Untersuchung ein vertieftes Verständnis für die Thematik „Bevölkerung und Kultur“ über die inneralpinen Sprach- und Kulturgrenzen hinweg ermöglicht wird.

## 2. Der Strukturwandel im Alpenraum und die aktuellen Probleme von Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur

### 2.1. Grundsätzliche Aussagen zum Strukturwandel, zur empirischen Analyse und zur zeitlichen Gliederung

Die europaweit beziehungsweise global ablaufenden Prozesse von Industrialisierung und Entwicklung des Dienstleistungssektors (Tertiarisierung) werden von europäischen beziehungsweise globalen Zentren aus initiiert, gestaltet und modifiziert und die Alpen spielen dabei im 19. und 20. Jahrhundert die Rolle einer „Peripherie“, die von außen umgestaltet wird und die auf diesen Wandel lediglich reagieren kann. Und da die Alpen der damaligen Zeit in sieben beziehungsweise acht Staaten (wenn man Monaco dazu rechnet) aufgeteilt sind und keine alpenweite Identität existiert, können sie darauf nicht gemeinsam reagieren, sondern entwickeln dabei eine starke Konkurrenz untereinander. Auf diese Weise können die Interessen der außeralpinen Zentren an den Alpen vergleichsweise leicht umgesetzt werden und gleichzeitig fällt es sehr schwer, dabei den Besonderheiten der alpinen Umwelt, Geschichte, Wirtschaft und Kultur Rechnung zu tragen.

Heute ist das Bild der Alpen als „Peripherie“ so selbstverständlich geworden, dass man leicht übersieht, dass es nur für das 19. und 20. Jahrhundert zutrifft. Im Verlauf der Geschichte zählten die Alpen beziehungsweise Teile der Alpen immer wieder zu den wirtschaftlichen und kulturellen Gunsträumen in Europa (Bätzing 1997, S. 278-283) und sie hatten auch stets vollen Anteil an der wirtschaftlichen und kulturellen Dynamik in Europa und waren keineswegs ein isolierter oder abgekoppelter Raum (Bätzing 1991, S. 37). Allerdings setzt mit der frühen Neuzeit langsam ein Prozess der allmählichen Peripherisierung der Alpen ein, indem die europäische Territorialentwicklung die Alpen zum Grenzraum mitten in Europa macht (Bätzing 1991, S. 50) und indem die Agrarmodernisierungen und die Protoindustrialisierung im 17./18. Jahrhundert nur noch die tieferen Lagen der Alpen erreichen (Mathieu 1998, S. 44-71). Aber dadurch entsteht nur eine gewisse relative Benachteiligung, die erst im Kontext der Industriellen Revolution in eine absolute Entwertung der traditionellen Wirtschaft und Kultur umschlägt.

Der durch die europäische Industrialisierung in den Alpen ausgelöste Strukturwandel ist so tiefgreifend, dass er nur mit dem Übergang von den Wildbeutern zu den Agrargesellschaften im 6. Jahrtausend v.Chr. verglichen werden kann. Dies betrifft in besonderer Weise die Veränderung der alpinen Umwelt, das Mensch-Natur-Verhältnis sowie die Verantwortung des Menschen für die Umwelt des eigenen Lebensraumes: Die Nutzung der Natur beziehungsweise der Alpen im

Zeitalter der Agrargesellschaften ist immer dezentral-flächenhaft angelegt, wobei im 18. Jahrhundert auch die entlegensten Flächen der Alpen, z. B. sehr schlecht erreichbare Bergmäher in der alpinen Stufe, regelmäßig genutzt wurden.

Agrarische Nutzung bedeutet jedoch eine tiefgreifende Veränderung aller genutzter Ökosysteme, nämlich die flächenhafte Transformation der Natur- in eine Kulturlandschaft. Im Gegensatz zur modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sind die Agrargesellschaften aber in der Regel – natürlich gibt es dabei auch immer Ausnahmen – nicht am kurzfristigen Gewinn und am individuellen Erfolg, sondern an einer langfristigen Sicherheit im Umgang mit Natur und an gemeinschaftlichen Werten (Familie, Hof) orientiert, so dass sie über Jahrhunderte hinweg die Kulturlandschaften so nutzen, dass ihre ökologische Stabilität gesichert ist und weder durch Übernutzungen noch durch Unternutzungen gestört wird – das richtige Maß der Nutzung, die angemessene Gestaltung der Art und Weise der Nutzung sowie die Aufwendung zahlreicher Reparatur- und Pflegearbeiten sind die Schlüsselemente dieses Naturumgangs, den wir heute als „nachhaltiges Wirtschaften“ bezeichnen, weil er auf Dauer, d.h. unter bewusstem Einschluss der folgenden Generationen, ausgerichtet ist (siehe dazu grundsätzlich: Bätzing 1991).

Diese flächenhaften bäuerlichen Kulturlandschaften sind zugleich ökologisch deutlich vielfältiger als die ursprünglichen Naturlandschaften (Einführung Acker- und Ackerbegleitflora in die Alpen, Auflichtung der Wälder, Schaffung zahlreicher Säume und Grenzstreifen durch Nutzungs mosaik) und sie vermitteln ihren Bewohnern das Gefühl von „Heimat“ – die Alpennatur bleibt zwar stets gefährlich und bedrohlich, aber die Menschen erkennen in der Kulturlandschaft und in ihrer spezifischen lokalen Gestaltung ihre eigene Arbeit und Auseinandersetzung mit der Natur und die der vergangenen Generationen wieder. Alpine Umwelt ist daher mehr als nur reine Alpennatur, sondern stets mit menschlicher Geschichte und mit menschlichen Erfahrungen und Werten eng verknüpft.

Charakteristisch für die Agrargesellschaften ist es, dass alle Entwicklungen im II. und III. Wirtschaftssektor diese bäuerliche Kulturlandschaft stärken und die lokale Landwirtschaft fördern, weil Lebensmittel nur schwer über größere Entfernungen hinweg transportiert werden können und weil durch gewerbliche Holznutzung entstehende Rodungsflächen sofort bäuerlich genutzt werden. Deshalb zerstört die seit dem Mittelalter in den Alpen aufkommende nicht-agrarische Wirtschaftsentwicklung (Bergbau und Erzverarbeitung, Handwerk, Gewerbe, Saumverkehr) keineswegs diese flächenhaft-dezentrale Wirtschaftsstruktur, sondern fördert sie statt dessen noch erheblich. Allerdings führen verschiedene gewerbliche Nutzungen zu erheblichen Umweltproblemen (großflächige Waldrodungen, Luftverschmutzungen, Abwasserbelastungen), weil sie von exogenen Kräften initiiert und kontrolliert werden und weil sehr hohe Gewinne

locken. Deshalb entziehen sich diese Entwicklungen teilweise bereits der lokalen Umweltverantwortung der Agrargesellschaften.

Die beginnende Industrialisierung bedeutet dann jedoch einen tiefgreifenden Strukturwandel: Die industrielle Produktion ist in kleinen, gut und einfach erreichbaren Industriegebieten, Industriestädten, Industriestandorten räumlich hochkonzentriert, weil so wichtige Kostenvorteile realisiert werden können („economy of scale“). Und durch die Industrielle Revolution wird die Produktivität auch der Landwirtschaft so stark gesteigert, dass sie sich aus allen Ungunsträumen zurückziehen und immer mehr auf die kleinen Gunsträume konzentrieren kann, ohne dass die Nahrungsmittelversorgung der Industriestädte in Frage gestellt wäre.

Insofern beginnt mit der Industriellen Revolution der Rückzug des wirtschaftenden Menschen aus der Fläche und die immer stärkere Konzentration aller Wirtschaftsaktivitäten auf relativ kleine Teilflächen, die extrem übernutzt werden, während die großen Restflächen aus der Nutzung fallen und unternutzt werden beziehungsweise ganz brachfallen. Damit verschwinden beide Male die flächenhaften Kulturlandschaften mit ihrem spezifischen Mensch-Umweltbezug.

Für diesen Strukturwandel gibt es in der Geschichte der Menschheit keinen Vergleich. Noch am ehesten ist dieser Wandel hinsichtlich seiner ökologischen Auswirkungen mit dem Übergang von den Wildbeuter- zu den Bauerngesellschaften zu vergleichen, der die Natur- zur Kulturlandschaft umgestaltete. Allerdings dauerte diese Entwicklung viele Hunderte und Tausende von Jahren, während die Auswirkungen der Industriellen Revolution in den Alpen innerhalb von Jahrzehnten ablaufen.

Will man diesen Wandel analysieren, dann muss man wegen der kleinräumigen Dimension der industriellen Entwicklung im Alpenraum die Gemeinde-Ebene wählen. Da solche Analysen für die Alpen aber nicht existieren und für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg auch kaum zu erarbeiten sind, habe ich die Bevölkerungsentwicklung auf Gemeinde-Ebene als „Schlüsselindikator“ für den Strukturwandel ausgewertet (siehe dazu grundsätzlich: Bätzing 1993). Da die aktuelle Entwicklung der Alpen aber nur angemessen zu verstehen ist, wenn man den mit der Industrialisierung verbundenen Strukturwandel insgesamt kennt, reicht es nicht aus, lediglich die Bevölkerungsveränderungen der letzten 20 – 30 Jahre zu berücksichtigen. Der frühest mögliche Zeitpunkt, für den alpenweit moderne Volkszählungsdaten vorliegen, ist die Zeit um 1870, die deshalb als Ausgangspunkt gewählt wird. Da das Schwergewicht der Analyse aber auf der aktuellen Dimension liegt, wird als zweiter Zeitpunkt die Volkszählung von 1951 (beziehungsweise die diesem Jahr am nächsten kommende Volkszählung) und dann die Zehn-Jahres-Schritte der folgenden Volkszählungen gewählt. Für das Jahr 2000 werden teilweise

Volkszählungsdaten, teilweise Bevölkerungsfortschreibungen der Statistischen Ämter verwendet.

Die Analyse der Bevölkerungsentwicklung wird vertieft durch eine sozioökonomische Typisierung von gut 2.400 Alpengemeinden (Bätzing/Perlik 1995, Bätzing/Messerli/Perlik 1995) und die alpenweite Analyse von „Urbanisationszonen“ auf Gemeinde-Ebene (Perlik 2001). Durch diese flächenhaften und repräsentativ ausgerichteten Untersuchungen werden die Hintergründe der Bevölkerungsentwicklung sehr viel besser verstehbar und sie vermitteln wichtige Erkenntnisse zur Interpretation. Verschiedene Forschungsprogramme („Österreichische Kulturlandschaftsforschung“, EU-Forschungsprojekte) haben diesen Typisierungsvorschlag aufgegriffen, damit gearbeitet und so die Datengrundlage erweitert. Da die Ergebnisse bislang nicht veröffentlicht wurden, sondern nur als „graue Literatur“ vorliegen, werden sie hier nicht aufgeführt; die Ergebnisse bestätigen und bekräftigen meine Interpretation sehr eindeutig. Und schließlich lassen sich dann auf dieser Grundlage die Ergebnisse zahlreicher Einzelfallanalysen aus dem gesamten Alpenraum dazu verwenden, um die soziokulturelle und die ökologische Dimension dieses Strukturwandels zu thematisieren, was andernfalls nicht möglich wäre.

Die Darstellung des Strukturwandels erfolgt in drei Phasen: Die „Phase der Industriegesellschaft“ wird durch das Jahr 1951 begrenzt, weil wenig später fundamentale Trendbrüche einsetzen. Die „Übergangsphase“ könnte mit dem Jahr 1971 beendet werden, weil hier die Bevölkerung der Alpen erstmals stärker wächst als die der sieben Staaten mit Alpenanteil und weil 21 % aller Alpengemeinden zu diesem Zeitpunkt einen signifikanten demographischen Trendbruch vollziehen, aber es wird aus grundsätzlichen Überlegungen heraus (Trendbrüche bei wichtigen Strukturwandelprozessen) das Jahr 1981 gewählt. Und ab 1981 befinden sich die Alpen in der „Phase der Dienstleistungsgesellschaft“.

Die Analyse des Strukturwandels wird zuerst gemäß diesen drei Phasen dargestellt, wobei die qualitativen Aussagen durch die quantitativen Analysen der Bevölkerungsentwicklung vertieft werden. Als Ergänzung zu dieser Querschnittsanalyse wird anschließend eine Längsschnittanalyse durchgeführt, und zum Schluss werden die zentralen Typen des Strukturwandels mit ihren spezifischen Problemkonstellationen (Vernetzungen zwischen Wirtschaft - Gesellschaft - Umwelt) und Möglichkeiten dargestellt.

## 2.2. Die Alpen in der Phase der Industriegesellschaft (1871 – 1951)

Die Industrielle Revolution setzt um 1760 in England ein und die Industrieprodukte entwerten schnell alle traditionell hergestellten Produkte. Davon sind in den Alpen folgende Branchen betroffen:

- Vorindustrieller Bergbau und Erzverarbeitung (sehr dezentral in vielen Alpentälern): Niedergang im 18. Jahrhundert, Stilllegung zwischen 1780 und 1840
- Traditioneller Saumverkehr (über etwa 300 Pässe): Niedergang durch die neuen Fahrstraßen ab 1820, Zusammenbruch mit Eisenbahnbau ab 1854
- Traditionelles ländliches Handwerk (überall vorhanden): Niedergang ab 1840, Zusammenbruch ab 1880
- Traditionelle Landwirtschaft: Entwertung durch Übergang zur Marktwirtschaft und mangelnde Konkurrenz zur Landwirtschaft der europäischen Gunstregionen, die dank Industrialisierung und Liberalisierung große Produktivitätssteigerungen erzielt; Beginn der Entwertung durch die europäische Agrarkrise von 1880 (nur in Frankreich bereits ab 1848)

Durch diese Entwicklungen wird der Alpenraum durch den starken Abbau von Arbeitsplätzen im III. und vor allem im II. Wirtschaftssektor flächenhaft wirtschaftlich entwertet, was im Kontext der aufblühenden Industriegebiete und -städte zur Abwanderung aus den Alpen und zum Rückgang der Bevölkerung in vielen Alpenregionen führt.

Die Industriegesellschaft selbst erreicht den Alpenraum dagegen erst wesentlich später, denn die Alpen sperren sich der *direkten* industriellen Entwicklung. Sie besitzen keine industriell verwertbaren Bodenschätze („die Alpen sind reich an armen Lagerstätten“), sie sind von der Eisenbahn lange Zeit nicht zu erreichen, das Relief ist für die industrielle Nutzung meist ungeeignet und die Alpenstädte sind so klein, dass sie keine relevanten Nachfrageimpulse auslösen. Erst mit folgenden Entwicklungen dringt die Industriegesellschaft direkt und unmittelbar in die Alpen ein:

- Eisenbahnbau: Vorläufer Semmeringbahn (1854), erste „richtige“ Strecke durch die Alpen ist die Brennerbahn 1867; dann in schneller Folge weitere Bahnbauten
- Industrieanlagen/-gebiete: Vorläufer Textilindustrie in der Ostschweiz (ab 1820) und Schwerindustrie in der Mur-Mürz-Furche/Steiermark (ab 1840), großer Ausbau ab 1890 auf Basis Wasserkraftnutzung für energieintensive Branchen
- Tourismus (als Wirtschaftsaktivität, die unmittelbar mit der Entstehung der Industriegesellschaft verbunden ist): Erste kleine Ansätze ab 1765, erster großer Boom ab 1880, der etwa

100 Gemeinden (zu 80 % in der Schweiz gelegen) zu monostrukturierten Tourismusorten umwandelt und in zahlreichen weiteren Gemeinden erste touristische Ausbauten fördert (Bätzing 2002a)

Der direkte Beginn der industriellen Entwicklung der Alpen findet also erst um 1880 statt und ist mit einem starken Bevölkerungswachstum verbunden. Dieses konzentriert sich stark auf die Alpenstädte entlang den Eisenbahnen beziehungsweise auf die von Eisenbahnen erschlossenen tiefen Tallagen (oft in Form eines bandförmigen Wachstums) sowie auf ausgewählte Punkte (Tourismusorte) im eigentlichen Gebirgsraum.

Der 1880 begonnene starke Strukturwandel bricht 1914 abrupt ab, gewinnt zwischen 1920 und 1939 erneut eine gewisse, wenn auch deutlich schwächere Dynamik (wenig neue Industrieanlagen, Strukturwandel Tourismus, weiteres Wachstum der Städte) und bricht dann 1939 wieder ab. Insofern ist die Entwicklung in dieser langen Phase sehr diskontinuierlich ausgeprägt.

Tabelle 1 und Karte 1 zeigen die quantitativen Veränderungen der Alpenbevölkerung zwischen 1871 und 1951: Die gesamte Alpenbevölkerung wächst in dieser Zeit von 7,8 Mio. auf 10,8 Mio. Menschen, also um + 37 %. Allerdings ist dieses Wachstum deutlich schwächer als das Wachstum der Bevölkerung der sieben Staaten mit Alpenanteil, das bei + 51 % liegt – die Alpen werden als „Peripherie“ fassbar, die die industrielle Entwicklung nur verzögert und abgeschwächt nachvollziehen.

Allerdings verdecken diese Durchschnittswerte die Herausbildung von starken räumlichen Disparitäten, die für die industrielle Entwicklung charakteristisch sind. Die Hälfte der Alpengemeinden verzeichnet ein Wachstum von + 81 %, die andere Hälfte einen Rückgang von – 36 %!

Die kartographische Darstellung zeigt ein großes Gebiet mit Bevölkerungsrückgang in den Südwestalpen und ein großes Gebiet mit Bevölkerungswachstum in den westlichen Ostalpen, also ausgeprägte großräumige Disparitäten, während der übrige Alpenraum durch ein eher kleinräumiges Mosaik aus Gemeinden mit Wachstum und Rückgang geprägt ist.

Die französisch-italienischen Südwestalpen – mit einer Fortsetzung im Tessin – verlieren flächenhaft Bevölkerung, weil die traditionellen Wirtschaftsformen ersatzlos zusammenbrechen. Ausnahmen bilden hier nur einige größere Städte, Industriegemeinden und Tourismusorte, die meist punktförmig in Rückgangsgebieten liegen.

Die westlichen Ostalpen (Bayern, Vorarlberg, Liechtenstein, Tirol, Salzburg, Kärnten, Südtirol) wachsen nahezu flächenhaft, weil die Haupttäler in guter Erreichbarkeit verstädern und sehr

viele Seitentäler durch den Aufbau des Tourismus einen Bevölkerungsrückgang verhindern. Einige Seitentäler, die dies nicht realisieren (z.B. Pitztal, Lechtal, Sellrain) fallen deutlich auf.

Im übrigen Alpenraum mischen sich Wachstums- und Rückgangsgemeinden meist mehr oder weniger kleinräumig. Dabei fallen Alpenstädte, tiefe und gut erreichbare Tallagen (Rhone, Rhein, Inn, Etsch) sowie bekannte Tourismusorte durch ein besonders starkes Wachstum auf, während Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten oft durch eine schlechte Erreichbarkeit geprägt sind.

### 2.3. Die Alpen in der Übergangsphase (1951 – 1981)

Um 1955 setzt europaweit eine neue, sehr starke Wirtschaftsdynamik ein (sogenanntes „Wirtschaftswunder“), die eine starke Sogwirkung auf die noch traditionell geprägten Alpenregionen ausübt. Durch die räumliche Umstrukturierung des europäischen Wirtschaftsraumes im Rahmen der Nachkriegsordnung und des „Eisernen Vorhangs“ werden die zuvor dominanten West-Ost-Verbindungen abgewertet und die Nord-Süd-Verbindungen stark aufgewertet. Damit steigt der Transitverkehr durch die Alpen markant an und zugleich verbessert sich die wirtschaftsräumliche Position der gut erreichbaren Tallagen in den Alpen signifikant, so dass die Alpen stärker als in der vorigen Phase von der wirtschaftlichen Dynamik Europas *direkt* erfasst werden. Dabei laufen folgende Prozesse ab:

- Die Alpenstädte in guter Erreichbarkeit an den großen Transitachsen werden deutlich aufgewertet und verzeichnen weiterhin ein starkes Bevölkerungswachstum.
- Durch die Vollbeschäftigung in den großen europäischen Städten und Zentren werden ab 1960 in den gut erreichbaren Tallagen der Alpen zahlreiche Industriebetriebe – meist als Zweigwerke großer außeralpiner Konzerne – gegründet, die das Arbeitskräftepotential nutzen, das von der Landwirtschaft freigesetzt wird. Dadurch wird der II. Wirtschaftssektor zum dominanten Sektor im Alpenraum. Der Höhepunkt dürfte im Jahr 1971 liegen, aber auch 1981 dürfte der II. Sektor noch etwa 50 % der Erwerbstätigen im Alpenraum ausgemacht haben.
- Ab 1955 entwickelt sich in Europa der Massentourismus, zuerst als Sommertourismus, ab 1965 auch als Wintertourismus. Dies führt zu einem sprunghaften Ausbau der touristischen Infrastrukturen in großen Teilen der Alpen, was in den betroffenen Gemeinden mit einem signifikanten Bevölkerungswachstum verbunden ist. Während der Sommertourismus relativ stark dezentral-flächenhaft geprägt ist – er erfasst aber keineswegs die gesamten Alpen,

sondern maximal 60 % aller Alpengemeinden – konzentriert sich der Wintertourismus am Ende dieser Phase auf etwa 300 größere und kleinere Skigebiete.

- Gab es im Rahmen der vorigen Phase in der Landwirtschaft erst wenige Ansätze zur Agrarmodernisierung im Alpenraum, so werden diese ab 1965 in den agrarischen Gunstgebieten allmählich dominant: In den breiten Talböden der inneralpinen Trockenzonen entwickelt sich jetzt eine moderne Gemüse-, Obst- und Weinproduktion agroindustrieller Prägung und alle anderen agrarischen Gunstlagen (von den Talböden bis hinauf zu gut nutzbaren Almflächen) werden immer intensiver genutzt. Auf den Ungunstflächen setzt sich dagegen die Extensivierung und die Verbrachung immer stärker durch.
- Die Alpengemeinden, in denen weder eine Agrarmodernisierung stattfindet, noch andere moderne Nutzungsformen aufgebaut werden, verlieren weiterhin Einwohner. Und da der Arbeitskräftemangel in den großen Städten außerhalb der Alpen so stark ist, markiert das Jahr 1951 hier den Beginn eines besonders deutlichen Bevölkerungsrückganges.

Tabelle 2 und Karte 2 zeigen die Entwicklung der Alpenbevölkerung zwischen 1951 und 1981: Wichtiges Ergebnis ist, dass die Wachstumsraten der Alpenbevölkerung ab 1951 immer stärker steigen, 1971 zum erstenmal leicht über dem Durchschnitt der sieben Alpenstaaten liegen und diese Position 1981 weiter ausbauen. Damit ist eine säkulare Trendwende eingeleitet (seit 1870, sehr wahrscheinlich aber bereits seit 1800 – 1820 lagen diese Wachstumsraten immer deutlich darunter) und die Alpen beginnen ihre Funktion als wirtschaftlich benachteiligte Großregion in Europa allmählich zu verlieren.

Die Alpenbevölkerung wächst in dieser Zeit von 10,8 Mio. auf 13,0 Mio. Menschen. Dies stellt das stärkste Wachstum (umgerechnet auf die Zeitdauer) dar, das die Alpen zwischen 1871 und 2000 verzeichnen. Daher kann man diese Phase auch als die „alpine Goldgräberzeit“ bezeichnen, die viele falsche Hoffnungen auf ein weiteres grenzenloses Wachstum weckte.

Die räumlichen Disparitäten nehmen zwar etwas ab (53 % Wachstums-, 47 % Rückgangsgemeinden), bleiben aber weiterhin sehr dominant, wobei jedoch relevante räumliche Veränderungen eintreten.

Das großräumige Gebiet mit Bevölkerungsrückgang in den Südwestalpen bleibt im italienischen Teil bestehen, reduziert sich aber in Frankreich durch die Verstädterung der gut erreichbaren Tal- und Alpenrandlagen sowie durch Tourismusausbau erheblich. Allerdings bildet sich jetzt ein zweites großräumiges Rückgangsgebiet in den italienischen Süd- und Südostalpen (Venezien, Friaul, Lombardei) heraus. Weil der agrarische Rückgang in den italienischen Ostalpen erst ab 1921 einsetzt, war er im vorigen Zeitschnitt noch nicht sichtbar geworden und zeigt sich

erst jetzt mit aller Deutlichkeit. Auffällig ebenfalls die österreichischen Ostalpen: Die Dynamik des Schwerindustriegbietes der Mur-Mürz-Furche strahlt nicht mehr in die Umgebung ab, und es beginnt sich hier ebenfalls – aber deutlich schwächer ausgeprägt – ein großflächiges Rückgangsgebiet auszubilden (ehemaliges Gebiet der sogenannte „Eisenwurzten“ = kleingewerbliche Eisenverarbeitung, die jetzt zusammenbricht, ohne dass neue Arbeitsplätze entstehen).

Die Wachstumsregion der westlichen Ostalpen entwickelt sich weiter positiv, wobei die Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten deutlich abnehmen. Die Rückgänge in den bayerischen Alpen sind dagegen nicht relevant: Die Bevölkerung von 1951 war durch die dezentrale Unterbringung zahlreicher Flüchtlinge stark erhöht, und diese wanderten nach 1955 zum erheblichen Teil wieder in die Industriegebiete ab, was in der Karte als Rückgang sichtbar ist, aber keinem realen Rückgang entspricht.

Die übrigen Gebiete weisen weiterhin einen kleinräumigen Mosaikcharakter auf, der in dieser Phase deutlich stärker als in der vorigen Phase ausgebildet ist.

#### 2.4. Die Alpen in der Phase der Dienstleistungsgesellschaft (1981 – 2000)

In der ersten Hälfte der 1970er Jahre überschreitet der tertiäre Wirtschaftssektor in den europäischen Industriestaaten erstmals die Schwelle von 50 % der Erwerbstätigen und steigt weiter, womit formal gesehen die Phase der Dienstleistungsgesellschaft beginnt. Diese ist geprägt durch großräumige Verlagerungen der dynamischen Wirtschaftsregionen (weg von den altindustrialisierten Räumen, Aufwertung der „weichen“ Standortfaktoren), durch signifikante Dezentralisierungseffekte (Sub- und Periurbanisierung ) sowie durch ein Ende des starken Bevölkerungswachstums, das seit 1760/1800 so typisch für Europa war.

Die Alpen profitieren von diesen neuen Rahmenbedingungen erneut stark:

- Die Alpenstädte und die gut erreichbaren Tallagen sind durch den Straßenausbau und die PKW/LKW-Mobilität jetzt noch deutlich besser zu erreichen als vorher und sie werden durch die andauernde Aufwertung der Nord-Süd-Achsen weiter bevorteilt, so dass ihre Bevölkerung weiterhin stark ansteigt und sich an den großen Transitachsen lange Siedlungsbänder auszubilden beginnen (am stärksten zwischen Rosenheim – Kufstein – Innsbruck entwickelt).
- Die Alpenstädte in der Nähe des Alpenrandes werden jetzt mit den benachbarten außeralpinen Großstädten funktional so eng verflochten, dass sie Teil der jeweiligen außeralpinen Agglomeration werden (sogenannte „Vervorstädterung“, siehe Torricelli und Bätzing in:

Perlik/Bätzing 1999). Dies führt zum Wachstum von Bevölkerung und Arbeitsplätzen, aber gleichzeitig auch zum Verlust der Eigenständigkeit. Die Städte im Alpeninnern sind derzeit von dieser Entwicklung noch nicht erfasst, aber mit der weiteren Verbesserung der Erreichbarkeit und dem Ausbau der „ortlosen“ Kommunikation dürfte dies nur eine Frage der Zeit sein.

- Während die großen Industriegebiete Europas räumlich weit von den Alpen entfernt lagen, liegen die neuen dynamischen Wirtschaftsregionen oft ziemlich nahe am Alpenrand. Daher beginnt um 1980 eine völlig neue Entwicklung. Alpenregionen am Rand der Alpen in der Nähe außeralpiner Großstädte werden jetzt zu Pendlerwohnregionen umgewandelt (Arbeiten in der Großstadt außerhalb der Alpen, Wohnen in den Alpen), womit ein starkes Bevölkerungswachstum verbunden ist. Im Jahr 1991 leben nach der Analyse von Manfred Perlik in diesen Regionen bereits 18,5 % der Alpenbevölkerung (Perlik 2001, S. 88-92), und diese Entwicklung ist im Einflussbereich der Städte Nizza-Grasse, Genf, Zürich, München, Wien, Ljubljana, Milano-Brescia-Bergamo und Turin besonders deutlich ausgeprägt.
- Der industrielle Boom geht zwischen 1975 und 1980 schnell zu Ende. Viele Zweigwerke werden geschlossen und viele Arbeitsplätze abgebaut. Zwar sind zahlreiche Alpenregionen und Alpenstädte noch 1990 durch einen relativ starken Anteil des II. Wirtschaftssektors geprägt, aber viele Industriegemeinden und -regionen verlieren Einwohner durch Abwanderung. Diese krisenhafte Deindustrialisierung ist die Ursache für relevante Bevölkerungsverluste im Alpenraum; im Schweizer Berggebiet entfallen 60 % des Bevölkerungsrückgangs zwischen 1981 und 1991 auf diese Ursache (Bätzing/Messerli/Perlik 1995, S. 38).
- Der Tourismus verzeichnet ab 1985 eine Stagnation beziehungsweise leichte Rückgänge bei der Nachfrage, was seine Dynamik deutlich bremst. Zwischen 1985 und 1999 gibt es keine touristischen Neuerschließungen, aber in allen Tourismusorten werden in dieser Zeit das Angebot qualitativ ausgebaut und die Seilbahnkapazitäten deutlich erhöht. Im Rahmen des wesentlich härteren Konkurrenzkampfes beginnt sich jetzt der Tourismus allmählich aus der Fläche zurück zu ziehen und sich immer stärker auf die großen Tourismuszentren mit komplettem Angebot in allen Bereichen zu konzentrieren. 1991 besaßen die 306 Gemeinden mit mehr als 5.000 Gästebetten (5 % der Alpengemeinden) bereits 45,9 % aller Gästebetten der Alpen (Bätzing 2002a). Während sich das Bevölkerungswachstum der großen Tourismusgemeinden in den 1990er Jahren deutlich abschwächt (negative Wanderungsbilanz, Wachstum nur noch durch hohe Geburtenrate), diese aber jetzt auf Grund des langen Wachstums deutliche Verstädterungstendenzen ausbilden (einige Tourismusgemeinden wie

Davos oder Chamonix zählen bereits mehr als 10.000 Einwohner), verlieren kleine Tourismusgemeinden bereits Einwohner.

- In der Landwirtschaft setzt sich die doppelte Entwicklung verstärkt fort: Die Gunstflächen werden jetzt fast überall auf moderne Weise sehr kapitalintensiv genutzt, die Ungunstflächen verbrachen großflächig und die noch bestehende traditionelle Landwirtschaft ist jetzt zur Relikt-Landwirtschaft mit sehr großer Überalterung geworden.
- Die Gebiete, die seit 1871 permanent Einwohner verlieren, haben jetzt einen so geringen Bevölkerungsstand erreicht, dass man von „Entsiedlung“ sprechen kann. Die verbleibende Bevölkerung konzentriert sich auf die gut erreichbaren Siedlungen in den Haupttälern und viele Seitentäler werden menschenleer.

Tabelle 3 und Karte 3 zeigen die Bevölkerungsentwicklung zwischen 1981 und 2000: Die Alpenbevölkerung wächst von 13,0 Mio. auf 14,2 Mio. Menschen, wobei die Wachstumsrate jetzt deutlich über der der sieben Staaten mit Alpenanteil sowie über dem EU-Durchschnitt liegt – die Alpen als europäische Großregion sind nicht mehr ein benachteiligter Raum!

Allerdings verschwinden durch diese positive Entwicklung keineswegs die räumlichen Disparitäten innerhalb der Alpen, aber sie werden deutlich geringer: 73 % der Alpengemeinden (mit 66 % der Alpenfläche) verzeichnen ein Wachstum, 27 % (mit 33 % der Alpenfläche) einen Rückgang.

Das auffälligste Ergebnis bei den Gebieten mit Bevölkerungsverlusten ist die gegensätzliche Entwicklung der französischen und italienischen Alpen. Während in den französischen Alpen die Gemeinden sehr stark zurück gehen (Ursachen: Verstädterung der Tallagen, starke Ausbildung von Pendlerwohngebieten am Südrand der Alpen, um Genf, Chambéry und Grenoble herum sowie touristische Entwicklung), gibt es in den italienischen Problemgebieten kaum Ansätze für eine vergleichbare Aufwertung und hier entstehen großflächige Entsiedlungsgebiete. Auch in den östlichen Ostalpen geht der Bevölkerungsrückgang weiter und wird durch die Krise der Schwerindustrie in der Mur-Mürz-Furche verstärkt, allerdings kann man hier noch nicht von einer Entsiedlung wie in den italienischen Alpen sprechen, weil diese Entwicklung deutlich später begonnen hat.

In den übrigen Alpenregionen gehen die Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang jetzt deutlich zurück, bleiben aber nach wie vor präsent.

Insgesamt kann man feststellen, dass die großräumigen Disparitäten der Industriegesellschaft zwar nicht verschwunden, aber in verkleinertem Umfang noch vorhanden sind, während die kleinräumigen Disparitäten heute für große Teile der Alpen charakteristisch sind.

## 2.5. Gesamtbewertung der Bevölkerungsentwicklung 1871 – 2000 in den Alpen

Die Alpenbevölkerung wächst in diesem Zeitraum von 7,8 Mio. auf 14,2 Mio. Menschen, also um + 82 % (siehe Tabelle 4). Trotz der hohen Dynamik ab 1951 und besonders ab 1981 liegt dieses Wachstum unter dem der sieben Staaten mit Alpenanteil (+ 90 %) – die Benachteiligung der Alpen in der Phase der Industriegesellschaft kann durch die überdurchschnittliche Entwicklung in der Phase der Dienstleistungsgesellschaft also bis heute noch nicht ausgeglichen werden.

Auch die Disparitäten auf Gemeindeebene bleiben sehr ausgeprägt, wenn man den gesamten Zeitraum betrachtet: 56 % aller Alpengemeinden mit 58 % der Alpenfläche wachsen, und zwar ausgesprochen stark (+ 150 % oder Verzweieinhalbfachung der Bevölkerung) und 44 % verlieren Einwohner (- 39 % oder Rückgang um fast zwei Fünftel). Damit ist die Bevölkerung der Alpen im Jahr 2000 sehr viel ungleicher im Raum verteilt als im Jahr 1870.

Da die drei analysierten Zeitquerschnitte aber nicht beziehungsweise nur sehr unscharf erkennen lassen, ob es jeweils die gleichen Gemeinden sind, die in den drei Phasen wachsen beziehungsweise zurück gehen oder nicht, wurde eine Typisierung aller Gemeinden nach „Entwicklungsverlaufsklassen“ für den Zeitraum 1871 – 2000 durchgeführt. Diese dient dazu, die Problemräume besser identifizieren zu können. Die angewandte Methode der Cluster-Analyse (detaillierte Darstellung: Bätzing/Dickhörner 2001) wurde für diesen Zweck weiter modifiziert und verbessert. Die Ergebnisse werden in Tabelle 5 und Karte 4 dargestellt.

Die 6.123 Alpengemeinden können in 17 Cluster mit je spezifischer Bevölkerungsentwicklung eingeteilt werden. Dabei können 5 Haupttypen gebildet werden:

*1. Negative Cluster:* Sechs Cluster, die zusammen 33 % der Alpengemeinden umfassen, weisen insgesamt einen Bevölkerungsrückgang zwischen 1871 und 2000 auf, der sich in drei Clustern mit 13 % aller Alpengemeinden ab dem Jahr 1951 signifikant verstärkt. Die Gemeinden dieser sechs Cluster bilden die Problemgebiete der Alpen, die 33 % der Alpenfläche umfassen. Drei dieser Cluster (Nr. 2, 11 und 17) verzeichnen aber ab 1981 beziehungsweise 1991 eine deutliche Trendumkehr, bei der zu erwarten ist, dass sie sich auch in Zukunft fortsetzen wird (viele Gemeinden in den französischen Alpen, aber auch in den Alpenrandgebieten der Schweiz sowie im Bündner Rheintal und entlang der Etsch). Damit bleiben als die zentralen Problemgebiete der Alpen die 1.126 Gemeinden der Cluster 4, 3 und 6 übrig (18 % der Alpengemeinden, 21 % der Alpenfläche), die seit 1871 permanent Einwohner verlieren. Sie liegen in den bereits genannten Problemräumen der Alpen.

2. *Cluster und Trendumkehr 1971*: Vier Cluster mit 18 % der Alpengemeinden (12 % der Alpenfläche) zeigen auf unterschiedliche Weise einen Bevölkerungsrückgang ab 1871, der 1971 in ein deutliches Wachstum umschlägt, das insgesamt zu einem leichten Wachstum im Zeitraum 1871 – 2000 führt. Mit nur wenigen Ausnahmen liegen diese Gemeinden in den französischen Alpen und sind dort für den säkularen Trendbruch verantwortlich.

3. *Cluster mit gleichmäßigem Wachstum*: Die Besonderheit dieses Clusters besteht darin, dass er der einzige ist, der zu allen Zeitpunkten ein gleichmäßiges, eher schwaches Wachstum (+ 46 % insgesamt) verzeichnet, also auf eine sehr kontinuierliche Entwicklung verweist. Dieser Cluster ist mit Abstand der größte Cluster (14 % aller Gemeinden, 22 % der Alpenfläche) und er findet sich vor allem in Südtirol sowie in großen Teilen Österreichs mit Ausnahme der westösterreichischen Wachstums- und der ostösterreichischen Rückgangsregion.

4. *Cluster Sonderfall Bayern*: Dieser Cluster ist dadurch geprägt, dass im Rahmen eines kontinuierlichen Wachstums ein ungewöhnlicher Rückgang zwischen 1951 – 1961 auftritt. Dieser Cluster ist fast nur in Bayern zu finden und erklärt sich durch die Flüchtlingsmigrationen nach 1945.

5. *Cluster mit ausgeprägten Wachstumsphasen*: Diese fünf Cluster umfassen 29 % aller Alpengemeinden mit 28 % der Alpenfläche und sie verdreifachen ihre Einwohnerzahl. Besonders hervorzuheben ist dabei Cluster 8, der zweitgrößte Cluster (10 % der Alpengemeinden, 13 % der Alpenfläche, Bevölkerungsverdoppelung), der fast in allen Zeitschnitten ein relativ starkes Wachstum zeigt, das zwischen 1961 und 1971 einen deutlichen Spitzenwert aufweist. Dieser Cluster findet sich in erster Linie im westösterreichischen Wachstumsgebiet in etwas peripherer Lage und abseits der städtischen Agglomerationen, so dass er für die touristische Entwicklung und für dezentrale Impulse durch Industrialisierung und Pendlerverflechtung im periurbanen Raum steht. Der eher kleine Cluster 12 (6 % der Alpengemeinden) umfasst 1871 13 % der gesamten Alpenbevölkerung und er vergrößert diesen Wert im Jahr 2000 auf 28 %, so dass damit die Alpenstädte mit ihrer besonders dynamischen Entwicklung (Vervierfachung der Bevölkerung) sowie einige Tourismusgemeinden erfasst werden. Der noch kleinere Cluster 14 (5 % der Alpenbevölkerung auf 3 % der Alpenfläche) stellt mit 470 % (fast Verfünffachung der Bevölkerung) den Rekordwert bei den 17 Clustern dar und diese Gemeinden liegen meist unmittelbar neben großen Alpenstädten (Suburbanisationsgemeinden). Auffällig ist noch, dass die beiden Cluster mit dem stärksten Bevölkerungswachstum, Nr. 12 und 14, nach 1971 sehr deutlich an Wachstumsdynamik verlieren, was der Entwicklung der europäischen Stadtregionen entspricht (Stagnation der Kernstadt und Verlagerung des Gebiets mit starkem Wachstum in immer weiter entfernte Umlandgemeinden).

Da die Entwicklung der Alpen im 19. und 20. Jahrhundert sehr stark von den staatlichen Rahmenbedingungen geprägt wird (Bätzing/Messerli 1991), verteilen sich die 17 Cluster nicht gleichmäßig, sondern sind häufig mit bestimmten nationalen Entwicklungen identisch (Bätzing/Dickhörner 2001):

- Bayern: permanentes, besonders starkes Wachstum mit Rückgang 1951 – 1961 (Cluster 13)
- Österreich und Südtirol: gleichmäßiges, unterdurchschnittliches Wachstum ohne Spitzen (Cluster 1) beziehungsweise nur mit leichten Spitzen (Cluster 5)
- Frankreich: sehr starke Rückgänge und Trendumkehr 1971 (Clustergruppe B)
- Italien: sehr starke Rückgänge ohne Trendumkehr (Clustergruppe A)
- Schweiz: *alle* Entwicklungen des gesamten Alpenraumes sind hier vorhanden und die Gemeinden der Schweizer Alpen verteilen sich auf ähnliche Weise auf die 17 Cluster wie alle Alpengemeinden; insofern sind die Schweizer Alpen ein repräsentativer Spiegel des gesamten Alpenraumes.

Auf diese Weise wird mittels der Analyse der Bevölkerungsentwicklung ein kleinräumig-differenziertes Bild des Strukturwandels im Alpenraum sichtbar, das folgendermaßen zusammengefasst werden kann:

- 18 % der Alpengemeinden mit 21 % der Alpenfläche entwickeln sich zu Entsidlungsgebieten (Cluster 3, 4, 6).
- 33 % der Alpengemeinden mit 24 % der Alpenfläche verzeichnen lange Zeit eine problematische Entwicklung (Stagnation oder Rückgang), bevor sie dann ab beziehungsweise nach 1971 deutlich wachsen, ohne jedoch das durchschnittliche Alpenwachstum zu erreichen; bei 55 % dieser Gemeinden liegt der Trendbruch im Jahr 1971, bei 38 % im Jahr 1981 und bei 7 % im Jahr 1991 (Cluster 2, 11, 17 sowie 7, 9, 15, 16).
- 18 % der Alpengemeinden mit 25 % der Alpenfläche weisen ein relativ permanentes, aber unterdurchschnittliches Wachstum auf (Cluster 1 und 5).
- 30 % der Alpengemeinden mit 30 % der Alpenfläche verzeichnen seit 1871 ein überdurchschnittlich starkes Wachstum und diese Minderheit der Alpengemeinden prägt das gesamtalpine Wachstum auf eine entscheidende Weise (Cluster 13, 8, 10, 12, 14).

## 2.6. Die mit diesem Wandel verbundenen Probleme

Zentrales Merkmal des Strukturwandels im Alpenraum im 19. und 20. Jahrhundert ist die gegenläufige Entwicklung von Verstädterung und Entsidlung. Auf der einen Seite verstärken die

gut erreichbaren Tal- und Beckenlagen der Alpen, die erfolgreichen Tourismuszentren vollziehen im Hochgebirge an ausgewählten Punkten eine verspätete Verstädterung nach und Alpenrandregionen werden zu Wohnräumen außeralpiner Großstädte, auf der anderen Seite werden die Alpen menschenleer. Die extremen räumlichen Gegensätze schwächen sich zwar mit dem Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ab, indem die Zahl der Alpengemeinden mit Bevölkerungsrückgang von 50 % auf 27 % abnimmt, aber gleichzeitig verschwindet im Rahmen dieses Strukturwandels der dezentral geprägte und durch endogene Ressourcennutzung charakterisierte ländliche Raum immer mehr und es bleiben im Jahr 2000 fast nur noch verstädterte *oder* Entsidlungsregionen übrig.

Das zentrale Charakteristikum dieser gegenläufigen Entwicklung besteht aber darin, dass die räumlichen Gegensätze heute auf *allen Maßstabsebenen* auftreten. Die flächenhaft-dezentrale Nutzungsstruktur der Agrargesellschaft wird in der modernen Gesellschaft durch die Konzentration aller Nutzungen auf relativ kleine Gunstflächen und die Nicht-Nutzung der großen „Restflächen“ abgelöst. In den Alpen zeigt sich diese Entwicklung durch die Entstehung großräumiger Disparitäten zwischen Wachstums- und Entsidlungsregionen (Höhepunkt in der Industriegesellschaft, seit 1951 Abschwächung), durch die Entstehung von Disparitäten zwischen Wachstums- und Rückgangsgemeinden (Höhepunkt in der Industriegesellschaft, seit 1971 Abschwächung) sowie durch die Herausbildung von kleinräumigen Disparitäten (Höhepunkt in der Dienstleistungsgesellschaft, keine Abschwächung) als Gegensatz zwischen den breiten, ebenen Talböden (Verstädterung und agrarische Intensivierung) und den direkt darüber liegenden steilen Berghängen (Verbrachung), als Gegensatz zwischen gut erreichbaren Flächen mit sanftem Relief und schlecht erreichbaren Flächen mit Steilrelief oder als Gegensatz zwischen den flacheren Gunstflächen auf der Alm in der Nähe der mit einer Almstraße erschlossenen Almhütten (Intensivierung der Weidenutzung) und den steileren und peripheren Almflächen (Extensivierung und Verbrachung).

Deshalb sind die gegenläufigen Prozesse von Verstädterung und Entsidlung beziehungsweise Nutzungsintensivierung und Verbrachung überall in den Alpen auf allen Maßstabsebenen räumlich sehr eng miteinander verzahnt. Und indem „normal“ genutzte Flächen im Sinne der traditionellen nachhaltigen Landnutzung seit etwa 1965 immer mehr verschwinden, gibt es auch keine „Pufferzonen“ und „Pufferflächen“ mehr – die Extremflächen stoßen jetzt immer öfter *direkt* aneinander. Neue Wohngebiete oder Gewerbegebiete am Rand der Alpenstädte grenzen unmittelbar an nicht mehr genutzte Wälder, Autobahnen und Straßen führen außerhalb der flachen Talböden nicht mehr durch Kulturland, sondern durch verbuschende Flächen und in

Tourismusgebieten liegen intensivst touristisch genutzte Seitentäler unmittelbar neben Seitentälern ohne jede menschliche Nutzung.

Mit diesem Wandel sind tiefgreifende Umweltprobleme verbunden:

- In den verstärkenden Alpenregionen sorgen hohe Bodenversiegelung, Lärm, starke Luftverschmutzung und Wasserbelastung für die typischen großstädtischen Umweltprobleme; auch wenn die absoluten Werte deutlich geringer als in den europäischen Großstädten sind, so sorgen die alpine Topographie und Klimasituation (häufige Inversionswetterlagen in den Tal- und Beckenlagen) für sehr hohe Schadstoffkonzentrationen und Lärmbelastungen. Diese belasten alle Vegetationsgesellschaften und setzen ihre Regenerationsfähigkeit herab.
- Die landwirtschaftliche Intensivierung führt zum drastischen Rückgang der Artenvielfalt auf den bewirtschafteten Flächen und zugleich zu einer erhöhten ökologischen Labilität.
- Die landwirtschaftliche Extensivierung beziehungsweise die Verbrachung führt ebenfalls zu einem deutlichen Rückgang der Artenvielfalt, zum Verlust landschaftlicher Vielfalt und Kleinräumigkeit und auch – auf den steileren Teilflächen – zu einer erhöhten ökologischen Labilität (siehe zu dieser teilweise umstrittenen Frage Bätzing 1991 und 1997, Messerli 1989 und Tasser/Tappeiner/Cernusca 2000).

Auf diese Weise vermindert sich die ökologische Stabilität aller Vegetationsgesellschaften und Landschaften im gesamten Alpenraum erheblich. Angesichts der Tatsache, dass die Alpen durch eine „sprunghafte Naturdynamik“ geprägt werden (Bätzing 1997, S. 174), die alle menschlichen Nutzungen stets bedroht, ist die heutige Situation nicht mehr als nachhaltig zu bezeichnen – sie lebt an vielen Stellen noch von der ökologischen Stabilität der traditionellen Kulturlandschaften und von zahlreichen ingenieurbioologischen Baumaßnahmen der Vergangenheit, aber sie trägt selbst kaum noch etwas zur ökologischen Stabilisierung des Alpenraumes bei.

Diese schwierige Situation wird durch zwei Faktoren zusätzlich verschärft: Erstens gibt es zwischen den brachfallenden und den übernutzten Flächen keine traditionellen Kulturlandschaftsflächen mehr, die als Puffer wirken könnten, so dass sich die Instabilitäten aus beiden Bereichen schnell gegenseitig verstärken können. Und zweitens gehen alle Klimamodellierungen davon aus, dass die meteorologischen Extremereignisse in den Alpen in naher Zukunft stark zunehmen werden. Dadurch verschärfen sich die Probleme mit der ökologischen Stabilität im Alpenraum so deutlich, dass die Nutzung der Alpen als Siedlungs-, Wirtschafts-, Erholungs- und Transitraum fraglich werden kann beziehungsweise fraglich werden dürfte.

Diese zunehmenden Umweltprobleme im Alpenraum haben bereits die Arbeit an der Alpenkonvention maßgeblich mitgeprägt – die zahlreichen Katastrophen vom Sommer und Herbst 1987 in weiten Teilen der Alpen waren mit ein Auslöser für die erste Alpenkonferenz in Berchtesgaden – und sie erfordern den Aufbau einer alpenweiten gemeinsamen Umweltverantwortung. Diese wird aber durch die Staatsgrenzen in den Alpen, die sehr großen Schwierigkeiten bei der internationalen Zusammenarbeit und das Fehlen eines gemeinsamen Alpenbewusstseins erschwert.

Eine noch viel größere Schwierigkeit stellt aber der aktuelle Strukturwandel der „Vervorstädterung“ der Alpenstädte dar. Die Alpen zerfallen seit 1980 immer stärker in die Einzugsgebiete von außeralpinen Großstädten. und zwischen diesen verstärkenden Einzugsgebieten entstehen „Niemandregionen“, die sich entsiedeln oder in denen einzelne Tourismuspunkte eine ortlose Scheinwelt à la „Heidiland“ aufbauen. Und da die einzelnen alpinen Einzugsgebiete der außeralpinen Großstädte jeweils stärker mit ihrem Zentrum verflochten sind als mit ihren Nachbarregionen im Alpenraum, „verschwinden die Alpen“. Nicht in dem Sinne, dass die Berge verschwinden, sondern in dem Sinne, dass die Berge und die alpine Umwelt zur Kulisse werden. Und dann sind die Alpen nur noch Ergänzungsraum für die Großstadt und nicht mehr ein eigenständiger Lebens- und Wirtschaftsraum und dann gibt es auch keine Notwendigkeit mehr für eine spezifische gemeinsame Alpenpolitik beziehungsweise für die Alpenkonvention.

Es gibt bereits konkrete Ansätze für eine solche Entwicklung. Die Kantone Graubünden und Glarus haben unabhängig voneinander im Jahr 2000 beschlossen, in Zukunft sehr viel enger mit der Stadt Zürich zusammen zu arbeiten, um ihre wirtschaftlichen Probleme zu lösen – die oft beschworene Zusammenarbeit von Alpenregionen (auch im Sinne der Alpenkonvention) erscheint diesen Kantonen offenbar als wenig vorteilhaft. Ähnliche Entwicklungen laufen in vielen anderen Alpenregionen ab und sie werden meist durch eine verbesserte Erreichbarkeit (Bau von Straßentunneln) vorangetrieben.

Während der Strukturwandel von Verstädterung und Entsiedlung beziehungsweise von Intensivierung und Verbrachung *unmittelbar* zu hohen Umweltbelastungen, zum Verlust von Artenvielfalt und zu ökologischen Gefährdungen führt, sorgt der Strukturwandel der „Vervorstädterung“ dafür, dass es sehr schwer ist eine gemeinsame Umweltverantwortung für den Alpenraum aufzubauen. Und damit fehlt dann die Grundlage für konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltprobleme beziehungsweise für die Entwicklung einer Umweltpolitik.

Der ablaufende Strukturwandel führt aber nicht nur im Umweltbereich, sondern auch im Bereich der Wirtschaft und der Kultur zu gravierenden Problemen.

Im Bereich der Wirtschaft werden fast alle endogenen Ressourcen der Alpen wirtschaftlich entwertet. In den Alpenregionen mit positiver Wirtschaftsentwicklung, vor allem in den Alpenstädten und in den Siedlungsbändern entlang der Transitkorridore, breiten sich ubiquitäre Arbeitsplätze aus, die ihre Entstehung den „weichen“ Standortfaktoren und der guten Erreichbarkeit verdanken und die funktional sehr eng mit den großen europäischen Wirtschaftszentren verflochten sind und von dort her auch meist kontrolliert werden. Insofern handelt es sich um eine außengeleitete Wirtschaftsentwicklung, für die die Alpen lediglich als Betriebsstandort, nicht jedoch als Lebensraum von Interesse sind.

Die Alpenregionen, die von dieser Entwicklung nicht erfasst werden, werden zu Entsiedlungsregionen oder zu Regionen mit großen Wirtschaftsproblemen, weil alle auf der Nutzung endogener Ressourcen gründenden Arbeitsplätze stark zurück gehen. Mit dem Rückgang der Bevölkerung geraten dann auch die Infrastrukturen – Läden, Schulen, Gesundheitswesen, Post, Bank, Gemeindeverwaltung usw. – im sowieso schon dünn besiedelten Alpenraum in die Krise, was durch die staatlichen Sparmaßnahmen, Privatisierungen und Liberalisierungen der 1990er Jahre noch beschleunigt wird. Ab einem gewissen Zeitpunkt setzt dann eine Negativspirale ein, die kaum noch zu durchbrechen ist. Familien mit einem einträglichen und sinnvollen Arbeitsplatz müssen den peripheren Alpenraum verlassen, weil für die Kinder keine Schule mehr existiert, oder die Schließung eines dezentralen Gewerbebetriebs, von dem zehn Familien abhängen, führt zur Schließung von Kindergarten und Grundschule. Ist erst einmal eine gewisse Mindestschwelle bei der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzdichte unterschritten, bricht schnell alles zusammen und ein Alpentälchen verliert seinen Charakter als Lebens- und Wirtschaftsraum.

Insofern sind auch die wirtschaftlichen Probleme im Alpenraum durchaus gravierend. Allerdings gibt es in diesem Bereich keine gemeinsame Problemwahrnehmung, weil die Bewohner der verstädterten Alpenregionen die Probleme der Entsiedlungsregionen in der Regel nicht als ihr Problem wahrnehmen und umgekehrt gilt Analoges.

Im Bereich der Kultur waren die Alpen im Agrarzeitalter – wie viele ländliche Räume in Europa – dadurch geprägt, dass die lokalen Gemeinschaften ein hohes Maß an sozialer Verantwortung (Nachbarschaftshilfe, Gemeinschaftsarbeiten) und Umweltverantwortung (zur ökologischen Stabilisierung der Kulturlandschaften) ausgebildet hatten, was in Verbindung mit einer ausgeprägten lokalen und regionalen Identität ein lebenswertes Leben ermöglichte. Die damit verbundenen vielfältigen Regionalkulturen verschwinden im Alpenraum im Laufe des 20. Jahrhunderts allmählich, beschleunigt aber seit 1965, u. zw. auf vierfache Weise:

- Auch in den Alpenstädten setzt sich die Segmentierung der Gesellschaft durch und es entstehen – wie in den Städten außerhalb der Alpen – ubiquitäre Lebensstilgruppen, die sich wechselseitig voneinander abgrenzen und nur mit sich selbst kommunizieren.
- In den Industriegebieten entsteht für eine gewisse Zeit eine interessante Kombination aus bäuerlichen und Arbeiterlebensformen („Arbeiterbauern“), die dann aber mit der Krise der Industrie in eine schwere kulturelle und Sinnkrise gerät.
- In den touristischen Regionen setzt sich die „kulturelle Verdrängung“ durch (Bätzing 1991, S. 199 ff., Bätzing 1997, S. 275). Weil man bedingungslos Neues realisieren und unbedingt die alte Welt hinter sich lassen will, entsteht häufig eine Innovationseuphorie, die alle traditionelle Umwelterfahrung systematisch verdrängt, um sich dadurch nicht blockieren zu lassen.
- In den Entsidlungsregionen setzt sich die „kulturelle Erstarrung“ durch (Bätzing 1991, S. 199 ff., Bätzing 1997, S. 274). Weil man auf jeden Fall die traditionellen Lebens- und Wirtschaftsformen bewahren will, entsteht eine pauschale Innovationsabwehr, die selbst sinnvolle und nützliche Innovationen betrifft. Dadurch wird die Diskrepanz zur übrigen Welt immer größer. und dies führt schließlich zum Totalzusammenbruch.

Insofern ist der aktuelle Strukturwandel der Alpen mit gravierenden Problemen in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Kultur verbunden, die die Qualität der Alpen als Lebens- und Wirtschaftsraum deutlich mindern und die seine ökologische Sicherheit gefährden. Das allergrößte und letztlich zentralste Problem besteht aber darin, dass die konkreten Probleme in Umwelt-Wirtschaft-Kultur sehr stark wechselseitig miteinander vernetzt sind, dass aber keine gemeinsame Umwelt- und Lebensraumverantwortung existiert, von der aus man Problemlösungen in Angriff nehmen könnte.

## 2.7. Forschungslücken

Das hier skizzierte neue Alpenbild, das räumlich erstmals auf Gemeindeebene ausdifferenziert ist, basiert auf der alpenweiten Auswertung der demographischen Entwicklung und wurde bislang nur in wenigen Teilbereichen weiter vertieft. Die größten Lücken bestehen in einer alpenweiten Analyse des wirtschaftlichen Strukturwandels für 1970-1990/2000, in der wirtschaftlichen Analyse der Industriegebiete vor allem im ländlichen Raum der Alpen sowie in der Analyse der kulturellen und sozialen Entwicklungen in den Alpenstädten, in den Pendlerwohnregionen der außeralpinen Großstädte und in den Industriegebieten.

Für das spezifische Zusammenwirken von Umwelt-Wirtschaft-Kultur gibt es zwar ausgewählte exemplarische Einzelfallanalysen, die einige wichtige Teilbereiche abdecken, aber diese müssten durch weitere Analysen noch vervollständigt und systematisiert werden. Und dabei wäre es wichtig, in vergleichender Analyse heraus zu arbeiten, wo jeweils die zentralen Blockaden für eine nachhaltige Entwicklung liegen und auf welche Weise sie überwunden werden könnten.

### 3. Leitideen für eine nachhaltige Alpenentwicklung

#### 3.1. Zum Begriff „Nachhaltigkeit“

Der Begriff „nachhaltig“ oder „Nachhaltigkeit“ kommt lange Zeit in den Texten der Alpenkonvention nicht vor, weil er sich erst im Jahr 1992 durchzusetzen beginnt und die Leitideen der Alpenkonvention bereits 1989 formuliert wurden. Trotzdem ist die Alpenkonvention mit der Idee der Nachhaltigkeit identisch (zum Hintergrund siehe Bätzing 2000, S. 93-95), was sich an zwei zentralen Punkten festmachen lässt: Erstens orientiert sich die Alpenkonvention an der Balance zwischen Wirtschaft – Gesellschaft - Umwelt, also am sogenannten „Nachhaltigkeitsdreieck“, und zweitens wird die Idee des Naturschutzes (Schutz der Natur vor dem Menschen in Schutzgebieten) durch die Idee des umweltverträglichen Wirtschaftens auf der *gesamten* Fläche ersetzt. Auch wenn mit dem Begriff der Nachhaltigkeit oft wenig Inhaltlichkeit verbunden ist (siehe dazu Thierstein/Walser 1996), so markieren diese beiden Punkte doch einen inhaltlichen Neuanfang in der Umweltpolitik für den Alpenraum.

In der Anfangsphase der weltweiten Nachhaltigkeitsdiskussion lag der Fokus auf den Wechselwirkungen zwischen „Wirtschaft“ und „Umwelt“, und „Gesellschaft“ wurde nicht als gleichberechtigter und eigenständiger Bereich gesehen, weil man der Meinung war, dass sich das zu findende Verhältnis zwischen Wirtschaft und Umwelt mit wirtschaftswissenschaftlichen und/oder naturwissenschaftlichen Gesetzen (Grenzwerten, Belastungsgrenzen) quasi objektiv fassen ließe. Deshalb dominierten lange Zeit (und versteckt oft noch bis heute) naturalistische oder ökonomistische Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion (Wolf 2001, S. 100-101), was sich daran zeigt, dass der Begriff „Kultur“ in den Dokumenten der Konferenz von Rio kaum vorkommt (Kurt/Wehrspau 2001, S. 18). Der Auftritt der Entwicklungsländer auf dieser Konferenz machte dann aber deutlich, dass Industrie- und Entwicklungsländer unterschiedliche Nachhaltigkeitsstrategien verfolgen müssen, so dass es nötig wurde, dafür zusätzlich eine „gesellschaftliche Dimension“ einzuführen, die dann zum bekannten Nachhaltigkeitsdreieck weiterentwickelt wurde. Und die Industrieländer konnten diese neue Dimension dann dazu nutzen, um ihre jeweiligen relevanten sozialen und kulturellen Probleme in das Phänomen Nachhaltigkeit einzubringen, nachdem die Rio-Konferenz den Begriff der Nachhaltigkeit vom „nachhaltigen Wirtschaften“ zum „nachhaltigen Leben“ erweitert hatte (Bätzing 2002).

Gerade hier liegt aber eine der zentralen Schwierigkeiten der Nachhaltigkeitsdiskussion: Während die Beziehung zwischen Wirtschaft und Umwelt als „nachhaltiges Wirtschaften“, das seine eigenen Umweltressourcen nicht zerstört beziehungsweise das von den „Zinsen“ und nicht vom „Kapital“ (der Natur) lebt, spontan unmittelbar einleuchtend ist, sprengt der Einbezug der „ge-

sellschaftlichen Dimension“ dieses populäre Denkmodell vollständig und fordert aus sich heraus eine völlig andere Denkstruktur. Anders als die Beziehung zwischen zwei Faktoren oder Bereichen, die implizit leicht als Unterordnung des einen unter den anderen gedacht werden kann (als einfaches Modell des naturalistischen oder ökonomistischen Ansatzes), stellen die Beziehungen zwischen drei Faktoren oder Bereichen eine völlig neue Beziehungsstruktur dar, die dem gegenüber als beliebig und diffus erscheint. Diese Charakteristik wird dann noch dadurch verstärkt, dass die Inhaltlichkeit des neuen Bereiches bislang nicht eindeutig definiert ist, sondern dass dafür unterschiedliche Gewichtungen existieren (Ausgleich zwischen Erster- und -Dritter Welt, gerechte Verteilung von Lebenschancen und Wohlstand, Stärkung Umwelt-/Lebensraumverantwortung, kulturelle Identität, soziale Gerechtigkeit, räumliche Gerechtigkeit u.ä.).

Diese „Diffusität“ zeigt sich bereits an der verwendeten Begrifflichkeit. Zwar wird oft der Begriff „gesellschaftliche“ oder „sozio-kulturelle Nachhaltigkeit“ gebraucht (siehe dazu die Indikatorenkataloge im Literaturverzeichnis), aber es gibt auch die Begriffe „Societale Nachhaltigkeit“ (Serbser 2000), soziale Nachhaltigkeit *ohne* kulturelle Dimension (Birkmann 1999, Diefenbacher 1997), „soziale und räumliche Nachhaltigkeit“ (Irmen 2001), nachhaltige Entwicklung als „gesellschaftliche Solidarität“ (MONET 2001), „Soziales und Gesundheit“ (Born 1997), während dessen eine „kulturelle Nachhaltigkeit“ *ohne* soziale Dimension nicht vorkommt. Entsprechend unterschiedlich fallen dann die inhaltlichen Gewichtungen dessen aus, was im Zentrum der „gesellschaftlichen Nachhaltigkeit“ stehen sollte.

Deshalb kann man feststellen: „Die wenigen Veröffentlichungen, die bisher zur Operationalisierung, sozialer Nachhaltigkeit existieren, enthalten großenteils unsystematische Aufzählungen verschiedener Bedingungen und Ziele, die zudem zwischen den verschiedenen Autoren teilweise erheblich differieren“ (Empacher/Wehling 1999, S. 3). Die Grundsatzfrage, wie die Dimension der Gesellschaft oder des Sozialen beziehungsweise Kulturellen mit den beiden anderen Nachhaltigkeitsbereichen verbunden werden sollte, ist völlig ungeklärt (Serbser 2000, S. 71, Kurt/Wehrspau 2001, S. 17-18, Opielka 2000, S. 41). Insofern ist die Bezugnahme auf die *allgemeine* Nachhaltigkeitsdiskussion für die Fragestellung dieser Untersuchung wenig hilfreich, allerdings lässt sie besser verstehbar werden, warum auch im Alpenraum mit dieser Thematik große inhaltliche Unsicherheiten verbunden sind.

Deshalb soll an dieser Stelle auf wichtige alpenspezifische Erfahrungen bei der Analyse der Nachhaltigkeitsthematik zurückgegriffen werden (Bätzing 1994). In vielen konkret untersuchten Einzelfällen im Alpenraum gibt es nie eine „einzig richtige“ nachhaltige Lösung in dem Sinne, dass alle anderen Lösungen falsch und nicht nachhaltig seien, sondern es gibt immer mehrere

mögliche richtige Lösungen, von denen keine jeweils perfekt ist, sondern jede ganz bestimmte Vor- und einige Nachteile miteinander verbindet (siehe dazu Bätzing 1994 mit konkreten Beispielen). Das bedeutet aber, dass es keine objektiv richtige Lösung gibt und dass die Betroffenen die möglichen richtigen Lösungen abwägen, bewerten und schließlich eine davon auswählen müssen, die dann realisiert werden soll.

Bei dieser Sichtweise erhalten die persönlichen Bewertungen der Betroffenen beziehungsweise spezifische normative Wertsetzungen von sozialen oder ethnischen Gruppen bei den Fragen der Nachhaltigkeit eine große Bedeutung gegenüber externen Spezialisten, die dabei durchaus beratend tätig sein können und sollen, die aber selbst keine objektiven Entscheidungen vorgeben können. Nur auf diese Weise ist es möglich, dass der Bereich „Gesellschaft“ im Nachhaltigkeitsdreieck einen gleichwertigen und eigenständigen Stellenwert erhält und nicht mehr oder weniger deutlich den beiden anderen Bereichen nachgeordnet wird. Allerdings wird mit diesem Verständnis zugleich die Konstruktion des Nachhaltigkeitsdreiecks modifiziert. Der Bereich „Gesellschaft“ ist dann einerseits ein gleichberechtigter Teilbereich neben „Wirtschaft“ und „Umwelt“, andererseits wird er zum Steuerungsbereich, der die Ausgewogenheit des Nachhaltigkeitsdreiecks bewertet und daher über ihm steht. Anders ausgedrückt: Die Festlegung der Nachhaltigkeitsziele ist „eine genuin kulturelle Leistung“ (Wolf 2001, S. 100). Oder: „Das Leitbild Nachhaltigkeit .. enthält einen genuin kulturschöpferischen Impuls – Nachhaltigkeit braucht und produziert Kultur“ und Kultur schafft die Energie, von der aus das ‚Magische Dreieck‘ überhaupt erst denkbar wird (Kurt/Wehrspau 2001, S. 17).

Verschiedene Nachhaltigkeitsansätze entwickeln daher zusätzlich eine „politische Nachhaltigkeit“, die *über* den drei zentralen Bereichen steht. Dies ist jedoch problematisch, weil damit die politische Steuerung eine Eigenständigkeit erhält, die dem Partizipationsgedanken der „Lokalen Agenda 21“ widerspricht. Denn eine partizipativ organisierte Beschlussfassung über die Leitideen der regionalen nachhaltigen Entwicklung und über konkrete Maßnahmen und Pilotprojekte ist so eng mit der soziokulturellen Dimension in der Region verbunden und ist selbst bereits ein kultureller Faktor, dass sie von der politischen Umsetzung nicht wirklich zu trennen ist. Aus diesem Grunde besitzt die gesellschaftliche Dimension der Nachhaltigkeit die Doppelfunktion, einer von den drei gleichwertigen Bereichen zu sein und zugleich die Gesamtbewertung beziehungsweise Gesamtsteuerung zu übernehmen. Dieses Verständnis der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit dürfte Vielen als unlogisch oder gar widersprüchlich erscheinen. Aber es wurde bewusst in dieser Form entwickelt, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass der Mensch Teil und Gegenteil der Natur zugleich ist, und dass er deshalb keinen Standpunkt außerhalb der Natur einnehmen kann, von wo aus er die Nachhaltigkeitsprobleme

*vollständig* überblicken und kontrollieren könnte. Die „unlogisch“ wirkende Doppelfunktion der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit bringt so adäquat zum Ausdruck, dass der Mensch prinzipiell den Prozess der Nachhaltigkeit nie völlig beherrscht und stets große Mühe hat, ihn einigermaßen positiv zu gestalten.

### 3.2. Leitideen für eine nachhaltige Entwicklung der Alpen

Die vorliegenden politischen Entwürfe zur nachhaltigen Entwicklung von Räumen (für das Gebiet der EU z.B. das EUREK, für verschiedene Staaten nationale Leitlinien oder Aktionspläne, für Bundesländer z.B. das „Landesentwicklungsprogramm Bayern“ von 2001) sind dadurch geprägt, dass in ihnen entweder der Raum keine relevante Rolle spielt (z.B. „Zukunftsfähiges Deutschland“ von 1996 oder „Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz“ von 1997) oder dass die bestehenden räumlichen Strukturen lediglich *nachhaltiger* ausgestaltet werden sollen.

Für die Alpen sind diese Entwürfe keine Hilfestellung, weil hier der aktuelle Strukturwandel zu fundamentalen Problemen geführt hat, für die mindestens zwei verschiedene räumliche Lösungsrichtungen denkbar sind. Wie bei verschiedenen anderen Problemen zeigen sich wichtige europäische Probleme in den Alpen deutlicher, zugespitzter und extremer als im außeralpinen Raum und verlangen deshalb nach einer grundsätzlichen Reflexion.

Bedeutet Nachhaltigkeit in einer Zeit, in der der eigenständige ländliche Raum verschwindet und die Einzugsgebiete der europäischen Großstädte immer größer werden, dass die nachhaltige Entwicklung diesen Strukturwandel unterstützt und sich in Form von großen „nachhaltigen Stadtregionen“ territorial-flächenhaft organisiert? Diese Position, die als „forcierte Modernisierung“ bewertet werden kann, wird häufig bei territorialen Neugliederungen vertreten (z.B. Schaffung von Großregionen in der Schweiz), für sie spricht das Faktum der Realitätsnähe sowie der Gedanke, dass Nachhaltigkeit am besten zu erreichen sei, wenn sich die menschlichen Aktivitäten auf möglichst kleine Räume konzentrierten und so die Natur entlasten. Für die Alpen bedeutete dies, dass sie in die Einzugsgebiete der verschiedenen Großstädte am Alpenrand zerfallen, und dass die einzelnen Stadtregionen im Rahmen ihrer jeweiligen Nachhaltigkeitsstrategie auch ihre randlichen Alpengebiete berücksichtigen.

*Oder* bedeutet Nachhaltigkeit den Verzicht auf räumliche Arbeitsteilung (und damit auch auf die Existenz von Städten) und die Rückkehr zu einer dezentral-flächenhaften Subsistenzwirtschaft (ohne Verkehr) in größter Naturnähe? Diese alternativ-utopische Position, die auch als „Verweigerung der Modernisierung“ bewertet werden kann, wird heute in der Regel nicht als revolutionäres Postulat, sondern evolutionistisch vertreten: „Regionen auf dem Weg zu ‚Inseln‘

der Nachhaltigkeit“ (Wallner/Eder 1998, Schneider 1997). Für diese Position spricht der Gedanke, dass Arbeitsteilung beziehungsweise Konzentration von Wirtschaft und Bevölkerung auf engem Raum mit Umweltbelastung/-zerstörung identisch sei. Für die Alpen bedeutete dies, dass sie sich immer mehr von den funktionalen Verflechtungen mit den außeralpinen Räumen abkapseln und sich immer stärker wieder auf die Nutzung ihrer endogenen Ressourcen konzentrieren sollten, was im Rahmen der Alpenkonvention realisiert werden könnte.

Beide entgegen gesetzten Leitideen für Nachhaltigkeit sind jedoch keine Perspektive für die Alpen.

Bei der „forcierten Modernisierung“ geraten die Alpen in allen Großstadtreionen in eine Randlage und ihre Funktion als eigenständiger Wirtschaftsraum besitzt dabei im Rahmen der starken Wirtschaftskraft des Zentrums keinerlei Bedeutung mehr. In der städtischen Optik und Logik wird der ländliche Raum beziehungsweise der Alpenraum zum „Ergänzungsraum“ der Stadt, der sich auf bestimmte Funktionen (Erholung, Trinkwasser, ökologischer Ausgleich) konzentriert. Damit geht die Bedeutung der Alpen als eigenständiger und multifunktionaler Lebens- und Wirtschaftsraum verloren.

Die „Verweigerung der Modernisierung“ bringt das unlösbare Problem mit sich, dass von den endogenen Ressourcen der Alpen im Jahr 1870 – also fast auf dem Höhepunkt der agrarischen Nutzung – nur etwa 6 Mio. Menschen (Alpenbevölkerung ohne die Bevölkerung der Alpenstädte) leben konnten – und was sollte mit den heutigen 14 Mio. Menschen passieren?

Um nicht zwischen diesen beiden Extremen irgendwie in einer schwammigen Mitte zu verbleiben, die Alles und Nichts beinhaltet, entwickelte der Autor das Konzept der „ausgewogenen Doppelnutzung“ (Bätzing 1994 und 1998, Zusammenfassung in Bätzing 1997, S. 167-169, aufgegriffen z.B. in Lorch 1995). Die Alpen können sich nur dann nachhaltig entwickeln, wenn sie sich weder von Europa abschotten, noch in die Einzugsbereiche der einzelnen Großstädte zerfallen, sondern wenn sie ein eigenständiger Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigener Umweltverantwortung bleiben beziehungsweise werden. Damit dies gelingt, benötigen sie sowohl die umweltverträgliche Nutzung der endogenen Ressourcen, als auch die funktionale Verflechtung mit Europa, also exogene Ressourcennutzungen. Die Alpen können aber nur dann die außeralpinen Interessen (Erholung, Wasserkraft, Trinkwasser, Wohnraum, Transitverkehr) dauerhaft und nachhaltig erfüllen, wenn ihre eigene Wirtschaftsbasis und ihr kulturelles Selbstbewusstsein deutlich gestärkt werden, weil nur so die Dominanz der exogenen Nutzer reduziert und deren Nutzungsformen konkret nachhaltig umgestaltet werden können. Erst dann ist es möglich, dass die exogen bestimmten Wirtschaftsaktivitäten diejenigen der Einheimischen unterstützen und stärken, anstatt wie heute in Konkurrenz mit ihnen zu treten, wobei die

Konkurrenz stets nicht nachhaltige Nutzungsformen fördert. Wenn auf diese Weise endogene und exogene Nutzer im Sinne der Nachhaltigkeit in wechselseitiger Ergänzung zusammen wirken (= „ausgewogene Doppelnutzung“), dann kann eine gemeinsame Umweltverantwortung aufgebaut werden.

Da dieses Konzept die Existenz der Alpen als eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum normativ voraus setzt und da eine zentrale Aufgabe dabei besteht, die Dominanz der exogenen Nutzer im Alpenraum zu reduzieren (diese ist durch das gegeneinander Ausspielen einzelner Alpenregionen relativ leicht realisierbar), ist die Alpenkonvention die logische Form, in der diese Idee der Nachhaltigkeit territorial umgesetzt wird, weil dadurch die Alpen mit ihren spezifischen Interessen erstmals gemeinsam in Europa auftreten können. Die Alpenkonvention steht dabei also gerade nicht für „Abschottung“, sondern für Offenheit in einem vernetzten Europa.

Als zweiter Schritt folgt dann aber sofort und komplementär die „regionsspezifische Ausdifferenzierung“ der Nachhaltigkeitsidee im Alpeninnern. Damit die Alpen auf nachhaltige Weise eigenständige und multifunktionale Lebens- und Wirtschaftsregionen bleiben können, müssen städtische Regionen wieder städtischer werden (gegen Vervorstädterung und Entwertung von zentralörtlichen Funktionen, für Reurbanisierung und alpenspezifische Agglomerationspolitik), ländliche Regionen wieder ländlicher (Erhalt der dezentralen Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen, Stärkung der Wirtschaftskraft, Abbau von lokalen Monostrukturen) und das Verhältnis zwischen ihnen wieder gleichberechtigter werden (als Aufgabe der Alpenkonvention) (Zusammenfassung der regionsspezifischen Nachhaltigkeitsstrategien: Bätzing 1997, S. 196-197).

Mit dieser „integrativen“ Leitidee, die das jeweilige Zusammenspiel von Wirtschaft-Gesellschaft-Umwelt in seiner spezifischen räumlichen Ausprägung explizit berücksichtigt, kann eine nachhaltige Regionalentwicklung im Alpenraum umgesetzt werden, die sich weder gegen außen total abschottet noch dem Prozess der Verstädterung beziehungsweise Vervorstädterung total unterwirft.

Auf diese Weise kann eine realitätsnahe Mitte zwischen diesen beiden Extremen herausgearbeitet werden, die keine Diffusität und Verschwommenheit besitzt und deren Ziele konkret definierbar und politisch operationalisierbar sind.

### 3.3. Zur Aufgabe der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit im Alpenraum

Da die wissenschaftliche und politische Nachhaltigkeitsdiskussion wenig Klärungen für diese Frage bringt, wird hier ein anderes Vorgehen gewählt: Wir betrachten den ablaufenden Strukturwandel im Alpenraum, vergleichen ihn mit den Leitideen für eine nachhaltige

Alpenentwicklung und den allgemeinen Leitideen für die „gesellschaftliche Nachhaltigkeit“ und arbeiten dann heraus, welche spezifischen Probleme und Blockaden dabei im Bereich „Gesellschaft“ auftreten und gelöst werden müssten. Und dies sind dann die prioritären Aufgaben der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit.

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist, dass auf dem Hintergrund einer grenzenlosen Kommunikation und einer hohen persönlichen Mobilität die Menschen nur dann langfristig im Alpenraum wohnen und wirtschaften, wenn sie hier ein „gleichwertiges“ (nicht gleichartiges oder identisches) Leben wie im übrigen Europa führen können. Ist dies nicht gegeben, ist Abwanderung die Folge und dann werden sogar nachhaltige Wirtschafts- und Landnutzungsformen ersatzlos eingestellt, wie die Entsiedlungsregionen exemplarisch zeigen. Natürlich bedeutet diese Voraussetzung nicht, dass der Alpenraum den gleichen Lebensstandard und das gleiche Infrastrukturangebot wie die Großstadt bieten müsste – eine Reihe von Mängeln können durch hohe Umweltqualität, günstige Kosten, emotionale Beziehungen zur Wohnregion durchaus kompensiert werden, aber die Gesamtlebensqualität muss stimmen.

Die Analyse des Strukturwandels hatte mit der Entwertung der ländlichen Alpenräume einen ersten Problempunkt sichtbar gemacht: Die öffentlichen und privaten Infrastrukturen. Während diese in den verstädternden Alpenregionen kein Problem an sich darstellen – nur die spezifische Form ihrer Ausgestaltung im alpinen Raum macht hier Probleme –, stellen sie heute in allen ländlichen Räumen ein Schlüsselproblem für die nachhaltige Entwicklung dar, das in den Bereich „Gesellschaft“ fällt. Davon betroffen sind Gesundheits-, Bildungs-/Ausbildungssystem, Vereine und Gruppen, kulturelles Angebot, persönliche und staatliche Dienstleistungen aller Art, die die Lebensqualität entscheidend mitprägen und die unter dem Stichwort „räumliche Gerechtigkeit“ zusammen gefasst werden können. Zu diesem Themenfeld gehört auch die Sicherheit von Siedlungen und Infrastrukturen vor naturräumlichen Gefährdungen, denen gerade im Alpenraum eine spezifische Bedeutung zukommt.

Es hatte sich weiterhin gezeigt, dass mit dem allgemeinen Strukturwandel im Alpenraum auch spezifische kulturelle Probleme verbunden sind. Diese Probleme sind durch ihre Doppelfunktion geprägt, dass sie einerseits nicht-nachhaltige Verhaltensweisen, Erschließungsprojekte und Nutzungsformen *direkt* fördern, andererseits eine gemeinsame Umweltverantwortung unmöglich machen und so eine nicht-nachhaltige Entwicklung *indirekt* fördern. Dieses Themenfeld erfordert eine intensive geistig-kulturelle Auseinandersetzung mit Tradition, Situation und Zukunft der Alpen im Kontext Europas und der Welt, die ein aktives kulturelles Leben verlangt und die auch das Bildungs-/Ausbildungssystem betreffen müsste. Auch dies ist eine prioritäre Aufgabe der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit.

Als dritter Punkt lässt sich die Vielfalt der Sprachen/Dialekte im Alpenraum nennen, die durch den weltweiten Strukturwandel gefährdet wird, die aber für eine lebendige kulturelle Identität – und damit für die Ausbildung einer Umweltverantwortung – unverzichtbar ist. Allerdings ist bei diesem Thema sofort darauf hinzuweisen, dass diese sprachliche Vielfalt und Identität nicht durch Abschottung von der restlichen Welt bewahrt werden kann, sondern nur durch eine selbstbewusste Interaktion mit der übrigen Welt. Grundsätzlich gilt, dass eine Abschottung weder ökonomisch noch kulturell sinnvoll ist. Die mit der Abschottung verbundene Position – bei uns ist eigentlich alles ideal, die Probleme kommen immer nur von außen – führt zu einem „Regionalen Egoismus“, der mit der Nachhaltigkeit nicht vereinbar ist, weil er gemeinsame Problemlösungen in gegenseitiger Solidarität verhindert und Probleme im besten Fall lediglich verschiebt und im schlimmsten Fall radikalisiert und bis zur Unlösbarkeit zuspitzt.

Weitere Themen, die bei der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit eine – wenn auch weniger zentrale – Rolle spielen, sind die Architektur (mit heftigen Konflikten über landschaftsverbundenes und/oder traditionelles Bauen in den Alpen), der Sport im weitesten Sinne (Umweltverträglichkeit von Sportarten und von sportlichen Großveranstaltungen) und die Ess-/Trinkkulturen mit ihrer hohen Bedeutung für die Nachfrage nach regionalen Produkten und für eine kulturelle Identität im Alltagsleben.

Daneben gibt es weitere Themen, die mit den spezifischen Verhältnissen im Alpenraum wenig oder nichts zu tun haben, die aber im Rahmen einer offenen, sich nicht-abschottenden Nachhaltigkeitsidee angesprochen werden müssen, weil sie Probleme darstellen, die bei einem „zeitgemäßen“ Leben gelöst werden müssen. Hierbei handelt es sich vor allem um die Bereiche „Soziale Gerechtigkeit“ (Differenzen Arm-Reich, Gleichberechtigung von Frauen, Kindern, Alten sowie Minderheiten aller Art) und „individuelle Chancengleichheit“, die darauf abzielen, alle Menschen gleichberechtigt am Leben, Wirtschaften und an der Gesamtverantwortung teilhaben zu lassen. Ist dies nicht gegeben und wird die soziale und kulturelle Basis der Nachhaltigkeit zu eng gefasst (z.B. nur Einheimische oder Traditionsgruppen), dann werden wichtige Impulse und Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung unterdrückt und die daraus resultierenden Konflikte blockieren jeden Ansatz einer gemeinsamen Umweltverantwortung. Deshalb sind diese beiden Bereiche ebenfalls sehr wichtig, auch wenn sie keine alpenspezifische, sondern eine allgemeine Aufgabe für die Nachhaltigkeit darstellen.

Da im Alpenraum sehr häufig über die alpenspezifischen Probleme diskutiert und gestritten wird, besteht die Gefahr, dass diese beiden anderen Bereiche übersehen oder gar bewusst ausgeschlossen werden. Dies ist häufig dann der Fall, wenn man vor Ort oder in der Region tendenziell in Richtung „Abschottung“ geht und glaubt, auf „moderne“ Werte verzichten zu

können oder zu müssen, um die traditionellen Werte zu retten, was oft mit einer Romantisierung oder Verklärung der eigenen Vergangenheit verbunden ist. Da aber die Alpen nur dann eine Chance haben, eine lebendige Kultur zu entwickeln, wenn sie sich nicht wirtschaftlich und kulturell abschotten, ist es unbedingt wichtig, diese beiden Punkte innerhalb der Alpendiskussion zu berücksichtigen.

Aus diesen fünf Hauptbereichen und einigen weiteren Bereichen setzt sich also die „gesellschaftliche Nachhaltigkeit“ zusammen, wobei diese Bereiche jeweils spezifische Probleme einer nachhaltigen Entwicklung ansprechen, die im Bereich der Gesellschaft gelöst werden müssen. Das Kapitel 6.1 entwickelt daraus dann konkrete umsetzungsgerechte Themenbereiche.

Die zweite Funktion der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit, nämlich die Gesamtbewertung und Gesamtsteuerung des Prozesses der Nachhaltigkeit, ist zwar eng mit diesen Themenbereichen verbunden, geht aber doch deutlich darüber hinaus. Hier lautet die Grundsatzfrage, wie der Gedanke der Nachhaltigkeit in die politische Verantwortung für die Entwicklung eines Raumes eingebracht werden kann. Hierzu erscheint es sinnvoll, die bestehenden politischen Strukturen nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, sie aber durch partizipative Elemente deutlich zu verändern und zu erweitern. Kapitel 6.3 entwickelt ein Modell, wie dies für die Alpen realisiert werden könnte.

## 4. Der Stellenwert des Protokolls „Bevölkerung und Kultur“ innerhalb der Alpenkonvention

### 4.1. Zur Vorgeschichte der Alpenkonvention

Im Jahr 1986 brachte die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA die Idee einer „Alpenschutzkonvention“ in die öffentliche politische Diskussion im Alpenraum ein, um damit die aktuellen Umweltprobleme der Alpen zu lösen (siehe dazu den programmatischen Text von Walter Danz in Danz 1989, S. 63-79). Das Instrument der „Konvention“ – also die verbindliche Verpflichtung mehrerer Unterzeichnerstaaten zur gemeinsamen Erreichung bestimmter Ziele mittels gemeinsam festgelegter Maßnahmen – hatte sich weltweit im Bereich des Umweltschutzes bewährt („Berner Konvention“, „Washingtoner Artenschutzabkommen“, „Helsinki-Konvention“) und wurde auch für den Alpenraum als geeignet angesehen.

Im Jahr 1987 vollzog dann aber die CIPRA eine fundamentale programmatische Wende, indem sie sich vom klassischen, sektoralen Umweltschutz (Schutz der Natur vor *jeder* Beeinträchtigung und Veränderung durch den Menschen, vor allem in Schutzgebieten) abwandte und für eine „große Koalition zwischen Berglandwirtschaft und Natur- und Heimatschutz im Alpenraum“, also für die umweltgerechte Ausgestaltung *allen* Wirtschaftens und Handelns aussprach (Bätzing 2000, S. 94) – eine Position, die seit der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 mit „nachhaltiger Entwicklung“ bezeichnet wird.

Dieser Wandel betraf auch die Alpenschutzkonvention, die jetzt von einem sektoralen Umweltschutzinstrument zu einem integrativen Politikinstrument (Verbindung Umwelt-Wirtschaft-Gesellschaft) verändert werden musste. Allerdings überblickten die Protagonisten dieser Entwicklung in den Jahren 1986-89 nur teilweise, welche weitreichenden Folgen diese Veränderung haben sollte. Und diese Reflexion wurde noch dadurch erschwert, dass im Sommer 1989 der deutsche Umweltminister Klaus Töpfer überraschend die Initiative zur Erarbeitung einer Alpenschutzkonvention aufgriff und bereits zum Oktober 1989 zur ersten Alpenkonferenz nach Berchtesgaden einlud – damit war eine gründliche inhaltliche Vorbereitung kaum mehr möglich.

Dieses Changieren der Idee der Alpenkonvention zwischen einem sektoralen Umweltschutzinstrument und einem integrativen Politikinstrument prägt den Beginn ihrer Erarbeitung, und einige der damit verbundenen Unklarheiten sind heute noch nicht gelöst. In den Jahren 1988-89 betraf dies folgende Problemfelder (siehe dazu Bätzing 1994a):

- Der Name wechselte lange Zeit zwischen „Alpenschutzkonvention“ und „Alpenkonvention“. Die offizielle Bezeichnung „Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)“ drückt diese Ambivalenz anschaulich aus, indem das Vertragswerk zwar „Alpenkonvention (ohne „-schutz-“) genannt wird, aber der Aspekt der Entwicklung fehlt (heute würde man wohl inhaltlich richtiger formulieren: Übereinkommen zum Schutz und zur Entwicklung der Alpen).
- Die Federführung lag zu Beginn (und liegt bis heute) in den Händen der Umweltminister der Vertragsstaaten, was für ein sektorales Umweltschutzinstrument zutreffend, aber für ein integratives Politikinstrument (was alle politischen Ressorts betrifft) zu wenig ist. Nur wenige Vertragsstaaten haben bis heute darauf reagiert und eine Ressort-übergreifende Struktur für die Alpenkonvention geschaffen; in vielen Fällen sind die notwendigen Absprachen zwischen den zuständigen Ressorts sehr mühsam und aufwendig.
- Während die gemeinsamen Normen und Maßnahmen für eine sektorale Umweltschutzkonvention verhältnismäßig einfach in nationales Recht zu überführen sind, stellt dies bei einem integrativen Politikinstrument eine völlig neue und unbekannte Herausforderung dar, da davon sehr viele Regelungen betroffen sind, deren Änderung durch die nationalen Parlamente viele Jahre benötigen und die häufig auch die Rechte der nachgeordneten Gebietskörperschaften betreffen.
- Während die Normen und Maßnahmen einer sektoralen Umweltschutzkonvention weitgehend von Experten erarbeitet werden können und sollen, erfordert ein integratives Politikinstrument die breite Einbeziehung der Betroffenen bei der Erarbeitung von konkreten Lösungsvorschlägen.

Diese grundsätzlichen Schwierigkeiten hängen damit zusammen, dass die Alpenkonvention im Jahr 1989 einen Vorbild- und Pioniercharakter besaß. Sie versuchte erstmals die Idee einer „nachhaltigen Entwicklung“ für eine größere europäische Region umzusetzen und konnte deshalb auf keine Vorbilder oder Erfahrungen zurückgreifen, sondern musste in zentralen Themenfeldern mühsam über Versuch und Irrtum erst den richtigen Weg herausarbeiten.

In diesem schwierigen Beginn liegen aber wichtige normative Implikationen für das Themenfeld „Bevölkerung und Kultur“ verborgen. Fast alle Protagonisten der Alpenkonvention im Bereich der NGO's und der Umweltministerien kamen aus dem sektoralen Umweltschutz und waren von diesen Erfahrungen auch persönlich stark geprägt. Vereinfacht und etwas überzogen bedeutet das, dass der „klassische“ Umweltschützer die Natur vor jeder menschlichen Veränderung = Belastung = Zerstörung schützen möchte, indem er mittels naturwissenschaftlicher

Analysen quasi objektiv Belastungs- und Erschließungsgrenzen ermittelt und diese dann gegen die lokale Bevölkerung und ihre Nutzungs- und Erschließungswünsche durchzusetzen versucht. Damit verbunden ist eine hohe Wertschätzung von (naturwissenschaftlichem) Expertenwissen und ein gewisses Misstrauen gegen die lokale Bevölkerung und ihre wirtschaftlichen Interessen. Auch wenn sich viele Protagonisten bei der Arbeit an der Alpenkonvention vom klassischen Umweltschützer zum Vertreter einer nachhaltigen Entwicklung wandelten, so blieb eine gewisse Reserviertheit gegen den Themenbereich „Bevölkerung und Kultur“ für einige Jahre erhalten.

Diese sektorale Sichtweise ist auch die Ursache dafür, dass die inhaltlich eigentlich sehr nahe liegende politische Lösung für diese Thematik nicht gesehen wurde. Es gehört zu den großen Merkwürdigkeiten, dass die zentrale politisch-normative Basis der Alpenkonvention nicht thematisiert wurde, nämlich die inhaltliche Konvergenz in der Berggebietspolitik aller Staaten mit Alpenanteil, die sich innerhalb der 1980er Jahre durchgesetzt hatte (Bätzing 1994, S. 189; die Entwicklung der nationalen Berggebietspolitiken wird im Sammelband Bätzing/Messerli 1991 detailliert dokumentiert). Die verschiedenen Berggebietsgesetze zielten letztlich ebenfalls auf eine nachhaltige Entwicklung, aber der Akzent lag dabei stärker auf einem nachhaltigen Wirtschaften in dezentralen, eigenverantwortlichen Strukturen (Stichworte: Aufwertung der endogenen Potentiale, Verbindung Wirtschaft-Ökologie, Zurückdrängung rein exogen bestimmter Projekte, Aufwertung Berglandwirtschaft, Stärkung kultureller Identität, Aufbau und Stärkung von föderalistischen Strukturen und Beteiligungsverfahren).

Eigentlich wäre es sinnvoll und notwendig gewesen, einen engen Brückenschlag zwischen Alpenkonvention und nationalen Berggebietsgesetzen herzustellen und vor allem den Bereich „Bevölkerung und Kultur“ der Alpenkonvention mit den vorliegenden jahrelangen Erfahrungen und Strukturen mit den Berggebietsgesetzen zu füllen. Aber dies fand nicht statt, weil die Kommunikation zwischen dem Ressort „Umwelt“ und dem Ressort „Berggebietspolitik/Wirtschaft/Raumordnung“ nicht intensiv genug entfaltet war. Da diese sinnvolle Beziehung selbst heute noch im Prozess der Alpenkonvention zu wünschen übrig lässt, werden die Vorschläge von Kapitel 6 beim Thema „Beteiligungsverfahren“ darauf explizit zurückgreifen.

## 4.2. Die Resolution der Umweltminister von Berchtesgaden im Oktober 1989

Diese 89 Punkte umfassende Resolution stellt die offizielle Absichtserklärung der sieben Staaten mit Alpenanteil sowie der Kommission der Europäischen Gemeinschaften dar, eine Alpenkonvention zu erarbeiten, und sie nennt zugleich die zentralen inhaltlichen Voraussetzun-

gen, Schwerpunkte und Umsetzungspunkte. Im Gegensatz zu vielen späteren Texten der Alpenkonvention, bei denen jeder einzelne Satz mehrfach geändert wurde, bis ein tragfähiger Kompromiss zustande kam, ist dieser relativ zügig erarbeitete und schnell beschlossene Text ziemlich inhaltsreich. Er gibt einen guten Einblick in die Intention dieses Vertragswerks zu Beginn des politischen Prozesses. Es ist daher kein Zufall, dass sich selbst heute noch NGO-Vertreter auf Einzelpunkte aus dieser Resolution beziehen, wenn Protokoll-Aussagen im Wege der Konsensfindung inhaltlich konturenlos zu werden drohen. Aus diesem Grund ist es auch sehr aufschlussreich, diese Resolution in Hinblick auf ihre Aussagen zum Thema „Bevölkerung und Kultur“ zu untersuchen.

Die Resolution gliedert sich in den Abschnitt „Erwägungsgründe“ (Punkte 1 – 26) mit allgemeinen Aussagen über die Alpen und Argumenten für die Notwendigkeit einer Alpenkonvention und in einen „Operationalen Teil“ (Punkte 27 – 89), der auf spezifische Maßnahmenfelder zielt.

Betrachten wir zuerst die „Erwägungsgründe“, in denen die normativen Voraussetzungen für die Alpenkonvention sichtbar werden.

Bei der Charakterisierung der Spezifität des Alpenraumes spielen Bevölkerung und Kultur eine wichtige Rolle: „Die Alpen sind ein durch Natur, Kultur und Geschichte ausgezeichneter Raum“ (Punkt 1), sie sind „Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum ihrer eigenen Bevölkerung, ohne die dieser Raum nicht auf Dauer erhalten werden kann“ (Punkt 2), „sie machen einen wesentlichen Bestandteil des kulturellen Erbes Europas aus“ (Punkt 3), und sie sind „im Rahmen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Europas schon in der Vergangenheit eng mit den übrigen Räumen Europas verbunden und ihre verbindende Funktion wird in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen“ (Punkt 5). Diese Aussagen stehen gleichberechtigt neben den Aussagen zur Schönheit der Alpenlandschaft und zur ökologischen Bedeutung des Alpenraumes, so dass die Bereiche Kultur, Wirtschaft, Umwelt an dieser Stelle gleichberechtigt angesprochen werden, so wie es der Idee der Nachhaltigkeit entspricht.

Ab Punkt 6 werden dann die aktuellen Probleme angesprochen, und diese konzentrieren sich stark auf die „klassischen“ Umweltprobleme (Überlagerung konkurrierender Nutzungsansprüche in engen Tälern = 7, Verlust von Arten, Biotopen, erhaltenswerten Bestandteilen der Landschaft = 13, Überlastung von Natur und Landschaft = 14, Waldschädigung = 17, Verkehrsbelastung = 18, wachsende Ansprüche an Erosions- und Bodenschutz = 19, Trinkwassersicherung = 20, Sicherstellung Abwasser/Abfälle = 21, Schadstoffbelastung der Luft = 22). Die Aussagen zum Thema „Bevölkerung“ thematisieren die zunehmende Gefährdung des Menschen im Alpenraum durch die ständig wachsenden Umweltbelastungen (Punkt

8), sowie die Sachverhalte, „dass die Abwanderung der Bevölkerung aus manchen Regionen der Alpen nicht nur sozioökonomische, sondern auch gravierende ökologische Probleme mit sich bringt“ (Punkt 9), dass in einigen Gebieten der Alpen „eine einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der örtlichen Bevölkerung entstanden ist oder entstehen kann“ (Punkt 14) und dass „eine ungünstige landwirtschaftliche Entwicklung für große Alpengebiete einen fortschreitenden Bevölkerungsschwund mit sich bringt“ (Punkt 16). Mit dieser Gewichtung erscheint der Bereich „Bevölkerung“ deutlich dem Bereich „Umweltprobleme“ nach- und untergeordnet zu sein.

Noch sehr viel auffälliger wird dies beim Thema „Kultur“: Obwohl ihre Bedeutung am Anfang so deutlich genannt worden war, findet sich in den „Erwägungsgründen“ kein einziger spezifischer Problempunkt im Bereich Soziales oder Kultur! Und in Punkt 10, der „die großen regionalen Unterschiede“ in den Alpen anspricht, werden alle relevanten Punkte genannt, nur nicht die ausgeprägten kulturellen Unterschiede! Insofern besteht innerhalb der „Erwägungsgründe“ ein ausgesprochenes Missverhältnis zwischen der anfänglichen Betonung der Wichtigkeit der Kultur im Alpenraum und den folgenden Ausführungen.

Der „operationale Teil“ (Punkte 27-89) ist folgendermaßen gegliedert: Allgemeines (27-33), Raumplanung (34-42), Luftreinhaltung (43-45), Bodenschutz (46-50), Wasserhaushalt (51-56), Naturschutz- und Landschaftspflege, insbesondere Schutzgebiete, Arten- und Biotopschutz (57, mit sieben Spiegelstrichen), Tourismus (58-63), Berglandwirtschaft (64-68), Bergwald (69, mit fünf Spiegelstrichen), Verkehr (70-75), Energieversorgung (76-79), Abfallwirtschaft (80-82), Datengrundlagen (83, mit sieben Spiegelstrichen), Forschung, Umwelterziehung und Umweltinformation (84-86) sowie Konsequenzen und Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit (87-89).

Schon diese Gliederung macht deutlich, dass sich hier die Gewichtung aus den „Erwägungsgründen“ fortsetzt. Die Aussagen zum Thema „Bevölkerung“ konzentrieren sich zum überwiegenden Teil im Abschnitt „Raumplanung“, und sie fordern, „die Entwicklung von Siedlungen und Infrastrukturen mit der Erhaltung des grundlegenden ökologischen Gleichgewichts in Übereinstimmung zu bringen“, wobei „die Belange der einheimischen Bevölkerung“ zu berücksichtigen sind (36). Hauptziel ist es, „eine weitere Zersiedlung der Landschaft zu stoppen“ (36). Auch der folgende Punkt 37 bringt zu dieser Thematik in erster Linie ökologische Argumente; nur der fünfte von insgesamt neun Spiegelstrichen („Sicherung des Wohnbedarfs der örtlichen Bevölkerung“) fällt dabei aus dem Rahmen. Damit wird der Bereich „Siedlung und Infrastruktur“ schwerpunktmäßig aus ökologischer Sicht behandelt; die Sichtweise, dass die Siedlungs- und Infrastruktur in den Alpen den Bewohnern einen zeitgemäßen Wohn- und Lebensstandard und eine zeitgemäße Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen in

angemessener Erreichbarkeit gewähren müsse, um eine dezentrale Besiedlung aufrecht zu erhalten und Abwanderung sowie Zerfall von regionalen kulturellen Identitäten zu verhindern, wird nur ansatzweise angedeutet und besitzt keinen wirklichen Stellenwert.

Das Thema „Siedlungen und Infrastrukturen“ wird auf gleiche Weise in anderen Abschnitten erneut angesprochen (Bodenschutz 46, Wasserhaushalt 51, Tourismus 58, Berglandwirtschaft 64). Lediglich im Abschnitt zur Berglandwirtschaft wird eine neue Inhaltlichkeit eingeführt: „Halten die Bereitstellung zusätzlicher Erwerbsquellen auf dem Bauernhof oder in zumutbarer Entfernung und einen umweltgerechten Ausbau der Infrastruktur für notwendig“ (Punkt 66). Spezielle Inhalte, Probleme, Forderungen oder Maßnahmen zum Themenfeld „Kultur“ kommen dagegen im gesamten operationalen Teil nicht vor.

In Punkt 87 schließlich werden diejenigen Themenbereiche genannt, für die verbindliche Regelungen getroffen werden sollen und die mit den späteren Protokollen weitgehend identisch sind. Es sind dies: Raumplanung, Bodenschutz, Wasserhaushalt, Naturschutz und Landschaftspflege, Tourismus, Verkehr, Energieversorgung. Ein Themenbereich „Bevölkerung und Kultur“ ist hier also – in inhaltlicher Übereinstimmung mit der Resolution ab Punkt 6 – nicht vorgesehen, allerdings sollen relevante Teile des Bereichs „Bevölkerung“ im Protokoll „Raumplanung“ behandelt werden.

Betrachtet man die Gesamtkonzeption der Resolution von Berchtesgaden, so wird deutlich sichtbar, wie sie zwischen sektoraler Umweltschutzpolitik (zentrale Begrifflichkeit: Reduzierung der ökologischen „Belastungen“, z.B. Punkte 7 und 13) und nachhaltiger Entwicklung (zentrale Begrifflichkeit: „ausgewogene Entwicklung für den Alpenraum in seiner Gesamtheit“, z.B. Punkt 58) changiert. Zwar dominiert bei den Formulierungen der konkreten Probleme häufig noch die Sicht des sektoralen Umweltschutzes, aber die Gesamtaussagen der Resolution zielen doch ziemlich deutlich auf eine nachhaltige Entwicklung ab, indem nicht die Ausweitung von Schutzgebieten, sondern die umweltverträgliche Ausgestaltung des Wirtschaftens auf der gesamten Alpenfläche im Zentrum steht.

Dieses Changieren ist auch der Grund dafür, dass die Thematik „Bevölkerung und Kultur“ nur sehr bruchstückhaft und wenig systematisch angesprochen wird. Man thematisiert zwar mit einiger Mühe die neue Beziehung zwischen Umwelt und Wirtschaft und man weiß, dass dabei der Bereich „Kultur“ irgendwie von Bedeutung ist – aber es bleibt noch völlig unklar, welchen Stellenwert die „Kultur“ für eine nachhaltige Entwicklung besitzen soll.

Trotz dieser kritischen Bewertung ist jedoch explizit darauf hinzuweisen, dass sich der Anfang dieser Resolution sehr eindeutig für eine gleichgewichtige Behandlung von Umwelt, Wirtschaft,

Bevölkerung und Kultur ausspricht. Dass die Resolution diesen Anspruch dann nicht konsequent umsetzt, hängt an den genannten Schwierigkeiten, erstmals Grundprinzipien einer nachhaltigen Entwicklung zu formulieren, ohne dabei auf andere Vorbilder zurückgreifen zu können.

### 4.3. Die „Rahmenkonvention“ und die Protokolle

Die sogenannte „Rahmenkonvention“ regelt das allgemeine Procedere bei der Alpenkonvention, während die konkreten Inhalte und Maßnahmen in den sogenannten „Protokollen“ thematisiert werden.

Die „Rahmenkonvention“ ist der erste Text der Alpenkonvention, der bereits am 7. November 1991 in Salzburg beschlossen wurde (die ersten Protokolle folgen drei Jahre später), sie besteht aus einer Präambel und 14 Artikeln. Für die Frage nach dem Stellenwert eines Protokolls „Bevölkerung und Kultur“ ist jedoch nur die Präambel und Artikel 2 „Allgemeine Verpflichtungen“ relevant, denn die übrigen Artikel betreffen formale Verfahrensfragen. In der Präambel werden zentrale Textteile aus der Resolution von Berchtesgaden (aus den Punkten 1 – 10) wörtlich wiederholt, inhaltlich zusammengefasst oder leicht abgewandelt. Damit bleibt die Aussage erhalten, dass die einheimische Bevölkerung und die „spezifische und vielfältige Natur, Kultur und Geschichte“ einen besonderen Stellenwert besitzen und dass sie im Rahmen der anzustrebenden Entwicklung gleichgewichtig wie Umwelt und Wirtschaft zu behandeln sind.

Artikel 2, Absatz 2 nennt dann die Gebiete, auf denen „geeignete Maßnahmen“ (die späteren Protokolle) ergriffen werden sollen. An prominenter erster Stelle steht der folgende Text (alle Zitate der Rahmenkonvention und der Protokolle nach Haßlacher 2000):

„a) Bevölkerung und Kultur – mit dem Ziel der Achtung, Erhaltung und Förderung der kulturellen und gesellschaftlichen Eigenständigkeit der ansässigen Bevölkerung und der Sicherstellung ihrer Lebensgrundlagen, namentlich der umweltverträglichen Besiedlung und wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und partnerschaftlichen Verhaltens zwischen alpiner und außeralpiner Bevölkerung.“

Dieser Text stellt gegenüber der Resolution von Berchtesgaden einen großen Fortschritt dar, weil jetzt auch der Bereich „Kultur“ erstmals direkt angesprochen wird. Mit der Forderung nach „Achtung, Erhaltung und Förderung der kulturellen und gesellschaftlichen Eigenständigkeit“ sowie der Förderung eines „partnerschaftlichen Verhaltens zwischen alpiner und außeralpiner Bevölkerung“ werden zwei zentrale kulturelle Themen angesprochen. Und die Bezeichnung

„ansässige Bevölkerung“ (statt „örtliche Bevölkerung“ wie in der Resolution von Berchtesgaden) macht deutlich, dass es dabei nicht nur um die „Einheimischen“, sondern genauso um die Zuzügler, um die Arbeitsmigranten und andere Gruppen gehen soll, die oft aus der Alpenkultur ausgeschlossen werden.

Nach dem zitierten Text folgen elf weitere Themengebiete. Neu gegenüber der Resolution von Berchtesgaden sind neben „Bevölkerung und Kultur“ die Gebiete „Luftreinhaltung“, „Berglandwirtschaft“, „Bergwald“ und „Abfallwirtschaft“, während alle sieben Gebiete aus Punkt 87 der Berchtesgadener Resolution wieder genannt werden. Allerdings gibt es neben dem Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ zwei weitere Protokolle (Luftreinhaltung, Wasserhaushalt), die bis heute nicht realisiert worden sind.

Sieht man sich die knappen inhaltlichen Aussagen zu diesen zwölf Gebieten an, so fällt auf, dass die Darstellung deutlich weniger an einer sektoralen Umweltschutzpolitik und stärker an einer nachhaltigen Entwicklung orientiert ist, als die Resolution von Berchtesgaden. Die Aufnahme der neuen Protokolle Berglandwirtschaft, Bergwald und vor allem Bevölkerung und Kultur hat die Umweltschutzdimension der Resolution von Berchtesgaden zwar noch einmal deutlich gemildert, aber es bleibt trotzdem eine Asymmetrie zwischen Nutzen und Schützen in der Protokollstruktur erhalten. Es fehlen nach wie vor die wichtigen Bereiche „Alpenstädte“ und „Wirtschaft“ (genauer: nicht-touristische Dienstleistungen und der gesamte II. Wirtschaftssektor), die für eine ausgewogene Gesamtentwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit unverzichtbar sind.

Die Rahmenkonvention stellt einerseits also einen wichtigen Fortschritt bei der Alpenkonvention dar, indem die mit der Leitidee der nachhaltigen Entwicklung verbundenen Inhaltlichkeiten sehr viel deutlicher als noch in der Resolution von Berchtesgaden benannt und herausgearbeitet werden, aber andererseits geht sie diesen Weg nicht konsequent zu Ende und enthält immer noch Elemente der traditionellen sektoralen Umweltschutzpolitik.

Wenn jetzt die einzelnen Protokolle in Hinblick auf den Stellenwert eines Protokolls „Bevölkerung und Kultur“ untersucht werden, so wird in allen Fällen die aktuellste Textfassung herangezogen. Es wird darauf verzichtet, die geschichtliche Entwicklung der Protokolle mit ihren Textänderungen aufzuarbeiten, weil dies wenig Erkenntnisgewinn für unsere Fragestellung bedeutet.

Alle Protokolle besitzen eine Präambel und 20 bis 29 Artikel. Dabei gibt es sowohl in den Präambeln als auch in den Artikeln eine Reihe von Standardsätzen, die in identischer Form oder mit leichten Modifikationen in jedem Protokoll wiederkehren. Da sich hierbei wichtige Aussa-

gen zum Thema „Bevölkerung und Kultur“ finden, sollen diese Standardsätze zu Beginn analysiert werden.

*Standardsätze in allen Protokollen:*

1. „Der Alpenraum bildet „hinsichtlich...(seiner) Kultur ein unverwechselbares und vielfältiges Erbe“ (Präambel von fünf Protokollen, Text teilweise modifiziert).
2. „In der Überzeugung, dass die ansässige Bevölkerung in der Lage sein muss, ihre Vorstellungen von der gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung selbst zu definieren und an deren Umsetzung im Rahmen der geltenden staatlichen Ordnung mitzuwirken“ (Präambel aller acht Protokolle, identische Formulierung jeweils).
3. Artikel „Beteiligung der Gebietskörperschaften“: 1. „Jede Vertragspartei bestimmt... die ... am besten geeignete Ebene, um eine gemeinsame Verantwortung zu fördern ... 2. Die unmittelbar betroffenen Gebietskörperschaften werden...beteiligt“ (identischer Text in allen acht Protokollen).
4. Artikel „Bildung und Information“: „Die Vertragsparteien fördern die Aus- und Weiterbildung sowie die Information der Öffentlichkeit im Hinblick auf Ziele, Maßnahmen und Durchführung dieses Protokolls“ (nahezu identischer Text in allen acht Protokollen).

Diese gemeinsamen Aussagen aller Protokolle betonen den Bereich „Bevölkerung und Kultur“ ausgesprochen stark und geben ihm ein großes inhaltliches Gewicht, gerade für eine dezentrale, endogene Regionalentwicklung in den Alpen, bei der die Ziele der regionalen Entwicklung selbst definiert werden sollen und bei der die Gebietskörperschaften beteiligt werden müssen. Solche Aussagen wären in der Resolution von Berchtesgaden schwer vorstellbar gewesen, jetzt aber setzen sie konsequent die Leitidee der Nachhaltigkeit um.

*Protokoll „Raumplanung und nachhaltige Entwicklung“:*

In der Präambel findet sich folgende Aussage: „In dem Bewusstsein, dass der Schutz der Umwelt, die gesellschaftliche und kulturelle Fortentwicklung sowie die Wirtschaftsentwicklung im Alpenraum gleichrangige Ziele sind, und dass deshalb zwischen ihnen ein langfristig tragfähiges Gleichgewicht gesucht werden muss, und in der Überzeugung, dass zahlreiche Probleme des Alpenraumes am besten von den direkt betroffenen Gebietskörperschaften gelöst werden können...“ – mit dieser sehr eindeutigen Aussage sind alle Überbleibsel eines sektoralen Umweltschutzes getilgt und es wird ein sehr klares Bekenntnis zum Grundprinzip der nachhaltigen Entwicklung gegeben, bei der der betroffenen Bevölkerung ein großer Stellenwert zukommt.

In den „Allgemeinen Bestimmungen“ von Kapitel I wird diese Position in Artikel 1 (Ziele), 2 (Grundverpflichtungen) und 3 (Berücksichtigung der Umweltschutzkriterien) auf eine sehr überzeugende Weise weiter ausdifferenziert und präzisiert.

Allerdings gibt es dann einen gewissen Bruch: Artikel 5 „Berücksichtigung der Ziele in den anderen Politiken“ zählt alle sieben Sektoralpolitiken auf, die für dieses Protokoll eine Rolle spielen, erwähnt dabei aber ausgerechnet die Kulturpolitik nicht!

In Kapitel II geht es dann um „spezifische Maßnahmen“, die den inhaltlichen Kern dieses Protokolls bilden.

Artikel 9 nennt fünf Bereiche, die bei „Plänen und/oder Programmen für die Raumplanung“ besonders zu berücksichtigen seien, nämlich: Regionale Wirtschaftsentwicklung, ländlicher Raum, Siedlungsraum, Natur- und Landschaftsschutz sowie Verkehr. Auch wenn diese Bereiche inhaltlich überzeugend im Sinne der nachhaltigen Entwicklung behandelt werden, so fällt doch – gerade im Vergleich mit den Aussagen in der Präambel und in Kapitel I – auf, dass hier der Bereich „Kultur“ vollständig fehlt und dass neben dem „ländlichen Raum“ auch der „städtische Raum“ angesprochen werden müsste. Und in Kapitel 14 wird die „bessere Kenntnis der Wechselbeziehungen zwischen Raum, Wirtschaft und Umwelt“ gefordert, wobei der Bereich Kultur fehlt.

Obwohl also zu Beginn dieses Protokolls der Bereich „Bevölkerung und Kultur“ auf eine sehr überzeugende Weise angesprochen wurde, fällt der Maßnahmenteil deutlich dahinter zurück, indem zwar der Bereich „Bevölkerung“, nicht jedoch der Bereich „Kultur“ thematisiert wird. Dies macht deutlich, welche Schwierigkeiten vor allem beim Verhältnis „nachhaltige Entwicklung und Kultur“ existieren und dass die Unklarheiten und Unsicherheiten, die in der Resolution von Berchtesgaden noch sehr gravierend waren, auch in diesem Protokoll noch nicht endgültig ausgeräumt sind, auch wenn es dabei inzwischen relevante Fortschritte gegeben hat.

*Protokoll „Berglandwirtschaft“:*

In der Präambel wird festgehalten: „In der Überzeugung, dass die wirtschaftlichen Interessen mit den ökologischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden müssen, wobei den Eigenständigkeiten der einzelnen Regionen sowie der zentralen Rolle der Landwirtschaft Rechnung zu tragen ist“. Neben dieser positiven Aussage zur kulturellen Vielfalt und Eigenständigkeit von Regionen ist es verwunderlich, dass im folgenden Satz, der die Bedeutung der Landwirtschaft für andere Bereiche aufzählt, der Bereich Kultur nicht erwähnt wird, obwohl zahllose lokale und regionale Kulturen sehr eng mit der Landwirtschaft verbunden sind. Allerdings wird dies in

Artikel 1 dann nachgetragen und in Kapitel 4 mit dem Hinweis auf den kulturellen Wert der bäuerlich geprägten Landschaft noch erweitert.

Der Zusammenhang zwischen der Berglandwirtschaft und dem Bereich „Bevölkerung“ zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Protokoll: Beitrag zur Aufrechterhaltung der Besiedlung, zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, zum Schutz vor Naturgefahren (Art. 1), zur Sicherung angemessener Lebensgrundlagen und zur Verhinderung von Abwanderung (Art. 2), zur multifunktionalen Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft (Art. 3), Forderung nach „Entstehung und Entwicklung zusätzlicher Erwerbsquellen“ (Art. 14) und nach „erforderlichen Dienstleistungen zur Überwindung der nachteiligen Verhältnisse in den Berggebieten“ sowie „die Entwicklung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den anderen Bereichen und Gebieten im Alpenraum zu verbinden“ (Art. 15). Dem gegenüber wird der Bereich „Kultur“ zwar immer wieder genannt, aber er wird nicht weiter ausgeführt. Lediglich Art. 8 (4) formuliert ein spezifisches kulturelles Problem: „Besondere Maßnahmen sind zur Erhaltung der traditionellen Hofanlagen und landwirtschaftlicher Bauelemente sowie zur weiteren Anwendung der charakteristischen Bauweisen und -materialien erforderlich.“

Erstaunlicher Weise wird der enge Zusammenhang zwischen Berglandwirtschaft und Kultur nirgendwo in diesem Protokoll angesprochen. Zahlreiche traditionelle und ökologisch wichtige Bewirtschaftungsformen, die ökonomisch wenig ertragreich sind, werden heute vor allem aus kulturellen Gründen weitergeführt, und wichtige neue Initiativen entspringen weniger einem ökonomischen als vielmehr einem kulturellen Interesse. Es macht den Anschein, dass es wenig Kommunikation zwischen der ökologischen und betriebswirtschaftlichen Diskussion auf der einen und der volkswirtschaftlichen, psychologischen und soziologischen Diskussion auf der anderen Seite im Rahmen der Berglandwirtschaft gibt.

Damit hinterlässt auch dieses Protokoll trotz guter Ansätze einen etwas zwiespältigen Eindruck im Hinblick auf das Thema „Kultur“.

*Protokoll „Naturschutz und Landschaftspflege“:*

Dieses Protokoll stand von Anfang an im Zentrum des Interesses der Umweltschützer innerhalb der Alpenkonvention. Die Ausrichtung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zeigt sich daran, dass in Artikel 11 zwar „Schutzgebiete“ behandelt werden, ihnen aber kein zentraler Umsetzungsstellenwert zukommt. Statt dessen beginnen die „spezifischen Maßnahmen“ mit Artikel 7 „Landschaftsplanung“, die als integrative Planung („Abstimmung mit der Raumplanung“, Art. 8) und nicht als sektorale Planung charakterisiert wird. Spezifische Aussagen zum

Thema „Bevölkerung und Kultur“ gibt es, mit Ausnahme des zweifachen Verweises auf die „Mitberücksichtigung der Interessen der ansässigen Bevölkerung“ (Artikel 1 und 10) und dem Hinweis, dass „besondere Leistungen der ansässigen Bevölkerung“ für die Schutzgebiete zu prüfen seien (Artikel 11), nicht. Allerdings sorgen die zu Beginn zitierten Standardsätze dafür, dass auch in diesem Protokoll das Thema „Bevölkerung“ angemessen integriert ist.

*Protokoll „Bergwald“:*

In diesem Protokoll, das wenig Kontroversen verursachte, gibt es keine spezifischen Aussagen zu „Bevölkerung und Kultur“. Allerdings sorgen die zu Beginn zitierten Standardsätze auch hier dafür, dass diese Thematik angemessen integriert ist.

*Protokoll „Tourismus“:*

Dieses Protokoll war lange Zeit zwischen den Vertragsparteien heftig umstritten. Dabei bestand die Gefahr – die letztlich nicht ganz beseitigt werden konnte –, dass eine Einigung nur um den Preis inhaltlicher Unverbindlichkeit erzielt werden konnte.

Die Präambel dieses Protokolls ist länger als die der anderen Protokolle und in ihr wird das Thema „Kultur“ dreimal explizit angesprochen.

1. „In dem Bewusstsein, dass das natürliche und kulturelle Erbe ... wesentliche Grundlagen für den Tourismus in den Alpen darstellen ...“
2. „In dem Bewusstsein, dass die zwischen den Alpenstaaten bestehenden naturräumlichen, kulturellen ... Unterschiede zu eigenständigen Entwicklungen und zu einer Vielzahl touristischer Angebote geführt haben, die ... Quelle vielfältiger und sich ergänzender touristischer Tätigkeit sein sollen ...“
3. „In dem Bewusstsein, dass bei den Touristen ... das Verständnis für die in den besuchten Gebieten lebende und arbeitende Bevölkerung zu fördern und möglichst günstige Voraussetzungen für ein echtes Entdecken der Natur im Alpenraum ... zu schaffen sind...“ (die Kultur fehlt hier erstaunlicher Weise!).

Diese Aussagen betonen die Bedeutung der Kultur für den Tourismus und das wechselseitige Verständnis zwischen Bevölkerung und Touristen. Allerdings fehlen Aussagen zu Problemen zwischen Tourismus und Lokal-/Regional-Kultur (Überfremdung, Instrumentalisierung und Inszenierung) völlig, obwohl sie häufig in der Öffentlichkeit thematisiert wurden.

In den „spezifischen Maßnahmen“ wird wiederholt der Themenbereich „Bevölkerung“ angesprochen: „Geordnete Entwicklung des touristischen Angebots unter Berücksichtigung der

sozioökonomischen Auswirkungen auf die ansässige Bevölkerung“ (Art. 5), Tourismus als „wichtiger Beitrag zur sozioökonomischen Entwicklung“ und zur „Innovation und Diversifizierung des Angebotes“ (Art. 6) sowie „Zusammenarbeit zwischen Tourismuswirtschaft, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Handwerk“ und dabei Förderung insbesondere von „arbeitsplatzschaffenden Erwerbskombinationen“ (Art. 20). Zusammen mit den anfangs zitierten Standardsätzen ist damit der Bereich „Bevölkerung“ angemessen abgedeckt.

Anders sieht es dagegen mit dem Bereich „Kultur“ aus. Artikel 9 formuliert: „Die Vertragsparteien achten darauf, dass die touristische Entwicklung auf die umweltspezifischen Besonderheiten sowie die verfügbaren Ressourcen des jeweiligen Ortes oder der jeweiligen Region abgestimmt wird“. Eine Abstimmung auf die besonderen sozialen und kulturellen Besonderheiten wird dagegen nicht genannt. Und schließlich Artikel 7 „Qualitätsförderung“, Punkt 2 d: „Diversifizierung des touristischen Angebotes innerhalb des Alpenraumes durch die Aufwertung der kulturellen Aktivitäten in den jeweiligen Gebieten“.

Damit verstärkt sich der Verdacht aus der Präambel: In diesem Protokoll kommt der Bereich „Kultur“ in erster Linie in seiner Bedeutung für eine erfolgreiche touristische Entwicklung in den Blick, die damit verbundenen Probleme und Gefahren werden nirgendwo auch nur ansatzweise angesprochen. Damit fällt dieses Protokoll hinter die Grundidee der Nachhaltigkeit zurück, denn die Kultur wird der Wirtschaft untergeordnet und fungiert nicht als gleichberechtigter Teil des Nachhaltigkeits-Dreiecks.

*Protokolle „Bodenschutz“ und „Energie“:*

In diesen beiden Protokollen gibt es einige wenige Aussagen zum Thema „Bevölkerung“, die inhaltlich aber nicht über die Aussagen der anfangs zitierten Standardsätze hinaus gehen. Zum Thema „Kultur“ gibt es hier keine spezifischen Aussagen.

*Protokoll „Verkehr“:*

Um dieses Protokoll, wurde am heftigsten gestritten und ganz besonders lange diskutiert, bis im Jahr 2000 ein tragfähiger Kompromiss gefunden wurde.

Artikel 3 „Nachhaltiger Verkehr und Mobilität“ formuliert explizit im Sinne der Nachhaltigkeitskonzeption, dass beim Thema Verkehr den Belangen von „Umwelt“, „Gesellschaft“ und „Wirtschaft“ Rechnung zu tragen sei. Zum Thema Gesellschaft fordert Satz 1 b), dass

„aa) die Erreichbarkeit von Menschen, Arbeitsplätzen, Gütern und Dienstleistungen auf umweltschonende, energie- und raumsparende sowie effiziente Weise ermöglicht und eine ausreichende Grundversorgung garantiert wird;

bb) die Gesundheit der Menschen nicht gefährdet und das Risiko von Umweltkatastrophen sowie Zahl und Schwere von Unfällen reduziert werden“.

Damit ist – zusammen mit den Aussagen der anfangs zitierten Standardsätze – der Bereich „Bevölkerung“ angemessen abgedeckt. Allerdings fällt auch hier wieder auf, dass Aussagen zum Thema „Kultur“ fehlen. Dabei spielt eine gute Kommunikation und eine gute Erreichbarkeit auch für eine lebendige Kultur, die immer auch vom kulturellen Austausch lebt, eine wichtige Rolle. Umgekehrt gefährdet ein überbordender Verkehr nicht nur die „Gesundheit der Menschen“, sondern die gesamte Lebensqualität und damit auch eine lebendige Kultur in den Alpentälern.

*Zusammenfassung:*

Die Auswertung der Dokumente der Alpenkonvention hat gezeigt, dass die anfänglichen Unsicherheiten im Umgang mit dem Thema „Bevölkerung und Kultur“ mit der Verabschiedung der Rahmenkonvention geklärt werden konnten und dieses Thema seitdem in der Konzeption der Alpenkonvention seinen angemessenen und eigenständigen Stellenwert gefunden hat.

Allerdings macht dann vor allem die Analyse der Protokolle deutlich, dass die Umsetzung dieser Thematik noch mit erheblichen Schwierigkeiten und Unsicherheiten behaftet ist. Das Thema „Bevölkerung“ wird zwar praktisch überall auf eine angemessene Weise angesprochen, und die in den einzelnen Protokollen genannten inhaltlichen Zielsetzungen und Maßnahmen decken die notwendige Breite dieses Themas zum großen Teil ab, aber das Thema „Kultur“ bleibt merkwürdig blass. Trotzdem auf seine Wichtigkeit vor allem in den Präambeln der Protokolle immer wieder hingewiesen wird, fehlen einschlägige Zielsetzungen und Maßnahmen entweder vollständig (vor allem in „Raumplanung und nachhaltige Entwicklung“, „Berglandwirtschaft“ und „Verkehr“) oder der Bereich Kultur wird tendenziell der Wirtschaft untergeordnet (Protokoll „Tourismus“).

Diese Situation erklärt sich damit, dass die Transformation der Alpenkonvention von einem sektoralen Umweltschutzinstrument hin zu einem integrativen, nachhaltigen Schutz- und Entwicklungsinstrument sehr schwer und bis heute noch nicht vollständig abgeschlossen ist und das Thema „Kultur“ im Rahmen der allgemeinen Nachhaltigkeitsdiskussion grundsätzlich noch wenig geklärt ist.

#### 4.4. Gründe für die Nichtrealisierung eines Protokolls „Bevölkerung und Kultur“

Obwohl die Rahmenkonvention ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ an allererster Stelle nennt, gibt es ein solches Protokoll bis heute nicht, und es spielt auch im gesamten Verlauf des Prozesses der Alpenkonvention bisher keine Rolle. Selbst auf der großen Fachtagung „Die Alpenkonvention – eine Zwischenbilanz“ vom Oktober 1992 in Schwangau ist dieses Protokoll kein Thema (siehe CIPRA 1993), obwohl hier erstmals das Thema „Subsidiarität“ in Hinblick auf die Alpenkonvention breit diskutiert wird und dies eigentlich ein Gegenstand des Protokolls „Bevölkerung und Kultur“ sein sollte.

Diese Situation änderte sich aber schnell durch eine Schweizer Initiative. Die Schweizer Alpenkantone hatten bereits 1991 die Alpenkonvention wegen ihrer angeblichen „Umwelt- und Schutzlastigkeit“ heftig kritisiert, so dass die Schweizer Zustimmung zur Rahmenkonvention 1991 nur mit dem Vorbehalt erfolgte, dass dieser Kritikpunkt bis zur Verabschiedung der ersten Protokolle geklärt und ausgeräumt sein müsse. Deshalb wurde 1993 die sogenannte „Expertenkommission Messerli“ eingesetzt, die diesen Konflikt lösen sollte. Sie erarbeitete ein strategisches Positionspapier zum besseren Ausgleich zwischen Nutz- und Schutzfunktionen in der Alpenkonvention (Wachter 1993) und legte zum Abschluss eine Skizze für einen Protokollentwurf „Bevölkerung und Wirtschaft“ (nicht „Bevölkerung und Kultur“ wie in der Rahmenkonvention) vor. Obwohl sich die Schweizer Delegation für diesen Vorschlag engagierte, beschloss die 3. Alpenkonferenz 1994 in Chambéry, dieses Protokoll nicht zu realisieren, sondern einige Themen daraus in das Protokoll „Raumplanung“ zu übernehmen, was dadurch zum Protokoll „Raumplanung und nachhaltige Entwicklung“ ausgeweitet wurde.

Danach war es viele Jahre lang wieder still um das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“. Dies lag aber in erster Linie daran, dass verschiedene Konflikte um zentrale Inhalte der Alpenkonvention schwebten und nicht gelöst werden konnten, so dass der gesamte Prozess der Alpenkonvention blockiert war. Erst seitdem eine Deblockierung dieser Situation erkennbar wurde (sie wurde im Oktober 2000 auf der 6. Alpenkonferenz in Luzern realisiert), gelangte das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ wieder auf die Tagesordnung. Verschiedene Lobbygruppen erarbeiteten dazu im Jahr 1999 und 2000 Vorschläge. Auf der 19. Sitzung des Ständigen Ausschusses der Alpenkonvention wurde am 7. September 2001 beschlossen, eine Arbeitsgruppe „Bevölkerung und Kultur“ einzusetzen, die aber noch keinen Protokollentwurf vorbereiten, sondern lediglich Materialien zu dieser Thematik zusammenstellen sollte, damit die Frage eines Protokolls auf der nächsten Alpenkonferenz geprüft werden könne.

Welches sind die Gründe für dieses Umgehen mit dem Protokoll „Bevölkerung und Kultur“, das so wenig zu den Aussagen in der Rahmenkonvention passt?

Der erste Grund ist bereits in den Abschnitten 4.1. – 4.3. deutlich geworden. Die Protagonisten der Alpenkonvention halten zwar ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ irgendwie für wichtig und notwendig, können sich aber wenig vorstellen, wie diese Thematik konkret mit den Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung zu verbinden sei. Auch die durchgeführten Expertengespräche haben in fast allen Fällen diese Einschätzung erneut – und teilweise sogar sehr nachdrücklich – bestätigt.

Eng damit ist zweitens ein gewisses Misstrauen, später ein Unbehagen, verbunden, die Alpenbevölkerung in den Prozess der Alpenkonvention aktiv einzubeziehen. Erst ab 1994 werden die zuständigen regionalen Gebietskörperschaften einbezogen (CIPRA 2001, S. 8) und selbst heute ist diese Zusammenarbeit in einigen Staaten noch nicht überzeugend organisiert. Noch schwieriger ist es mit dem Einbezug der zahllosen regionalen und lokalen Lobbygruppen (mit Ausnahme derjenigen zwölf Organisationen, die einen Beobachterstatus bei der Alpenkonvention erhalten haben), der Vereine und Kulturgruppen sowie der breiten Bevölkerung selbst, die gerade bei einem Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ in irgendeiner Form beteiligt werden müssten oder sollten. Die formalen, juristischen, politischen und bürokratischen Schwierigkeiten, im Alpenraum eine staatenübergreifende nachhaltige Entwicklung zu realisieren, sind so groß, dass die Alpenkonvention sehr stark von der staatlichen Ebene der Fachbeamten und von komplizierten Expertendiskussionen geprägt wird. Und dies hat gerade auf das Thema „Bevölkerung und Kultur“ besonders negative Auswirkungen.

Drittens haben die Expertengespräche deutlich gemacht, dass es sich bei diesem Thema um eine äußerst sensible politische Thematik handelt. In den eher zentralistisch geprägten Staaten wird mit „Bevölkerung und Kultur“ das Verhältnis zwischen politischem Zentrum und politischer Peripherie sowie die Beziehung zu den sprachlichen und kulturellen Minderheiten angesprochen – Themen also mit einer langen und spezifischen Geschichte, die hier eine sehr hohe politische Brisanz besitzen und bei denen eine Einmischung von außen äußerst unerwünscht ist. In den Staaten mit föderalistischer Tradition dagegen liegen die Kompetenzen für diesen Bereich auf der Ebene der Länder und Kantone; Änderungswünsche, die hier von Seiten des Staates kommen, werden mit großem Misstrauen behandelt und sind nur äußerst schwer realisierbar, weil der wirtschaftliche Strukturwandel die Eigenständigkeit dieser politischen Ebene entwertet und die Empfindlichkeit gegen staatliche Bevormundung deshalb hoch ist (der Widerstand der Schweizer Alpenkantone gegen die Alpenkonvention in der Zeit 1990 – 1996 geht meiner Meinung nach in erster Linie auf diesen Konflikt zurück). Deshalb stellt der Themenbereich

„Bevölkerung und Kultur“ mit Abstand den schwierigsten und heikelsten Bereich der Alpenkonvention dar. Nach Aussagen von Experten sind einige Staaten gar nicht an einer strukturierten Zusammenarbeit im Bereich „Bevölkerung und Kultur“ über Staats- und Sprachgrenzen hinweg interessiert, während andere Staaten daran kein Interesse haben, weil sie dafür zu wenig Kompetenz besitzen und selbst im Erfolgsfalle kaum dafür „Lorbeeren ernten“ könnten.

Diese drei Gründe erklären gut, weshalb ein solches Protokoll bis heute nicht begonnen wurde. Allerdings stellt es auch keine Lösung dar, diese Probleme auszuklammern und ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ auf dem kleinsten gemeinsamen inhaltlichen Nenner zu erarbeiten. Die Meinung der Experten war einhellig, dass ein solches „Alibi-Protokoll“, das dann bloße moralische Appelle enthalte, keinen „Mehrwert“ habe und deshalb sinnlos sei. Und es bestehe dabei sogar die Gefahr, dass ein solches Protokoll auf einen „pseudotouristischen Gag“ reduziert werden könne, was durchaus realistisch scheint, wenn man sieht, wie das Thema „Kultur“ im Tourismusprotokoll behandelt wird.

#### 4.5. Vorschläge für eine mögliche Implementierung des Protokolls „Bevölkerung und Kultur“

Trotz der genannten fundamentalen Probleme bleibt festzuhalten, dass eine nachhaltige Entwicklung nur dann erfolgreich umgesetzt werden kann, wenn der Bereich „Bevölkerung und Kultur“ als gleichberechtigter dritter Bereich neben „Umwelt“ und „Wirtschaft“ anerkannt wird. Dies wird auch in der Rahmenkonvention sehr klar und deutlich ausgedrückt. Dass die Umsetzung gerade in diesem Bereich so schwierig ist, wirft kein negatives Licht auf die Alpenkonvention, sondern macht statt dessen überdeutlich sichtbar, wie schwierig es ist, eine integrative nachhaltige Entwicklung in Europa konkret umzusetzen. Insofern bleibt diese Thematik auf jeden Fall eine zentrale inhaltliche Herausforderung für die Alpenkonvention.

Im folgenden wird die Frage der möglichen Implementierung anhand von sechs Punkten diskutiert.

1. Als erstes ist die Frage zu klären, ob diese Thematik in die juristische Form eines „Protokolls“ gebracht werden muss, oder ob auch andere Formen der Umsetzung denkbar wären. Verschiedene Experten betonen, dass der Prozess, der durch eine solche Diskussion angestoßen werde, viel wichtiger sei als das erzielte Resultat selbst. Dieses – durchaus richtige – Argument spricht aber nicht gegen die Form eines Protokolls, im Gegenteil. Da im Prozess der Alpenkonvention keinerlei Strukturen vorgesehen sind, bestimmte Themen oder Probleme außerhalb von

Protokollen dauerhaft zu behandeln, gibt es derzeit keine Alternative dazu. Und die Behandlung dieser Thematik außerhalb eines Protokolls würde sie inhaltlich abwerten und die Gleichgewichtigkeit der drei Nachhaltigkeitsbereiche in Frage stellen. Allerdings ist dabei die interne politische Logik der Alpenkonvention zu berücksichtigen. Für die Hohen Beamten stellt der Abschluss eines internationalen Protokolls einen wichtigen Verhandlungserfolg dar und jede zusätzliche Aufgabe, die ins Protokoll aufgenommen wird, bedeutet Mehrarbeit. Dadurch besteht die Gefahr, dass die konkreten Inhalte und die Umsetzung des Protokolls gegenüber dem Vertragsabschluss eher als zweitrangig angesehen werden. Andererseits sind gerade diejenigen Protokolle, die schnell und effektiv erarbeitet werden, weil es wenig Konflikte gibt, schnell wieder vergessen und entfalten kaum Wirkung, weil sie weder in der Öffentlichkeit noch von den Fachinstanzen wahrgenommen werden.

Für das Thema „Bevölkerung und Kultur“ bedeutet das, dass es nur als ein Entwurf für ein Protokoll im Rahmen der Alpenkonvention wirklich ernst genommen und breit diskutiert werden kann, dass aber dieser Entwurf unbedingt so angelegt werden sollte, dass die wichtigen Konfliktpunkte explizit angesprochen werden, um auf diese Weise einen Diskussionsprozess im Alpenraum auszulösen, der inhaltlich genau so wichtig ist wie die Protokollerarbeitung.

2. Damit stellt sich die nächste Frage: Gibt es für ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ genügend inhaltliche Substanz und Gesichtspunkte, die einer internationalen, also alpenweiten Regelung bedürfen? Diese Frage ist uneingeschränkt zu bejahen. Die Analyse der Alpenkonventions-Dokumente hatte ja bereits für den Bereich „Bevölkerung“ eine Vielzahl von relevanten Punkten aufgezeigt und für den Bereich „Kultur“ kommen noch einmal ähnlich viele Punkte hinzu, wie Kapitel 6 zeigen wird. Außerdem ist an dieser Stelle noch einmal zu betonen, dass ein Ausklammern des Bereichs „Bevölkerung und Kultur“ aus den internationalen Regelungen der Leitidee der nachhaltigen Entwicklung widerspricht und damit die Überzeugungskraft der Alpenkonvention erheblich mindert. Umgekehrt macht es auch erhebliche Probleme, wenn in diesem Protokoll zu viele verschiedene Themen aus unterschiedlichen politischen Ressorts angesprochen werden. Denn dann müssen sich die betroffenen Ministerien bei der Protokollerarbeitung erst miteinander absprechen, und dies ist ein sehr aufwändiger und schwieriger Prozess, dessen Komplexität eventuell kaum noch zu bewältigen ist. Während die meisten Protokolle der Alpenkonvention sektoral ausgerichtet sind und damit eine klare politische Zuständigkeit beziehungsweise Zuordnungsfähigkeit besitzen (die Frage, welches Ministerium jeweils die Verantwortung und die Koordination zu übernehmen hat, liegt auf der Hand), ist bei diesem Protokoll bereits diese Frage ungelöst und bereitet prinzipielle Schwierigkeiten. Und bei der Themenbreite, die derzeit im Gespräch ist, sind mindestens drei bis vier verschiedene Minis-

terien davon betroffen – dafür gibt es bislang innerhalb der Alpenkonvention noch kaum ein Vorbild und dies könnte durchaus eine relevante Ursache dafür werden, dass dieses Protokoll nicht realisiert wird.

Ein pragmatischer Lösungsvorschlag lautet, die Themenbreite dieses Protokolls so zu reduzieren, dass nur wenige Ministerien dabei direkt betroffen sind. Dies ist aber deswegen schwierig, weil in der Realität im Alpenraum diese Bereiche – die politisch klar getrennt sind – unmittelbar miteinander zusammen hängen. Und diese wechselseitigen Beeinflussungen und Vernetzungen spielen gerade bei einer nachhaltigen Entwicklung die zentrale Rolle. Hier zeigt sich wieder einmal ein Grundproblem der Alpenkonvention. Sie ist ein integratives, ressortübergreifendes Vertragswerk, das quer zur ressort-strukturierten Politik steht, woraus fundamentale Umsetzungsprobleme erwachsen (Bätzing 1994a). Für das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ bedeutet das, dass es sehr wichtig wäre, von Anfang an bewusst die ressortübergreifende Zusammenarbeit bei der Protokollarbeit zu verbessern, um dem integrativen Charakter der Alpenkonvention gerecht zu werden.

3. Das dritte grundsätzliche Problem, das mit diesem Protokoll verbunden ist, betrifft die Protokollstruktur insgesamt. Da derzeit nicht zu erwarten ist, dass die Alpenkonferenz in den nächsten Jahren neue Protokolle vergeben wird, stellt sich die Frage, ob das geplante Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ nicht um den Bereich „Wirtschaft“ erweitert werden sollte (Vorbild Schweizer Entwurf von 1993), weil andernfalls diese wichtige Thematik in der Alpenkonvention zu kurz komme.

Dieser sehr pragmatische Vorschlag erscheint aber problematisch. Eine solche Erweiterung ist politisch nicht legitimiert und sie birgt die Gefahr, dass ein inhaltlich wenig überzeugender Protokollentwurf heraus kommt, der zwei sehr unterschiedliche Themenbereiche bloß nebeneinander stellt. Mit einer solchen Hilfskonstellation können die zentralen Schwierigkeiten bei der Alpenkonvention gerade nicht gelöst werden. Viel überzeugender erscheint es, einen inhaltlich gut begründeten und fachlich ausgewogenen Protokollentwurf „Bevölkerung und Kultur“ zu machen und dann gerade anhand dieses Entwurfs auf die noch offenen Probleme bei der Alpenkonvention (Notwendigkeit der Protokolle „Wirtschaft“ und „Alpenstädte“) hinzuweisen. Selbstverständlich beinhaltet dieses Vorgehen, dass im Protokollentwurf „Bevölkerung und Kultur“ überall dort auf den Bereich „Wirtschaft“ eingegangen werden muss (so wie es auf ähnliche Weise bereits im Protokoll „Raumplanung und nachhaltige Entwicklung“ gehandhabt wird), wo es inhaltlich notwendig ist; aber auf diese Weise können nur einige Aspekte des Bereichs „Wirtschaft“ – und keinesfalls die zentralen Aspekte – thematisiert werden.

4. Das vierte Problem, das sich stellt, ist die Frage nach der juristischen Verbindlichkeit. Es hatte sich ja gezeigt, dass es gerade in dieser Thematik unmöglich ist, die einzelnen staatlichen Regelungen alpenweit harmonisieren und vereinheitlichen zu wollen. Abgesehen davon, dass dies politisch nicht möglich ist und ein Protokoll daran scheitern würde, wäre dies auch aus inhaltlichen Gründen wenig sinnvoll. In diesen Regelungen steckt sehr viel konkrete Erfahrung und Geschichte, sie sind selbst Ausdruck der kulturellen Vielfalt und sie prägen die kulturelle und politische Kleinräumigkeit der Alpen so stark, dass ihre Homogenisierung einen kulturellen Verlust bedeuten würde. Für das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ bedeutet dies, dass darin die Fragen der kulturellen Zusammenarbeit und der Stärkung der kulturellen Identität so angesprochen werden müssen, dass sie die Ebene der staatlichen beziehungsweise juristischen Regelungen nicht berühren. Kapitel 6 wird zeigen, dass und wie dies möglich ist.

5. Ein Problem, das nicht unmittelbar nur mit diesem Protokoll, sondern mit dem Vertragswerk der Alpenkonvention insgesamt zusammen hängt, ist die Frage der sogenannten „regionsspezifischen Ausgestaltung“ der Protokoll-Maßnahmen. Die Verhältnisse und damit auch die Probleme sind in den Alpen dermaßen unterschiedlich – Entsidlungsregionen einerseits, dynamische Stadt- oder Tourismusregionen andererseits -, dass es nicht möglich ist, überall mit den gleichen Maßnahmen eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Bereits in der Resolution von Berchtesgaden sind Ansätze für die räumliche Differenzierung von Problemlösungen implizit angesprochen (z.B. in den Punkten 9, 10, 12, 14 oder 60). Ähnliches findet sich in den Protokollen Raumplanung (Präambel, Artikel 2 und 8), Berglandwirtschaft (Präambel und Anhang), Naturschutz (Präambel) oder Tourismus (Präambel, Artikel 6). Aber nirgendwo gibt es einen systematischen Ansatz zur regionsspezifischen Ausgestaltung der Protokoll-Maßnahmen, was ein fundamentales Hindernis für die konkrete Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung darstellt.

Daraus sind auch gravierende Probleme innerhalb der Alpenkonvention entstanden, die sich blockierend ausgewirkt haben. Bayern z.B. setzt sich im Rahmen der Alpenkonvention schwerpunktmäßig für den „Schutz“ ein, weil es in den bayerischen Alpen keine Entsidlungsregionen gibt und praktisch überall Überlastungsphänomene anzutreffen sind. Italien und Frankreich betonen dagegen die wirtschaftliche Entwicklung sehr stark, weil sie große wirtschaftsschwache Alpengebiete mit starker Abwanderung besitzen. Die Konflikte, die sich daraus entwickeln, sind zum großen Teil eigentlich eher Missverständnisse, die auf ungenügender Kommunikation beruhen und die leicht ausgeräumt werden könnten, wenn man die Gebiete definiert, auf die sich einzelne Schutz- oder Entwicklungsmaßnahmen jeweils beziehen sollen.

Bereits auf der CIPRA-Tagung in Schwangau im Herbst 1992 sprachen etliche Hohe Beamte von einer sogenannten „2.-Protokoll-Generation“, die bald nach den ersten Protokollen folgen sollte und in der die Maßnahmen dann sehr viel konkreter ausgeführt werden sollten. Daher entstand die Hoffnung, dass in diese 2.-Protokoll-Generation dann regionsspezifische Maßnahmen aufgenommen werden könnten. Allerdings ist seitdem nie wieder darüber gesprochen worden, obwohl diese Thematik nach wie vor inhaltlich aktuell ist. Immerhin wurde die Arbeit der Expertenkommission Messerli 1993 dazu genutzt, die Thematik der regionsspezifischen Ausdifferenzierung der Protokolle erstmals systematisch anzusprechen und in die Alpenkonvention einzubringen (fünf Raum- oder Regionstypen, siehe Wachter 1993, S. 50 – 51). Dieser Entwurf fand international eine erhebliche Beachtung und wurde vor allem in Italien und Frankreich positiv aufgenommen (siehe dazu die programmatische Rede des UNCEM-Präsidenten Edoardo Martinengo auf der „Dritten Europäischen Konferenz der Gebirgsräume“ in Chamonix 1994 – siehe Martinengo 1994); er wurde aber dann im Rahmen der Alpenkonvention jedoch nicht weiter verfolgt.

Weil die regionsspezifische Ausgestaltung der Protokoll-Maßnahmen für die Umsetzung der gesamten Alpenkonvention von besonderer politischer Bedeutung ist und weil sie gerade für die Thematik „Bevölkerung und Kultur“ unverzichtbar ist, erscheint es als dringend notwendig, diese im Protokollentwurf „Bevölkerung und Kultur“ erneut gezielt in den Prozess der Alpenkonvention einzubringen.

6. Die letzte Grundsatzfrage betrifft die Art und Weise der Erarbeitung dieses Protokolls. Aus inhaltlichen Gründen würde es sich anbieten dieses Protokoll nicht alleine durch die Fachbeamten erarbeiten zu lassen, sondern in einem partizipativen Prozess die einschlägigen Gruppen, Verbände und Vereine dabei aktiv einzubeziehen (siehe dazu CIPRA 2001, S. 8). Dies würde nicht nur eine inhaltliche Bereicherung darstellen, sondern würde auch wichtige kulturelle Prozesse im Alpenraum selbst auslösen beziehungsweise fördern und zugleich die Akzeptanz der Alpenkonvention stärken.

So interessant diese Idee ist, so sehr erscheint sie derzeit noch nicht wirklich praktikabel zu sein. Der Prozess der Erarbeitung eines Protokoll-Entwurfs auf internationaler Ebene durch die Hohen Beamten ist bereits so schwierig und kompliziert (sofern man nicht von vornherein alle Konfliktpunkte ausklammert und nur den kleinsten gemeinsamen Nenner formuliert), dass es nicht realistisch erscheint, ihn durch die Erweiterung um einen partizipativen Prozess noch einmal komplizierter zu machen. Andererseits besitzen solche Partizipationsprozesse in den einzelnen Alpenräumen kaum eine Tradition (Ausnahme ist fast nur die Schweizer Eidgenossenschaft mit ihren regelmäßigen Volksabstimmungen auf allen politischen Ebenen) und sind

auf der Ebene des gesamten Alpenraumes völlig inexistent, so dass sie erst mühsam aufgebaut werden müssten, was viel Zeit braucht. Daher ist dieser Vorschlag derzeit noch unrealistisch.

Es wäre aber denkbar und sinnvoll, mit diesem Protokoll erste Schritte in diese Richtung zu realisieren. In den Prozess der Erarbeitung des Protokolls „Bevölkerung und Kultur“ könnten erstmals ein oder zwei ausgewählte partizipative Elemente eingebaut werden und ausgewählte wichtige Protokoll-Inhalte könnten gezielt in der alpinen Öffentlichkeit diskutiert werden, um sie zu einem späteren Zeitpunkt in eine aktualisierte Protokoll-Fassung einzubringen. Man könnte auch die Möglichkeit prüfen, ob den offiziellen „Beobachtern“ der Alpenkonvention bei der Erarbeitung dieses Protokolls eine stärkere und gewichtigere Mitwirkung eingeräumt werden könnte, die sie dazu nutzen, im Rahmen ihrer Organisationen partizipative Prozesse durchzuführen. Oder es wäre zu überlegen, ein zweistufiges Verfahren einzurichten, bei dem in der ersten Phase die Hohen Beamten den Protokollentwurf wie bisher erarbeiten, der aber in einer zweiten Phase erst in der alpinen Öffentlichkeit diskutiert wird, bevor er dann – nach einer evtl. Überarbeitung – der Alpenkonferenz vorgelegt wird. Die Verlängerung des Prozesses der Erarbeitung dieses Protokolls, die damit natürlich untrennbar verbunden ist, wäre jedoch kein Nachteil für die Alpenkonvention, sondern sie wäre – siehe die Ausführungen in Punkt eins dieses Abschnittes – inhaltlich ausgesprochen positiv und sie erhöhte die Akzeptanz der gesamten Alpenkonvention.

Es wäre sehr wichtig, mit dem Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ erste partizipative Elemente, die zuvor jedoch noch genau juristisch geprüft werden müssten, in den Prozess der Alpenkonvention einzuführen.

#### 4.6. Die vorliegenden Protokoll-Entwürfe

Die vorliegenden Entwürfe für ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ werden an dieser Stelle kurz inhaltlich charakterisiert, und zwar nach dem Zeitpunkt ihrer Erarbeitung.

*1. Peter Repolusk/Milan Naprudnik: Ansätze zur Umsetzung der Alpenkonvention im Bereich „Bevölkerung und Kultur“, Ljubljana, 24.09.1999, 5 Seiten. Ana Barbic: Die Erwartungen der Jugend und der Senioren an das Protokoll der Alpenkonvention „Bevölkerung und Kultur“, Ljubljana/Benediktbeuern, September 1999, 4 Seiten.*

Beide Texte bauen aufeinander auf und sie wurden von der CIPRA-Slowenien anlässlich der CIPRA-Jahresfachtagung in Benediktbeuern (CIPRA 1999) erarbeitet. Als zentrales Ziel des

Protokolls „Bevölkerung und Kultur“ wird die „Erhaltung und Unterstützung der kulturellen und gesellschaftlichen Eigenständigkeit der Bevölkerung“ genannt (Repolusk/Naprudnik, S. 1).

Grundsätzlich wird dieses Protokoll in die zwei Sachbereiche „Bevölkerung“ und „Kultur“ gegliedert, die jeweils in drei Umsetzungsbereiche unterteilt werden. Diese sind (Barbic S. 4):

- Bevölkerung: Bevölkerungsstruktur, Haushalt, Bevölkerungsbewegungen,
- Kultur: Ethnische/Linguistische Gemeinschaften, kulturelles Erbe, kulturelle Identität.

Auch wenn sich die beiden Texte im Bereich „Kultur“ immer wieder für „Erhaltung“, „Bewahrung“, „Aufrechterhaltung“ aussprechen, also konservativ geprägt erscheinen, so grenzen sie sich andererseits explizit gegen „die Bildung von abgesperrten kulturellen und ökologischen Refugien“ ab (Repolusk/Naprudnik S. 4-5) und fordern einen *neuen* Dialog zwischen den Generationen („Toleranz der alten Generation gegenüber der Jugend, eine nicht-aggressive Vermittlung der Tradition“; Barbic S. 1).

2. Der Entwurf vom „Institut für Volkskultur und Kulturentwicklung“ in Zusammenarbeit mit „Pro Vita Alpina-Alpenakademie“, Innsbruck, Mai 2000, 47 S. Siehe dazu die erläuternde Darstellung von Gerlinde und Hans Haid in: CIPRA 1999, S. 95 – 100.

Das Interessante an diesem Text ist, dass er von österreichischen Wissenschaftlern und Fachpersonen verfasst wurde, die mit kulturellen Fragen und Problemen im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeiten eng vertraut sind.

Der Entwurf besteht aus folgenden sehr unterschiedlichen Textteilen:

- Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ zur Alpenkonvention: 6 S.,
- Anhang I: Hans Haid: 12 Punkte – Ideen zur Entwicklung in den Alpen: 5 S.,
- Anhang II: Hans Haid: Neues Leben in den Alpen – Initiativen und Modelle: 2 S.,
- Anhang III: Konrad Köstlin: Globalisierung und Regionalisierung – die kulturelle Deutung eines ökonomischen Prozesses: 2 S.,
- Anhang IV: Konrad Köstlin: Volkskultur als Ressource – die Suche nach der Unterscheidbarkeit: 2 S.,
- Anhang V: Ulrike Kammerhofer-Aggermann/Alexander Keul: Identität – Positionspapier für den Kulturförderungskatalog zur Alpenkonvention: 8 S.,
- Anhang VI: Editha Hörander: Kulturelles Erbe. Die Alpen a) räumlich, b) ökonomisch, c) rituell und sagenhaft, 12 S.,
- Anhang VII: Gerlinde Haid: Volksmusik, 3 S.,
- Anhang VIII: Elisabeth und Olaf Bockhorn: Dienstleistungen mit „historischer“ Volkskultur, 7 S.

Bei diesen – teilweise heterogenen – Texten handelt es sich nicht um einen Protokoll-Entwurf, sondern um grundsätzliche Reflexionen zum Thema „alpine Kultur“ und um mögliche Protokoll-Themenfelder. Besonders wichtig ist dabei der Text von Kammerhofer/Keul mit ihrem

Plädoyer für einen „integrativen“ oder „erweiterten Kulturbegriff“, der in den anderen Texten aber nur teilweise aufgegriffen wird.

3. *„Forderung nach einem Protokoll ‚Bevölkerung und Kultur‘ der Alpenkonvention“ von der Internationalen Alpenschutz-Kommission CIPRA, Schaan, Juni 2000, 7 S.*

Der Text nennt im „Ausgangspunkt“ die zentralen Probleme beim Thema „Bevölkerung und Kultur“ (siehe dazu CIPRA 1999 als Hintergrund), begründet dann, warum die CIPRA ein solches Protokoll fordert und formuliert zum Schluss auf drei Seiten konkrete inhaltliche Forderungen dafür. Die 19 angesprochenen Bereiche werden in zwei Hauptteile (sozioökonomische und soziokulturelle Aspekte) gegliedert. Der große Wert dieses Textes liegt in seiner Komplexität (es werden sehr viele Bereiche abgedeckt), in seiner (impliziten) Orientierung an einem dynamischen und erweiterten Kulturbegriff sowie in seiner Konzentration, so dass er trotz der Kürze sehr inhaltsreich ist. Dieter Popp (CIPRA-Deutschland) kommentiert diesen Entwurf folgendermaßen: „Die Förderung von Toleranz und Solidarität im Gegensatz zu einer unreflektierten Heimattümelei muss daher zu einem wesentlichen Bestandteil des Inhalts der Alpenkonvention werden.“ (Popp 2001, S. 62)

4. *„Einsetzung der Arbeitsgruppe Bevölkerung und Kultur“*. Durchführung des Beschlusses (Punkt 10 des Protokolls) der VI. Alpenkonferenz, vorgelegt auf der 19. Sitzung des Ständigen Ausschusses der Alpenkonvention vom 6.-7. September 2001 in Aosta, 3 S.

Dieser kurze, von der italienischen Delegation vorgelegte Text konzentriert das Thema „Bevölkerung und Kultur“ sehr stark auf die „historischen Kulturgemeinschaften in den Alpen“, also auf die sprachlichen und kulturellen Minderheiten. In der Diskussion in Aosta wurde dieser Ansatz zurückgewiesen, weil er die Thematik zu stark einenge, es wurde seine Überarbeitung angeregt.

5. *„Premessa al protocollo ‚popolazione e cultura‘“* – bozza di documento della Fondazione G. Angelini – working progress. Belluno, Dezember 2001, 4 S.

Die Angelini-Stiftung in Belluno beschäftigt sich seit langem mit den Fragen der Alpenentwicklung, darunter auch mit denen der alpinen Kultur (sie veranstaltete dazu eine große Tagung im Juni 1996, siehe Cason Angelini 1998), die hier vorgelegten Vorschläge basieren auf diesen Vorarbeiten. In einer Art Einleitung werden normative Grundpositionen genannt („Esiste un'identità alpina“; die alpine Kultur besteht aus mehr als „minoranze etniche“, nämlich aus „comunità culturali“, die sich als „comunità vitali“ dynamisch entwickeln), dann folgen Vorschläge für einige zentrale Protokoll-Inhalte (nur für die Themen „Alpen-Observatorium“ und

„Kulturelles Netzwerk“ etwas ausführlicher ausgearbeitet, sonst sehr kurz), die aber in der Fassung vom Dezember 2001 erst bruchstückhaft vorliegen.

*6. Programm der Arbeitsgruppe „Bevölkerung und Kultur“. Umsetzung des Beschlusses (TOP 7 des Protokolls) der 19. Sitzung des Ständigen Ausschusses. Bozen, 3.-4.12.2001, 3 Seiten.*

Im Sitzungsprotokoll wird explizit festgehalten, dass man bei der von dieser Arbeitsgruppe zu erstellenden Dokumentation „nicht nur die ethnischen und kulturellen Minderheiten berücksichtigen sollte, sondern die Alpenbevölkerung in ihrer Gesamtheit, d.h. die städtische, die industrialisierte Bevölkerung und die der Randgebiete.“

Zu diesem Zweck werden drei Themenkreise genannt: Sozioökonomischer Bereich (Bildung, räumliche Verteilung Dienstleistungen, Finanzmittel, Mobilität, Wohnungen, Tourismus), soziokultureller Bereich (Subsidiarität, kulturelle Austauschprogramme, ethnische und sprachliche Gemeinschaften, regionale Identität, Architektur, Förderung kultureller Initiativen), Rechtsbereich (rechtliche Rahmenbedingungen, interkommunales Vereinswesen). Die inhaltlichen Konkretisierungen sind erst vorläufiger Art und noch nicht sehr systematisch ausgearbeitet. Grundsätzlich betont dieser Text zu Beginn, dass dieses Protokoll „nicht zu einer reinen Auflistung allgemeiner Prinzipien“ werden solle, weil dies dem „dynamischen Phänomen“ der Kultur nicht gerecht werde (S. 1).

#### *Zusammenfassende Bewertung:*

Diese Entwürfe machen deutlich, dass beim Thema „Bevölkerung und Kultur“ noch eine große Unsicherheit herrscht. Diese bezieht sich aber in erster Linie auf das Themenfeld „Kultur“, denn das Themenfeld „Bevölkerung“, das bereits in den Protokollen der Alpenkonvention ziemlich konkret angesprochen wird, bietet keine besonderen Probleme. Beim Thema „Kultur“ fällt aber auf, dass zentrale Begrifflichkeiten wie Kultur, Identität, Alpenkultur sehr unterschiedlich (oder gar nicht) definiert werden, und dass die möglichen Inhalte sehr stark differieren, teilweise nur additiv nebeneinander stehen oder dass wichtige Inhalte ganz fehlen. Damit wird das Ergebnis der Analyse der Dokumente der Alpenkonvention vertieft. Nicht nur bei den Fachbeamten der Alpenkonvention, sondern auch bei den NGO's und im wissenschaftlichen Bereich gibt es noch relevante Unklarheiten, wie mit der Thematik „Kultur“ umzugehen sei.

Deshalb ist es nicht möglich, aus den Ergebnissen von Kapitel 3 und 4 direkt zu den möglichen Inhalten dieses Protokolls zu kommen, sondern es braucht dazu erst eine grundsätzliche Klärung zentraler Begrifflichkeiten und der mit ihnen verbundenen Inhaltlichkeiten. Dies wird in Kapitel 5 durchgeführt.

## 5. Grundsätzliche Überlegungen zu zentralen Begrifflichkeiten und Inhaltlichkeiten eines Protokolls „Bevölkerung und Kultur“

### 5.0. Einleitung

Angesichts der großen Unsicherheiten bei diesem Thema und dem Fehlen einer gesamtalpinen Diskussion (die einschlägigen Diskurse werden sehr stark durch den jeweiligen staatlichen Rahmen geprägt) können diese grundsätzlichen Überlegungen nur eine erste Abklärung ergeben – eine ausführlichere Auseinandersetzung würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen. Um aber wenigstens die Breite und Tiefe der einzelnen Punkte anzudeuten, werden immer wieder Literaturverweise gegeben, ohne auf diese Texte jedoch näher eingehen zu können.

In den vorangehenden Kapiteln hatte sich gezeigt, dass die folgenden Begriffe beziehungsweise Themenfelder besonders umstritten sind und daher einer Klärung bedürfen: 1. Was ist „Kultur“? 2. Was heißt „Alpenkultur“ und gibt es überhaupt eine gemeinsame Alpenkultur? 3. Welches Verhältnis besteht zwischen Kultur und Sprache/Dialekt in den Alpen? 4. Welche Probleme erwachsen aus der Instrumentalisierung der Alpenkultur für andere Zwecke? 5. Welchen unterschiedlichen Stellenwert besitzen „Alpen“ und „Alpenkultur“ in den einzelnen Staaten mit Alpenanteil?

Diese Kapitel-Untergliederung erscheint zugleich als eine sinnvolle Struktur, in der diese sehr komplexe Gesamtthematik weiter vertieft werden könnte.

### 5.1. Zum Begriff „Kultur“

In der traditionellen europäischen Kulturdebatte wurde lange Zeit praktisch überall zwischen „Hochkultur“ und „Volkskultur“ (dafür existieren in den europäischen Sprachen jeweils sehr unterschiedliche Begriffe) unterschieden, aber diese normative Unterscheidung gilt heute als überholt (Jung 1999). Trotzdem bleibt die Frage bestehen, wie weit Kultur jetzt gefasst werden darf. Gehören Schlagermusik, Sport (siehe dazu: „Ansätze zu einer Kulturdebatte im Skisport“: req 2001) und Disco- und Kneipenkultur dazu, wird also der gesamte Alltag zur Kultur?

Die Beantwortung dieser Frage kann aber nicht wertneutral gegeben werden, sondern sie ist abhängig von dem Kontext, aus dem heraus diese Frage überhaupt erst gestellt wird. Dieser Kontext ist die Gestaltung der nachhaltigen Entwicklung durch die Bevölkerung des Alpenraumes, vor allem im Zusammenhang mit der Erhöhung der Lebensqualität, der Stärkung der regionalen Identität und der Ausbildung von Verantwortung für die zukünftige Alpenentwick-

lung. In diesem Kontext ist es zwingend notwendig, einen integrativen oder „erweiterten Kulturbegriff“ zu verwenden, weil die nachhaltige Ausgestaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und Alltagsleben *alle* Lebensbereiche im Alpenraum ohne Ausnahme betrifft. Würde man den Kulturbegriff zu eng fassen (nur Hoch- und Volkskultur), bestünde die Gefahr, dass relevante Aspekte der Nachhaltigkeit ausgeklammert würden und dann gäbe es Disproportionen im Nachhaltigkeitsdreieck, die zu Umsetzungslücken führen müssten.

Wenn man also von einem solchen „integrativen“ oder „erweiterten Kulturbegriff“ ausgeht, dann ist Kultur wesentlich mehr als Hochkultur plus traditionell verstandene Volkskultur. Sie kann folgendermaßen definiert werden:

„Kultur ist ein historisch konstituierter und konkret sozialisierter Bezugs- und Reflexionsrahmen, durch den Menschen ihre Umwelt wahrnehmen, gestalten und bewerten“. (Kammerhofer-Aggermann 2000, S. 64). Oder anders formuliert: „Alle Menschen sind Mitglieder einer spezifischen Gruppe, der eine bestimmte Lebensweise (Kultur) in facettenreichen Ausprägungen mehr oder weniger gemeinsam ist.... Ihre jeweiligen Besonderheiten (auch kulturelle Identität genannt) gründen in historischen, geographischen und sozialen Rahmenbedingungen. Sie prägen sich aus in Sprache, Religion, Rechtsnormen, Werten, Standards und Symbolen... Diese symbolischen Ordnungen des gemeinschaftlichen Lebens, ..., können als ihre Kultur bezeichnet werden... Die symbolische Ordnung der Kultur bedeutet für die handelnden Individuen eine unerlässliche Orientierung bei der Gestaltung ihres gemeinschaftlichen Lebens. Zur Natur des Menschen gehört es, sich kulturell zu definieren“ (Museum für Völkerkunde 2000, S. 96).

Dieser „erweiterte Kulturbegriff“ hat sich heute in den empirischen Sozial- und Kulturwissenschaften weitgehend durchgesetzt und wird hier in zahlreichen unterschiedlichen Facetten und Gewichtungen verwendet (siehe dazu grundsätzlich Konersmann 1996, Jung 1999). Er wird darüber hinaus aber seit einiger Zeit auch von Internationalen Organisationen im Rahmen ihrer Kulturpolitik beziehungsweise Kulturförderung verwendet (zur UNESCO siehe Kramer 1998, zur EU Haid 2001, S. 17), weil die früheren, engeren Begriffe nicht mehr sinnvoll sind.

Wenn man Kultur also soweit fasst, dann fallen auch alle Menschen mit ihren Kulturformen darunter, die immer wieder aus der alpinen Kultur ausgeklammert werden, nämlich Ausländer, Aussteiger, Alternative, Asylanten, Gastarbeiter, Saisonarbeiter, Zuzügler oder allgemein „Fremde“. Sie sind ein Teil der Realität des heutigen Alpenraums, der bei der Frage der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt werden muss (so fordert es zu Recht die CIPRA 2001, S. 8), denn sonst erwachsen aus den „blinden Flecken“ oder den „verdrängten Realitäten“ gravierende Störungen für die nachhaltige Entwicklung.

Weiterhin ist gegenüber allen ethnozentrischen oder rassistischen Positionen („Du bist nichts, Dein Volk ist alles“) zu betonen, dass Kulturen, Kulturgruppen oder Ethnien „nie homogene Gebilde“ sind. Die in ihnen lebenden Individuen haben je nach Geschlechts-, Klassen-, Schichten-, Altersgruppenzugehörigkeit stets besondere Interessen und Motive....Es gibt daher auch keine homogenen ethnischen Gemeinschaften, mögen sie auch noch so klein sein....Auch innerhalb vermeintlich einheitlicher Ethnien ist so die Herausforderung des Umgangs mit dem Anderen beständig gegeben“ (Museum für Völkerkunde 2000, S. 96). Diese Charakterisierung ist ausgesprochen wichtig, um von vornherein eine klare Grenze gegenüber allen Versuchen zu errichten, die den Rückgriff auf die alpine Kultur dazu nutzen wollen, um sich nach außen beziehungsweise gegen alles Fremde abzuschotten – das Fremde ist immer Bestandteil der eigenen Kultur. Die Rahmenkonvention fordert daher sehr eindeutig in den Aussagen zum Thema Bevölkerung und Kultur die „Förderung des gegenseitigen Verständnisses und partnerschaftlichen Verhaltens zwischen alpiner und außeralpiner Bevölkerung“ (Artikel 2, 2a) und dies muss sich in einem spezifischen Verständnis von Kultur – Kulturen sind nie homogen – niederschlagen.

Eine weitere zentral wichtige Dimension stellt ihre Dynamik dar. „Kultur ist ein steter, lebendiger Prozess von Aneignung, Auseinandersetzung, Wertsetzung, Verknüpfung, Verbreitung, Kommunikation und Entwicklung. Kultur vollzieht sich ...in Räumen, Zeiten und Gruppen als wesentliche Strategie der Aneignung von ...Umwelt... Kultur ist und war immer Erneuerung und Weiterentwicklung im Dialog mit Neuem, mit Anderem, mit Überholtem... So ist im Idealfall jede kulturelle Entwicklung das Ende einer vorhergehenden mit dem Ziel, den zeitgemäßen Bedürfnissen gerecht zu werden“ (Kammerhofer-Aggermann 2000, S. 65).

Diese permanente Dynamik der Kultur ist Quelle für Kreativität und für Innovationen, was gerade in Hinblick auf die großen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung von fundamentaler Bedeutung ist – ohne sie kann die Umsetzung von Nachhaltigkeit gar nicht gelingen. Zugleich ist die Anerkennung dieser Dynamik ausgesprochen wichtig, um sich von allen statischen und musealen Kultur-Vorstellungen abzusetzen, die sehr weitreichende negative Wirkungen auslösen können.

Wenn Kultur als dynamische Kultur sich stets wandelt, dann gibt es keinen „Urzustand“, der eine besonders „klare“, „echte“ und „reine“ Form der Kultur repräsentiert, und der deshalb eine Norm darstellt, die man bewahren oder zu der man zurückkehren müsse. Viele Traditionen und Brauchtumsveranstaltungen in den Alpen aber gehen davon aus, dass sie „echte“ Überlieferungen in „reiner“ Form fortführen und nicht verändern Sie gewinnen gerade aus diesem Faktum die besondere Achtung und Wertschätzung dieser Tradition.

Untersucht man dies wissenschaftlich, dann stellt man fest, dass diese Position falsch ist. Die heute als „echt“ beziehungsweise „alt“ geltenden Traditionen im Alpenraum wurden zum größeren Teil im 19. und 20. Jahrhundert neu geschaffen, zum kleineren Teil wurden historische Traditionen – das sogenannte „spontane und ungeordnete Treiben“ – in dieser Zeit neu gestaltet, neu geregelt und teilweise als „Schaubräuche“ neu inszeniert. Exemplarische Einzelbeispiele dafür sind die Veränderungen beim Perchtenlauf in Salzburg (Kammerhofer-Aggermann 2001) und beim Funken- und Holepfannsonntag in den westlichen Ostalpen (Johler 2000), die Neuinszenierung einer vereinheitlichten Gebirgskultur bayerischer Prägung im alemannischen Raum Vorarlbergs durch die Sektion Tübingen des Alpenvereins (Scharfe 1984) oder die Neuerfindung der in Bayern weit verbreiteten Marterln als „fingierte Volkskultur“ (Schrank 1999). Zahlreiche weitere Beispiele ließen sich anführen, allerdings fehlt dazu bislang noch eine alpenweite Übersichtsdarstellung; am ehesten erfüllt der materialreiche Aufsatz des Züricher Volkskundlers Arnold Niederer „Die alpine Alltagskultur zwischen Routine und der Adoption von Neuerungen“ (1979) diesen Anspruch (Abdruck in: Niederer 1993).

Auf dem Hintergrund der fundamentalen materiellen und immateriellen Umgestaltung des Alpenraums durch die Auswirkungen der Industrialisierung entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – quasi als Opposition gegen den industriellen Wandel – die Bewegung des Naturschutzes und des Heimatschutzes, die ideologisch eng miteinander verflochten waren. Daraus entwickelte sich in vielen Alpenregionen (vor allem im deutschsprachigen Raum) eine organisierte Traditions- und Brauchtumpflege. Ulrike Kammerhofer-Aggermann beschreibt die Entwicklung im Land Salzburg mit folgenden Worten (2001, S. 7): „Mit 1842 wurde die neue Salzburger Identität auf die Säulen ‚Tourismus und Mozart‘ gestellt. Die Bewahrung der Salzburger Altstadt, der Landschaft und der Volkskultur wurde erstmalig beschlossen. 1911 wurde im Zusammenhang mit der Heimatschutzbewegung – die Denkmalschutz, Brauchtumpflege und neomerkanthile Förderung der Kleingewerbe zum Ziel hatte – ein Landesausschuss ‚betreffend Förderung und Hebung der Salzburger Eigenart in Tracht, Sitten und Gebräuchen‘ gegründet.“

Damit wird die lebendige Dynamik der Kultur unterbrochen und in eine feste, unwandelbare Form gegossen, indem die „ursprüngliche“, „authentische“ oder „echte“ Form gesucht und dann normativ festgelegt wird. Da dabei in der Regel Wissenschaftler, Politiker, Journalisten und Beamte führend beteiligt sind, werden die ursprünglichen Akteure in den Hintergrund gedrängt und zu bloßen Ausführenden degradiert. Reinhard Johler spricht deshalb zu Recht davon, dass die Fähigkeit des Wissenschaftlers, kulturellen Handlungen einen Sinngehalt zu verleihen, eine „Quelle der Macht“ darstellt (Johler 2000, S. 17). Auf diese Weise wird eine lebendige Alltags-

kultur in eine starre, museale Brauchtumstradition umgewandelt, die exogen geleitet ist. Und da viele öffentliche Leistungen (in erster Linie finanzielle Unterstützung) und Anerkennungen (Medienrepräsentanz) untrennbar mit diesen Formen verbunden sind, setzen sie sich in der Alltagsrealität relativ bald durch und werden dominant (Kramer 2000).

Diese spezifische Form der Brauchtumspflege ist auch heute noch in zahlreichen Alpenregionen in unterschiedlichster Ausgestaltung anzutreffen und die Möglichkeit besteht, dass gerade ihre museale Form die lebendige Weiterentwicklung der Alltagskultur behindert, was sich für die Umsetzung der Nachhaltigkeit nachteilig auswirken könnte.

Die noch größere Gefahr besteht jedoch darin, dass diese spezifische Form der Brauchtumspflege, die sich im Zeitalter der Industriegesellschaft herausgebildet hat, heute im Kontext der Diskussion um ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ ganz spontan als die einzig vorstellbare und denkbare Form von Kultur angesehen wird. Am Beginn der Beschäftigung mit der Kultur im Alpenraum steht dann eine Bestandsaufnahme, die das „Echte“ und „Authentische“ erfasst und das „Unechte“ und „Falsche“ aussondert und dieser Positivkatalog dient dann als Grundlage späterer Maßnahmen und Förderungen. Diese Leitidee steckte ursprünglich hinter dem Pro-Vita-Alpina-Entwurf für ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“, sie ist implizit im Entwurf der Angelini-Stiftung (Forderung nach einem Alpen-Observatorium“, das positive Fälle kultureller Entwicklung erfassen solle) enthalten, wird völlig selbstverständlich im EU-Interreg-III-B-Programm für den Alpenraum vertreten („Der Schutz und die Verbesserung des kulturellen Erbes erfordert zuallererst die Katalogisierung zur Erstellung einer gemeinsamen Datenbank“, zitiert nach Haid 2001, S. 17) und sie stellt in unserer heutigen postmodernen Gesellschaft eine Standard-Denkfigur dar, wenn es darum geht, eine regionale Kultur gegen die Überfremdung durch die Globalisierung zu verteidigen. Aber die UNESCO formuliert in ihrem „Aktionsplan Kulturpolitik für Entwicklung“ zu Recht: „Die Verteidigung lokaler und regionaler Kulturen, die von Kulturen mit einem globalen Einflussbereich bedroht sind, darf nicht dazu führen, dass die betroffenen Kulturen zu historischen Relikten ohne eigene Entwicklungsdynamik werden“ (UNESCO 1998, S. 13).

In diesem Punkt liegt m.E. derzeit das zentralste Problem im Umgang mit alpiner Kultur, und hier liegt auch m.E. die Ursache für die erheblichen Unklarheiten und Unsicherheiten, die sich im Kapitel 4 gezeigt haben. Es scheint auf den ersten Blick paradox zu sein, dass sich Brauchtum und Tradition verändern müssen, damit sie lebendig bleiben – in Piemont wird häufig der provokante Satz gebraucht: „Es gibt keine Zukunft für die Tradition ohne einen Bruch mit ihr“ (Luigi Dematteis) – weil darunter heute in einer Zeit extremer gesellschaftlicher Dynamik automatisch ihre Entwertung und Auflösung verstanden wird, aber man muss sich bewusst diesen

Schwierigkeiten stellen, weil man andernfalls keine überzeugende und umsetzungsgeeignete Konzeption für den Bereich „Kultur“ innerhalb der Alpenkonvention entwickeln kann.

Natürlich bedeutet eine lebendige Weiterentwicklung der Tradition andererseits auch nicht ihre beliebige Veränderung oder die bedingungslose Integration modischer Elemente (z.B. die Übernahme von „Halloween“-Elementen oder Gruselfilm-Vorlagen beim Krampuslauf im Land Salzburg durch sogenannte „wilde“ Gruppen), sondern es geht darum, eine lebendige Dynamik von einer vordergründigen Effekthascherei und einer bloßen Selbstzweck-Dynamik mit beliebigen Veränderungen abzugrenzen. Diese Unterscheidung kann im Einzelfall sehr schwer fallen; sie kann jedoch nicht durch externe Spezialisten gefällt werden, sondern hängt von den direkt Beteiligten und Betroffenen ab.

Welche Alternative gibt es nun gegenüber einem positiven Kulturwertekatalog, die sich andererseits zugleich deutlich gegen eine postmoderne Beliebbarkeit abgrenzt? Dieter Kramer formuliert das pointiert so: „Ursprünglichkeit und Authentizität sind die falschen Begriffe – bekennen wir uns zu den lebendigen Gestaltungen!“ (Kramer 2000, S. 5); „Maßstab für eine Regionalkultur ist nicht eine konstruierte Reinheit oder Ursprünglichkeit, sondern die Integration in die Lebenswelt und ihr Anteil an der Sicherung einer Zukunft mit Rücksicht auf die humanen, kulturellen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Ressourcen. Dieses Ziel zu setzen ermöglicht den souveränen Umgang mit dem kulturellen Erbe und die Wahrung der eigenen Würde ebenso wie die Wahrnehmung einer Verpflichtung der Zukunft gegenüber“ (Kramer 2000, S. 11).

Ulrike Kammerhofer-Aggermann und Alexander Keul formulieren diese zentrale Aufgabe folgendermaßen (im Protokoll-Entwurf von Pro Vita Alpina, S. 23): „Daher kann es nicht Aufgabe der Identitätsforschung sein, konkrete Kataloge von Identifikatoren für eine ‚Alpenidentität‘ aufzulisten und so die stete Weiterentwicklung spezifischer, eigenständiger Leistungen der Kultur in statischen Musteridentitäten zu kanalisieren... Kultur und damit die Ausbildung kultureller Identitäten ist ein Prozess mit offenem Ausgang, der insofern der steten Stützung und Begleitung bedarf, als er in Gang bleiben muss. Kulturindikatoren absolut zu setzen hieße, diesen Prozess zu unterbrechen, ihn für eine gewisse Zeit stagnieren zu lassen, so lange, bis er abrupt abbricht. Im konkreten Fall hieße das, die Bewohner des Alpenraums zu Statisten und Reproduzenten fremdbestimmter Alpenklischees werden zu lassen. So erscheint es den Autoren wichtig, Identitätsbildungsprozesse, nicht aber konkretisierte Identifikatoren zu fordern“.

Diese Überlegungen, die aus langjährigen konkreten Auseinandersetzungen mit kultureller Identität im Alpenraum heraus entstanden sind, machen m.E. sehr eindeutig deutlich, dass ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ sich auf die Forderung von „Identifikations-

bildungsprozessen“ und nicht auf die Erarbeitung von positiven Kulturwertekatalogen konzentrieren müsste. Nur so kann man der Situation gerecht werden, dass Kulturen stets veränderlich, vielgestaltig und mehrdeutig sind.

## 5.2. Was ist „Alpenkultur“?

Zum Forschungsstand: Lange Zeit waren die Forschungen zum Thema „Alpenkultur“ dadurch geprägt, dass sich fast alle Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften sowie die Geschichtswissenschaften kaum mit den Alpen beschäftigten – die Alpen waren eben nicht nur wirtschaftlich, sondern auch wissenschaftlich eine Peripherie (siehe dazu grundsätzlich: Bätzing 2000, S. 86 – 87). Lediglich die „Volkskunde“ (in den Staaten mit Alpenanteil sehr unterschiedlich benannt: Europäische Ethnologie, Anthropologie, Empirische Kulturwissenschaft u.ä.) beschäftigte sich relativ intensiv mit den Alpen, teilweise in enger Zusammenarbeit mit den Sprachwissenschaften beziehungsweise der Sprachgeographie (Konzept der „Wörter und Sachen“, das in mehrere große Atlaswerke mündete). Die Phase des Nationalsozialismus beziehungsweise des Faschismus in den Alpen, in der die alpine Kultur für deren politische Ziele direkt instrumentalisiert wurde, führte dann zu einem großen Bruch bei diesen Forschungen nach 1945 – wegen der nicht aufgearbeiteten Nähe zum rassistischen Gedankengut konzentrierten sich die Volkskundler lange Zeit auf unverfängliche Themen der Brauchtumsforschung und mieden grundsätzliche Fragen wie die nach einer einheitlichen Alpenkultur. Lediglich in der Schweiz gab es diesen Bruch nicht, was dazu führte, dass Schweizer Volkskundler (in erster Linie Richard Weiß und Arnold Niederer) nach 1945 alpenweit eine führende Position einnahmen (Bätzing 2000, S. 87).

Es ist kein Zufall, dass allein schon die Frage nach einer gemeinsamen Alpenkultur sehr voraussetzungsträchtig ist und sie oft im Kontext bestimmter politischer Ereignisse Konjunktur hat. Sie wurde im Zeitalter des Faschismus intensiver diskutiert, wo Adolf Günther mit seiner umfangreichen Monographie „Die Alpenländische Gesellschaft“ (Günther 1930, heftige Kritik daran Sölch 1931, zum Kontext siehe Gabert/Guichonnet 1965, S. 59 – 69) einen rassistisch ausgerichteten Entwurf einer einheitlichen Alpenkultur vorlegte. Dagegen betonte der Schweizer Kulturgeograph Emil Egli im Jahr 1939 in bewusster Entgegensetzung, dass es diese rassische Einheit in der Schweiz nicht gebe, dass im Gegenteil die rassische Vielfalt am Anfang stehe, die dann aber verändert werde: „Was auf Schweizer Boden tritt, wird umgeformt“, weil „... das Zuwandernde in der Schweiz sich einer Alpinisierung zu unterziehen hat.“ (Egli 1939, S. 43). Wie ungeklärt diese Grundsatzfragen heute noch sind, zeigt sich daran, dass der Schweizer Geschichtswissenschaftler Georg Kreis (im Magazin der „Basler Zeitung“ vom 21.03.1992) diesen Aufsatz von Emil Egli zum Anlass nahm, ihm „rassistisches Denken“ zu unterstellen,

obwohl der gesamte Text gegen diese Ideologie argumentierte (wie auch das ungewöhnliche Nachwort des Herausgebers der Zeitschrift auf S. 45 indirekt deutlich macht).

Da es offensichtlich ist, dass der Alpenraum von Menschen mit romanischer, germanischer und slawischer Sprache und Kultur besiedelt wurde und dass die seit dem Mittelalter entstehenden territorialen Strukturen (von kleinen inneralpinen Grundherrschaften bis hin zu den Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts) mit ihrer je unterschiedlichen Geschichte und Kultur zusätzlich noch weitere kulturelle Unterschiede hervorgebracht haben, stellt sich die Grundsatzfrage, ob der „alpine Boden“, die alpine Natur und Umwelt so stark und so bedeutend sind, dass sie diese Vielfalt zu einer einheitlichen Alpenkultur (mit großer regionaler Vielfalt) umformen konnten.

In der wissenschaftlichen Literatur wird diese Grundsatzfrage heute eher selten aufgeworfen (Gabert/Guichonnet 1965, S. 59 – 69, Zurfluh 1986, Gamboni 1987, S. 92 – 98, Bergier in: Guichonnet 1980, 1, S. 245 – 248, RGA 1989) und in der Regel negativ beantwortet: „Es gibt *keine* gemeinsame alpine Kultur. Trotzdem finden wir im Bereich der traditionellen Alltagskultur alpenweit verblüffende Gemeinsamkeiten, wie bestimmte alpenspezifische Werkzeuge, Arbeitsgänge, Gemeinschaftsarbeiten, Gemeinsamkeiten in der Almwirtschaft, reproduktive Arbeiten oder alpenweit verbreitete Sagen. Solche *sekundären alpinen Gemeinsamkeiten* basieren auf bestimmten Anpassungsleistungen der romanischen, germanischen und slawischen Kulturen an die besonderen Bedingungen im Alpenraum, die jedoch keineswegs zu einer gemeinsamen alpinen Kultur geführt haben – die Unterschiede sind größer als die Gemeinsamkeiten (Bätzing 1997, S. 145 – 146).

Die wissenschaftliche Darstellung dieser kulturellen Vielfalt im Alpenraum findet wegen der starken kulturellen Kleinräumigkeit der Alpen in der Regel auf der regionalen Ebene statt und gesamtalpine Überblicke sind selten. Die traditionsreiche und heute noch populäre Gattung der Brauchtumsdarstellungen im Alpenraum (gegliedert nach Alphabet: Kapfhammer 1977, nach Jahreslauf: Swoboda 1979, Migros 1997, nach Lebenslauf: Milano 1925), die das Bild der Alpenkultur in der breiteren Öffentlichkeit stark bestimmt, ist für diese Zwecke unbrauchbar, da sie nur einen sehr kleinen Ausschnitt erfasst, dessen Auswahl oft noch touristisch motiviert ist.

Die bislang umfangreichste Darstellung der Kultur im Alpenraum hat 1980 Arnold Niederer vorgelegt (Niederer 1993, S. 147 – 264, französische Fassung in Guichonnet 1980, italienische Fassung in Guichonnet 1987) und das Literaturverzeichnis dieses Bandes (Niederer 1993, S. 470 – 482) stellt zugleich eine der umfangreichsten alpenweit ausgerichteten Fachbibliographien zur Alpenkultur dar. Folgende Monographien und Sammelbände liefern weitere wichtige Beiträge zu dieser Thematik: Adamo 1988, Les Alpes 1984, Le Alpi 1974-75, Angelini 1992, Cason Angelini 1998, COTRAO 1991 und 1992, Demarchi 1979, Dematteis 1975 und 1994,

Körner/Walther 1996, Martinengo 1988, Mathieu 1998, Scaramellini 1991, Schiera u.a. 1988, Veyret 1967 und 1975, Viazzo 1989.

Neben diesen eher deskriptiv-analytischen Texten gibt es eine Reihe von aktuellen Auseinandersetzungen mit dem Thema Alpenkultur, die explizit problemorientiert ausgerichtet sind und denen für das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ deshalb ein wichtiger Stellenwert zukommt. An erster Stelle ist die umfangreiche Dissertation des Wiener Volkskundlers Bernhard Tschofen (1999) zu nennen, dessen besonders ausführliches Literaturverzeichnis (Tschofen 1999, S. 312-356) einen idealen Einstieg in die aktuelle Diskussion gibt; allerdings bezieht sich seine gesamte Arbeit nur auf den Raum Österreich/Bayern/Südtirol. Weitere wichtige aktuelle Texte mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen sind: ASSHS 1999, Arge Alp 1992, CIPRA 1998, 1999, 2001a, Haid 1989, 1990, 1992, 1994, Hugger 1992, Kruker 1992, Marchner 1993, Messerli 1989, Siegrist 1996, Viazzo 1999, Zucca 1998.

Diese Fragen um die alpine Kultur spielen in der aktuellen Diskussion um das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ eine erhebliche Rolle. Der Protokoll-Entwurf der Angelini-Stiftung beginnt emphatisch mit der Feststellung „Esiste un'identità alpina“ und verschiedene Gesprächspartner betonten diese gesamtalpine Identität beziehungsweise Kultur explizit, weil sie der Meinung sind, dass diese die Basis für das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ darstelle und dass ein solches Protokoll wenig sinnvoll wäre, wenn es diese gesamtalpine Kultur nicht gäbe.

Die radikale Gegenposition dazu lautet: „Die Alpen gibt es nicht“ beziehungsweise präziser ausgedrückt: Die Alpen gibt es nicht als einen Raum, der durch eine *gemeinsame* Kultur, Situation, Problemstellung usw. geprägt ist, sondern die Alpen zerfallen in unterschiedlichste Teilräume, die oft mehr Gemeinsamkeiten mit außeralpinen Regionen aufweisen, als mit ihren alpinen Nachbarregionen (zu dieser Position grundsätzlich: Bätzing 2000, S. 102-103). In letzter Konsequenz führt diese Position zur Ablehnung der Alpenkonvention und zur Förderung von verschiedenen Fachpolitiken, die alpine und außeralpine Regionen gemeinsam betreffen (Wachter 1996); aber sie wird durchaus auch im Kontext der Alpenkonvention vertreten und zeigt sich dann in einer deutlichen Zurückhaltung gegenüber allen neuen Protokollen und inhaltlichen Erweiterungen.

Diese Fragestellung, die derzeit wenig geklärt ist, stellt m.E. nach der Frage nach dem Verständnis und der Definition von „Kultur“ das zweite große inhaltliche Problem beim Themenfeld „Bevölkerung und Kultur“ dar, an dem gezielt gearbeitet werden müsste.

Mein Vorschlag zur Lösung geht in folgende Richtung: Als Grundlage für ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ braucht es keine gemeinsame Alpenkultur und nicht einmal ein gemeinsames Alpenbewusstsein, sondern eine gemeinsame Problemstellung (gemeinsames Problem: die Alpen entwickeln sich auf eine nicht-nachhaltige Weise) und den *Aufbau* einer gemeinsamen Verantwortung für die Alpenentwicklung, die derzeit noch nicht gegeben ist (das Resultat einer gemeinsamen Verantwortung kann nie am Anfang stehen, sondern ist selbst erst das Ergebnis einer langen nachhaltigen Entwicklung).

Zentrales Argument für den notwendigen Aufbau einer gemeinsamen alpenweiten Verantwortung ist nicht ein positiver Katalog von Gemeinsamkeiten, sondern ein negatives Argument, nämlich die Verhinderung, dass Alpenregionen im Konkurrenzkampf gegeneinander ausgespielt werden (klassische Beispiele: Transitverkehr, Ausbau der touristischen Infrastruktur) und sie dadurch nahezu alle Bedingungen akzeptieren müssen, die ihnen von außen diktiert werden, so dass sie keine nachhaltige Entwicklung realisieren können. Auch wenn in manchen Bereichen Fachpolitiken sinnvoll sind, die alpine und außeralpine Regionen zusammenfassen – dies ist m.E. kein Argument gegen die Alpenkonvention und kann parallel stattfinden – so verhindert diese politische Stoßrichtung nicht, dass Alpenregionen weiterhin gegeneinander ausgespielt werden können. Daher braucht es in jedem Fall eine integrative Gesamtpolitik, die Alpenkonvention, die als gemeinsames „Dach“ die Alpen nach außen – in Europa, in der Welt – politisch vertritt. Nur durch ein solch gemeinsames Auftreten nach außen können die Alpen ihre Nachhaltigkeitsinteressen überhaupt durchsetzen. Nach innen allerdings ist das gemeinsame Auftreten der Alpen sofort mit der Berücksichtigung der regionsspezifischen Probleme verbunden und führt zur räumlichen Ausdifferenzierung aller Maßnahmen der Alpenkonvention.

Bei dieser Nachhaltigkeitsstrategie, die zugleich integrativ *und* regional differenziert strukturiert ist, muss der Aufbau einer Verantwortung für den gesamten Alpenraum kulturell gestützt und gefördert werden. Auf Grund der regionsspezifischen Ausdifferenzierung im Alpeninnern ist es aber keineswegs erforderlich, dass dafür ein gemeinsames positives Alpenbewusstsein vorliegen muss, sondern es reicht dafür der gemeinsame Problemdruck und die gemeinsame Abwehr und Umgestaltung exogener Projekte beziehungsweise Strukturwandelprozesse völlig aus.

### 5.3. Zum Verhältnis zwischen Kultur und Sprache /Dialekt in den Alpen

In der heutigen Gesellschaft setzt sich immer mehr die Auffassung durch, dass eine Sprache in erster Linie der Informationsweitergabe diene und es eine große Erleichterung, Effektivitätssteigerung und Kostenreduktion bedeute, wenn man in Englisch miteinander kommuniziere.

Lange Zeit war die Schweiz derjenige Staat in Europa, der diese Position am vehementesten ablehnte, und der im Innern das „Schweizer Modell“ (jeder spricht in seiner eigenen Muttersprache und alle Gesprächspartner besitzen so viel Sprachkenntnisse, dass sie die andere Sprache gut verstehen, auch wenn sie in ihrer eigenen antworten) erfolgreich praktizierte.

In der jüngsten Zeit wurde aber auf einmal gerade in der Schweizer Alpenforschung an exponierter Stelle zweimal die englische Sprache verwendet (a: bei der Vorbereitung des internationalen „AlpenForum“ im September 2002; b: bei der Vorbereitung des neuen „Alpen-Schwerpunktprogramms NFP 48“). Damit wächst die Gefahr, dass in Zukunft die inneralpine Kommunikation immer öfter auf Englisch geführt werden könnte, um die schwierige Kommunikation zu vereinfachen und die sehr hohen Übersetzungskosten einzusparen.

Diese Entwicklung wäre aber für die kulturelle Vielfalt im Alpenraum ausgesprochen schädlich und sie würde sich darüber hinaus auch für die nachhaltige Entwicklung der Alpen sehr negativ auswirken.

Sprache ist erheblich mehr als ein Instrument zur Informationsweitergabe und zur Kommunikation von Fakten und Sachverhalten. Sprache ist zugleich Produkt und Produktion von Sinn, der in der und durch die Sprache hergestellt und gelebt wird und mit dem Individuen und Gruppen ihr Weltverständnis formulieren, gestalten, überprüfen und verändern. Insofern sind in einer lebendigen Sprache zahlreiche normative Werte („Sinn“) enthalten, die den Sprechern oft nicht oder nur teilweise bewusst sind und die auf geschichtliche Erfahrungen zurück gehen. Übersetzungen haben sehr große Mühe, diese normativen Implikationen zu berücksichtigen, weshalb der Gedankengang in einer anderen Sprache oft nicht mehr „logisch“ und „stimmig“ erscheint.

Diese Bedeutung von Sprache als Interpretation und Gestaltung von Welt betrifft aber nicht nur die Sprachen im linguistischen Sinn, sondern – in abgeschwächter Form – auch alle Dialekte, Mundarten und sonstige sprachlichen Ausdrucksformen, die sich von der Schriftsprache unterscheiden.

Die sprachliche Situation der Alpen ist durch eine große Vielfalt geprägt: Neben den großen europäischen Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Slowenisch, die schriftlich kodifiziert und als Hochsprachen ausgebildet sind, im Alpenraum aber sehr häufig in Dialektform gebraucht werden, werden die Minderheitensprachen Okzitanisch, Franko-Provenzalisch und Rätoromanisch-Ladinisch gesprochen (Kartendarstellung: Bätzing 1997, S. 220). Diese sind meist nicht schriftlich kodifiziert und existieren nur in einer Vielzahl von Dialekten. Hinzu kommen die Sprachen, die von Zuwanderern, Gastarbeitern, Asylanten usw. gesprochen werden.

Diese Vielfalt führt dazu, dass viele Alpenregionen zwei- oder mehrsprachig geprägt sind und dass in den einsprachigen Regionen in der Regel ausgeprägte Differenzen zwischen Hochsprache und Dialekt bestehen. Aus diesen Gründen ist die lokal oder regional gebrauchte Sprache (oder Sprachkombination je nach Situation) häufig das markanteste Merkmal lokaler oder regionaler Identität, dem eine besondere Bedeutung zukommt.

Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, bei der Förderung der kulturellen Identität im Alpenraum diese Sprach- und Dialektvielfalt sowie die Mehrsprachigkeit ebenfalls zu fördern und jede Nivellierung durch den Gebrauch des Englischen zurück zu weisen. Gerade im Hinblick auf „die Förderung des gegenseitigen Verständnisses... zwischen alpiner und außeralpiner Bevölkerung“ (Rahmenkonvention Art. 2, 2a) kommt der sprachlichen Kompetenz und Vermittlung (Mehrsprachigkeit) ein hoher Stellenwert zu. Der Alpenraum könnte hier eine wichtige Aufgabe für Europa übernehmen, indem er zeigt und vorlebt, dass gegenseitiges Verständnis in Europa nur auf der Grundlage sprachlicher Kompetenz wirklich möglich ist.

Was den Stand der Forschung betrifft, so fehlt auch für dieses Thema eine ausführliche gesamtalpine Darstellung – die Untersuchungen in den einzelnen Sprach- und Dialektgebieten sind zwar unüberschaubar, aber alpenweit vergleichende Studien fehlen. Den ausführlichsten Überblick bietet Giovan Battista Pellegrini (1992, französische Fassung in: Guichonnet 1980) sowie der Sammelband „Mehrsprachigkeit im Alpenraum“ (Werlen 1998); einen schönen Überblick über die italienischen Alpen gibt Wolftraud De Concini (1997).

Eine ganz besondere Bedeutung erhält diese Thematik aber für die Frage der nachhaltigen Entwicklung. Wie der Bündner Literaturwissenschaftler Iso Camartin immer wieder betont, beinhalten gerade die kleinen Sprachen eine Weltinterpretation und Weltsicht, die sich von der der großen europäischen Sprachen unterscheidet (Camartin 1985). Dies beinhaltet nicht nur eine sprachliche, sondern zugleich eine inhaltliche und normative Vielfalt in der Auseinandersetzung mit der Welt.

Dieses Argument wird durch die „großen“ Sprachen im Alpenraum noch zusätzlich unterstützt. Jeder, der deutsche, französische oder italienische Texte über die Alpen gelesen (über die slowenische Sprache traue ich mir kein Urteil zu, da ich sie nicht kenne) und versucht hat, diese in die jeweils andere Sprache zu übersetzen, hat festgestellt, wie schwierig dies ist, weil diese Sprachen jeweils unterschiedliche normative Sichtweisen der Alpen verkörpern, die in der anderen Sprache oft nicht mehr – oder nur mit sehr großem kommentierendem Aufwand – auszudrücken sind.

Die sprachliche Vielfalt beinhaltet also auch unterschiedliche Wahrnehmungen der Alpen, ihrer Geschichte, Kultur, ihrer Probleme und Möglichkeiten und ihrer Zukunft. Würde man in den Alpen aus Kostengründen auf Englisch miteinander kommunizieren, dann ginge gerade diese mit dem sprachlichen Ausdruck unmittelbar verbundene Vielfalt verloren. Damit würde bereits die Wahrnehmung der Alpen und ihrer aktuellen Probleme ein Stück weit homogenisiert und es bestünde die Gefahr, dass auch die Problemlösungen diese Vielfalt nicht mehr berücksichtigen und überall anwendbare Patentrezepte entwickeln, die den Alpen nicht angemessen sind.

Diese sprachliche und inhaltlich-normative Vielfalt ist aber – trotz der sehr hohen Übersetzungskosten bei der alpenweiten Kommunikation und der Gefahr der Unübersichtlichkeit im Alpenraum – keineswegs negativ, sondern darin steckt ein zentral wichtiges Potential für die nachhaltige Entwicklung der Alpen. Nachhaltigkeit erfordert zu ihrer konkreten Umsetzung und Realisierung ein hohes Maß an Innovation, Kreativität und Phantasie, weil völlig neue Wege beschritten werden müssen. Und Innovationen entstehen umso leichter, je vielfältig-kleinräumiger die Ausgangssituation geprägt ist (ich greife hier einen Gedanken von Max Weber auf, der die Entstehung des „Kapitalismus“ u.a. auf die hohe Innovationsfähigkeit des kleinräumigen mittelalterlichen Europas ohne dominantes Machtzentrum zurück führt): Wenn in räumlicher Nähe unterschiedliche Weltansichten nebeneinander existieren, so ist die Wahrscheinlichkeit gering, eine bestimmte Sichtweise als unveränderlich und ewig anzusehen, und es entsteht gerade aus dem Widerspruch entgegen gesetzter Sichtweisen heraus eine Motivation, etwas Neues, etwas Drittes zu entwickeln. Aus diesem Grund ist gerade die sprachliche Vielfalt im Alpenraum eine sehr wichtige Voraussetzung, um Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung nutzen zu können. Und deshalb kommt den entsprechenden Maßnahmen im Rahmen der Alpenkonvention eine hohe Priorität zu. Dieser Punkt ist deshalb so wichtig, weil der heutige Zeitgeist dem entgegen steht.

#### 5.4. Zur Inszenierung von Alpenkultur

Mit dem Begriff „Inszenierung“ wird umschrieben, dass kulturelle Bräuche, Traditionen oder völlig neue Ausdrucksformen nicht ihren Wert in sich selbst haben, also nicht als sinnstiftender Selbstzweck gelebt werden, sondern eine andere Funktion erfüllen.

Die damit verbundenen Probleme und Konflikte gehören zu den am heftigst diskutierten Phänomenen der Kultur im Alpenraum. Aus Abschnitt 5.1. ist bereits deutlich geworden, dass es inhaltlich zu kurz greift, wenn man das Problem der Instrumentalisierung von Kultur so zu behandeln versucht, als würde dadurch die „Authentizität“, das „Echte“ der Kultur zerstört. Auch

wenn es viele Fälle gibt, in denen der Tourismus (als die vielleicht bekannteste Form kultureller Inszenierung) lokale Kulturen direkt zerstört, z.B. durch einen regelmäßigen wöchentlichen Almbtrieb während der gesamten Sommersaison, so gibt es andererseits auch viele Fälle, in denen die formale Fixierung von Brauchtum in „authentischen“ Formen gerade durch den Tourismus gefördert wurde. Insofern ist dieser Ansatz unbrauchbar, um das Problem „Inszenierung“ zu behandeln. Und es ist darauf hinzuweisen, dass eine solche Inszenierung nicht eine späte Erscheinung darstellt (Gedankenfigur: am Anfang das Echte, später dann die Dekadenz), sondern bereits ganz am Anfang der Entdeckung der Alpen eine relevante Rolle spielt. Die traditionellen Wanderhändler, die Jahrhunderte lang die Alpen vor allem im Winter verlassen, um außerhalb der Alpen einen Zusatzverdienst zu suchen, nutzen sofort die um 1760-80 entstehende Alpenbegeisterung in Europa, um mittels der bewussten Inszenierung ihrer Kultur (Lieder, Trachten) bessere Geschäfte zu machen; dabei sind die Menschen aus dem Zillertal beziehungsweise aus Tirol besonders kreativ und erfolgreich, sie entwickeln mit dem Wanderhandel die erste Form der Tourismuswerbung.

Solche Inszenierungen sind vor allem in drei Bereichen verbreitet:

*1. Inszenierungen für politische Zwecke:* In kritischen Phasen ihrer staatlichen Existenz nutzen Kleinstaaten wie Schweiz und Österreich die Möglichkeit, mittels eines Rückgriffes auf „die Alpen“ ihre staatliche Identität zu stärken und dabei spielen alpine Traditionen und Werte eine erhebliche Rolle. In der Schweiz betrifft dies den tiefgreifenden Wandel vom Staatenbund zum Bundesstaat (1848 formal abgeschlossen), in Österreich den Aufbau einer neuen Identität nach 1919 (sehr intensiv in den Jahren 1919-1938 und 1955-1965), wobei jeweils kulturelle Elemente aus den Alpen für etwas völlig anderes – die Stärkung staatlicher Identität im innen- und außenpolitischen Sinne – genutzt und damit tendenziell vernutzt werden. Das jüngste Beispiel ist der Film „Im Fluss der Jahreszeiten“, der in der Pause des berühmten Neujahrskonzertes aus dem Wiener Musikverein am 1. Januar 2002 gesendet wurde und mit dem sich Österreich der Welt präsentiert: Neben menschenleeren Naturlandschaften und einigen wenigen Freizeitaktivitäten spielte hier das traditionelle alpine Brauchtum (Perchten, Prangstangen, Krampuslauf usw.) eine ganz zentrale Rolle, das völlig aus seinem Kontext gerissen dazu diente, ein interessantes, mythisches Österreich-Bild zu vermitteln.

Neben solchen „staatstragenden“ politischen Inszenierungen gibt es aber auch das politische Gegenteil: Viele Bürgerinitiativen, Anti-Transitgruppen, Umweltschützer usw. haben seit etwa 15 Jahren begonnen, ihre Anliegen auch mittels der Aktivierung oder Neuschöpfung traditionellen Brauchtums auszudrücken („Haberfeldtreiben“ auf einer politischen Veranstaltung gegen die Agrarpolitik, Schützenaufzug während einer Autobahn-Blockade usw., Hans Haid hat dazu

viele Beispiele gesammelt: Haid 1989, 1994). Alpenweit am bekanntesten ist die Initiative „Feuer in den Alpen“ geworden (Dokumentation dazu: Leeb 1995). Es geht hier keinesfalls darum, dieses Vorgehen zu kritisieren, sondern es geht nur darum aufzuzeigen, dass diese Aktivitäten nicht immer und in jedem Fall schon eine lebendige Kultur oder ein lebendiges Brauchtum darstellen, denn dies hängt davon ab, ob diese Formen auch außerhalb der politischen Demonstration ihren Wert besitzen und praktiziert werden oder nicht. Solche Beispiele sind gut geeignet, um die Wahrnehmung politischer Inszenierung zu schärfen.

*2. Inszenierungen zur Wirtschaftsförderung:* Bei der Standortförderung von Wirtschaftsbetrieben und -regionen spielen heute die sogenannten „weichen“ Standortfaktoren eine sehr wichtige Rolle. Und dazu zählen nicht nur eine schöne Landschaft und ein gutes Freizeitangebot, sondern genau so eine lebendige Kulturszene, eine vielfältige und offene Atmosphäre (also Elemente „moderner“ Kultur) und ebenso eine lebendige Tradition, der gerade gegenüber der postmodernen Beliebigkeit eine wichtige Funktion als kulturelle Verbindlichkeit zukommt. Deshalb bestehen die weichen Standortfaktoren im Bereich „Kultur“ aus einer komplizierten Balance zwischen moderner und traditioneller Kultur – dominiert eine Seite zu stark, geht die Attraktivität verloren.

Die schwierige Bewertungsfrage lautet, inwieweit im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Faktor „Kultur“ bewusst zur Attraktivitätssteigerung des Standortes inszeniert wird oder inwieweit er lediglich die kulturelle Situation angemessen darstellt. Am einfachsten dürfte diese Bewertungsfrage zu beantworten sein, wenn man die Bewohner am Standort und in der Nähe des beworbenen Standortes danach fragt, ob oder wie sehr sie sich in den Werbeaussagen wiedererkennen.

Grundsätzlich dürfte diese Form der Inszenierung von Alpenkultur in den Alpenstädten am häufigsten sein und sie dürfte in naher Zukunft stark zunehmen, wenn die Alpenstädte noch stärker mit der europäischen Entwicklung konfrontiert werden.

*3. Inszenierungen für den Tourismus:* Die Inszenierung von alpiner Kultur und Tradition hat eine sehr lange Geschichte und wurde auch wissenschaftlich immer wieder thematisiert. Während viele Studien das Verhältnis zwischen Tourismus und regionaler Kultur sehr kulturkritisch darstellen (z. B: Preglau 1985, 1998, Högl 1995, 2001), sehen andere Autoren dies positiver (Bachleitner/Penz 2000, Müller 2001, Thiem 1994, Pöttler 1992). Erstmals durchgeführte Jugendstudien in Tourismusgebieten (Luger 1996, ASTAT 2000) zeigen deutlich, dass viele Jugendliche in sozialer und kultureller Hinsicht vom Tourismus profitieren können.

Das zentrale Problem liegt darin, dass es nicht „den“ Tourismus und „die“ verbrauchte Regionalkultur gibt (Denkfigur: der Tourismus zerstört immer und überall das Authentische), sondern

dass es viele Fälle gibt, in denen die touristische Entwicklung wegen der spezifischen Art und Weise ihrer örtlichen Ausgestaltung zur kulturellen Aufwertung und Bereicherung beigetragen hat, während es andererseits viele Fälle gibt, in denen touristische Erschließungen mit kultureller Zerstörung identisch sind. Pauschalaussagen greifen hier viel zu kurz und es werden Einzelfalluntersuchungen nötig, um diese Frage jeweils zu klären.

Ein Punkt muss aber noch angesprochen werden, weil ihm für die Zukunft evtl. eine sehr große Bedeutung zukommt: Vor dem Hintergrund, dass die Übernachtungszahlen in den Alpen seit etwa 1985 auf hohem Niveau stagnieren, die Alpen also im Vergleich mit anderen Destinationen an Attraktivität verlieren (im Sommer besonders stark), werden viele Überlegungen angestellt, wie die Alpen wieder interessanter werden könnten. Eine dieser Ideen besteht darin, den „Kraftort Berg“ ins Zentrum zu stellen (so Martin Uitz in den „Pongauer Nachrichten“ vom 1.2.2001, als Abbildung zu dieser Aussage wird ein traditioneller Perchtenlauf gezeigt) und in den Alpen „große emotionale Erlebniswelten“ als neue touristische Basisinfrastrukturen einzurichten (Romeiss-Stracke 1999, auch die Tiroler Tourismuswerbung geht mit ihrer „Repositionierung des Bergsommers“ mittels „AlpNet“ in die gleiche Richtung), bei denen das alpine Brauchtum und die Traditionen eine zentrale Rolle spielen. Ich vermute, dass eine solche Strategie die Alpenkultur nur als große Inszenierung benutzen und verbrauchen wird, befürchte aber, dass solche Ideen gerade im Zeitalter der Postmoderne mit ihrer permanenten Suche nach Halt und Verbindlichkeit im Meer von Beliebigkeit und Unverbindlichkeit noch stark zunehmen könnten – zum Schaden eines Alpentourismus, der wirkliche Begegnungen zwischen Alpenbewohnern und Gästen hervor bringt. Wie selbstverständlich es heute oft ist, dass regionale Kultur als Tourismusförderung missverstanden wird, zeigt Klaus Wolf am Beispiel des „Europäischen Raumentwicklungskonzept EUREK“ der Europäischen Union. In diesem programmatischen Text für eine ausgewogene europäische Entwicklung wird die „Kultur“ inhaltlich sehr eng gefasst, sie wird an überholten Formen festgemacht, fast immer retrospektiv gesehen und auf diese Weise letztlich als „Vehikel für den Tourismus“ instrumentalisiert (Wolf 2001, S. 99). Dies stellt auch für das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ eine große Gefahr dar.

Auch dieses Problemfeld der Inszenierung von Kultur für Politik, Wirtschaft oder Tourismus gehört zu den Themen, bei denen es erhebliche inhaltliche Unsicherheiten gibt. Und diese können gerade nicht durch pauschale Patentrezepte oder dadurch gelöst werden, dass man positiv oder negativ besetzte Kulturwerte (authentische Volkskultur ist gut, alle Inszenierungen von Volkskultur sind schlecht) im Sinne von „konkretisierten Identifikatoren“ definiert, sondern dass man „Identitätsbildungsprozesse“ anstößt (Begriffe nach Kammerhofer-Aggermann in Abschnitt 5.1), die eine gelingende Beziehung zwischen Regionalkultur und Politik

/Wirtschaft/Tourismus aufzubauen versuchen. Dies erfordert aber eine Auseinandersetzung mit den Problemen der Inszenierung im Einzelfall und kann nicht pauschal aus grundsätzlichen Prinzipien abgeleitet werden.

## 5.5. Zum unterschiedlichen Stellenwert der Alpen und der Alpenkultur in den einzelnen Alpenstaaten

Der sozioökonomische Stellenwert der Alpen ist in den Vertragsstaaten der Alpenkonvention ausgesprochen unterschiedlich und diese realen Unterschiede werden durch national geprägte Traditionen, Mentalitäten und Kulturmuster noch zusätzlich verstärkt. Deshalb sind die Interessen, Voraussetzungen und Ziele beim Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ in den Vertragsstaaten sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dies muss bei der Diskussion um die Erarbeitung dieses Protokolls berücksichtigt werden.

Die folgenden Ausführungen basieren auf einer zwanzigjährigen persönlichen Erfahrung im Alpenraum (teilnehmende Beobachtung), auf zahlreichen Gesprächen mit Fachkollegen aus allen Alpenstaaten sowie auf der Auswertung der im Rahmen dieser Analyse geführten Fachgespräche zum Thema „Bevölkerung und Kultur“. Grundsätzlich können die acht Vertragsstaaten der Alpenkonvention in föderalistische Staaten (A, CH, D), zentralistische Staaten (I, F), Zwergstaaten (FL, MC) und in einem Sonderfall (SLO) eingeteilt werden (zur Vertiefung siehe Bätzing/Messerli 1991).

### 1. Föderalistische Staaten

Die Gemeinsamkeiten dieser drei Staaten bestehen darin, dass auf Grund der föderalistischen Staatsstruktur in den peripheren Regionen vergleichsweise wenig Demokratiedefizite zu finden sind – daher besitzt die Forderung, in das neue Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ partizipative Elemente einzubauen, einen „normalen“ Stellenwert – , dass die öffentlichen Infrastrukturen den spezifischen Problemen im Alpenraum vergleichsweise gut angepasst sind und dass die Frage der Minderheiten kein prioritäres Problem darstellt. Zufälliger Weise besitzen die Alpen in den föderalistischen Staaten große Flächenanteile (außer in Bayern), so dass sie in der nationalen Politik eine erhebliche Rolle als gleichberechtigte Lebens- und Wirtschaftsräume spielen. Dies schlägt sich in vergleichsweise guten Fördermaßnahmen (Wirtschaft, Infrastruktur, Kultur) und in vergleichsweise geringen räumlichen Disparitäten nieder. Weil in diesen drei Staaten der Themenbereich „Bevölkerung und Kultur“ in die Zuständigkeit der Länder beziehungsweise Kantone fällt, ist das *staatliche* Interesse an diesem Protokoll eher etwas gedämpft.

*Österreich:*

Obwohl der Anteil der Alpenfläche und Alpenbevölkerung in Österreich sehr hoch ist, ist Österreich *kein* traditioneller Alpenstaat: Erst seit 1920 beziehungsweise 1955 wird hier eine nationale Alpenidentität neu aufgebaut. Die besondere Situation besteht darin, dass alle wichtigen Städte (mit Ausnahme von Linz) entweder unmittelbar am Alpenrand oder sogar mitten in den Alpen liegen. Deswegen sind die Alpen in Österreich sehr direkt Lebens- und Wirtschaftsraum und es fällt hier besonders schwer, sie als Ergänzungsraum der außeralpinen Großstädte zu betrachten.

Eine zweite Besonderheit besteht darin, dass Österreich zwischen 1955 und 1989 sehr konsequent eine soziale Marktwirtschaft umgesetzt hat (Verstaatlichung der Schlüsselindustrie, starke Bankenkontrolle, starke private Wohnbauförderung u.ä.), was zu einer ausgesprochen dezentralen Raumentwicklung mit vergleichsweise geringen räumlichen Disparitäten geführt hat und was zugleich eine dezentrale Kultur im ländlichen Alpenraum gefördert hat.

Im Rahmen der Ausbildung einer nationalen Alpenidentität wurden nach dem Zweiten Weltkrieg die traditionellen Heimat- und Brauchtumsvereine stark aufgewertet und gefördert. Sie spielen heute eine sehr relevante Rolle im Alltags- und Festtagsleben. Allerdings führen die sehr festen, teilweise rigiden Vereinsregelungen immer wieder vor Ort zu heftigen Konflikten um die „richtige“ Form der Brauchtumspflege.

*Schweiz:*

Die Schweiz ist der Staat mit der längsten und intensivsten Alpentradition und der Alpenraum ist im staatlichen Kontext (sehr stark ausgeprägter Föderalismus) teilweise sogar leicht überrepräsentiert. Obwohl die Städte im Schweizer Alpenraum relativ klein sind und im nationalen Kontext eine eher geringe Rolle spielen, wird der Alpenraum dank der langen Alpentradition nicht als Ergänzungsraum der Großstädte gesehen.

Die Schweiz hat Anteil an vier Sprachen beziehungsweise Kulturen und sie verfügt über die längsten und tiefsten Erfahrungen im Alpenraum, wie diese gleichberechtigt zusammen leben können. Darüber hinaus sind in den Schweizer Alpen *alle* Entwicklungen des gesamten Alpenraumes vorhanden (Verstädterung, Entsiedlung, „französische“ Skizentren, dezentrale touristische Strukturen, Industrie usw.), so dass sie wie in einem Brennglas die alpine Vielfalt repräsentieren.

Da die Schweiz sich als liberaler Staat versteht, hat der Markt hier traditioneller Weise einen hohen Stellenwert, was zur Ausbildung starker räumlicher Disparitäten führt. Die staatlichen

Förderungen (vor allem der Infrastrukturen) dämpfen zwar diese Disparitäten, können sie aber nicht ausgleichen.

Obwohl die Schweiz nicht Mitglied der EU ist und eigentlich ein Interesse haben müsste, mittels der Alpenkonvention ihre spezifischen Interessen und ihre so wichtigen Föderalismuserfahrungen auf der europäischen Ebene einzubringen, nutzt sie diese Möglichkeit nicht. Dies liegt einerseits daran, dass die bilateralen Verhandlungen mit der EU absolute Priorität haben (die Alpenpolitik scheint dagegen unwichtig zu sein), andererseits an innenpolitischen Blockaden: Die Schweizer Bergkantone waren lange Zeit gegen die Alpenkonvention und sind heute gegenüber einem Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ eher skeptisch eingestellt, und wichtige Wirtschaftskräfte opponieren von Anfang an bis heute gegen die Alpenkonvention, weil sie der Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft schade.

Alpine Kultur und alpines Brauchtum besitzt in der Schweiz einen hohen Stellenwert, auch in den Schweizer Städten außerhalb der Alpen. Es ist hier – auf die typisch „pragmatische“ helvetische Art und Weise – viel weniger reglementiert, teilweise sehr viel lebendiger und stärker in den normalen Alltag integriert beziehungsweise weniger „aufgesetzt“ und inszeniert als in Österreich.

*Deutschland:*

Zwei Widersprüche prägen die bayerischen Alpen: Im Rahmen des deutschen Föderalismus ist der „Freistaat Bayern“ im Innern stark zentralistisch geprägt, und obwohl die bayerischen Alpen nur eine sehr kleine Fläche einnehmen, spielen sie kulturell beziehungsweise mental eine sehr wichtige Rolle. Das Selbstbild des modernen Bayern besteht aus „Laptop und Lederhose“, wobei mit „Lederhose“ häufig die Alpen als der eigentliche Kernraum „bajuwarischer“ Identität gemeint sind. Weil dies mit der Realität nur sehr mittelbar zu tun hat, dient die „alpenländische Kultur“ oft der politischen Inszenierung (als Wahlwerbung derjenigen politischen Partei, die die Symbiose von „Tradition und Fortschritt“ verkörpert), der Inszenierung zum Zwecke der Wirtschaftsförderung (als Werbung für die weichen Standortfaktoren der Agglomeration München) und der touristischen Inszenierung.

Konkret sind die bayerischen Alpen derjenige nationale Alpenteilraum, der mit Abstand am stärksten durch flächenhafte Übernutzung geprägt ist. Die starke dezentrale touristische Erschließung wird überlagert durch einen sehr starken Naherholungsverkehr und seit einiger Zeit auch durch die funktionale Verflechtung mit München (Verstädterung der bayerischen Alpen; diese Entwicklung wird aber mental kaum wahrgenommen, weil sie dem bayerischen Alpenbild widerspricht), so dass die Infrastrukturen vergleichsweise wenig Probleme machen.

Auf Grund des hohen kulturellen Stellenwertes der Alpen in Bayern spielt das lokale und regionale Brauchtum eine wichtige Rolle in den bayerischen Alpen und wird entsprechend stark gefördert, so dass es überall sehr präsent ist. Obwohl es auch hier stark reglementiert ist, fehlen jedoch kulturelle Brauchtumskonflikte wie in Österreich.

## 2. Zentralistische Staaten

Obwohl Italien seit Anfang der 1970er Jahre („Regionalisierung“) und Frankreich seit Anfang der 1980er Jahre („Dezentralisierung“) ihre zentralistische Staatsstruktur etwas abschwächen, unterscheiden sie sich noch immer sehr deutlich von den drei föderalistischen Staaten und vor allem in den kulturellen Mentalitäten ist dieser Zentralismus heute noch sehr präsent. Deshalb wird die Möglichkeit, das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ partizipativ auszugestalten, hier mit sehr großer Emphase aufgegriffen und teilweise zu *dem* Schlüsselproblem der Alpenkonvention aufgewertet. Mit dem Zentralismus verbunden ist weiterhin eine systematische Bevorteilung der Hauptstadt beziehungsweise der Hauptstadtregion und eine Benachteiligung der übrigen Gebiete, was besonders in den peripheren Regionen zu einer kritischen Infrastrukturausstattung führt, sowie eine Benachteiligung von sprachlichen beziehungsweise ethnischen Minderheiten.

Zufälliger Weise nehmen die Alpen in den beiden zentralistischen Staaten eine kleine Fläche und eine randliche Position ein, so dass sie einen geringen politischen, wirtschaftlichen und mentalen Stellenwert besitzen. Dies führt zu vergleichsweise geringen und spät einsetzenden staatlichen Fördermaßnahmen und zur Ausbildung von hohen räumlichen Disparitäten. Diese Staaten tendieren dazu, die Alpen als monofunktionalen „Ergänzungsraum“ zu behandeln (vor 1945: militärische Grenzsicherung, nach 1945: Freizeit und Erholung), auch wenn in politischen Programmen immer wieder die Funktion als multifunktionaler Lebensraum betont wird.

Lokalkultur und Brauchtum wird hier vergleichsweise wenig gefördert und ist weitaus weniger im Alltagsleben und in der Öffentlichkeit präsent als in den föderalistischen Staaten. Dabei besteht häufig die Gefahr der touristischen Inszenierung.

Da „Bevölkerung und Kultur“ in zentralistischen Staaten wegen der oft brisanten Minderheitenfragen eine sehr heikle Thematik darstellt, besitzen diese Staaten nur ein abgeschwächtes Interesse an diesem Protokoll. Demgegenüber steht jedoch ein teilweise emphatisches Interesse für dieses Protokoll als Ermöglichung von Partizipationsprozessen innerhalb der Alpenkonvention.

*Frankreich:*

In den französischen Alpen hat der Prozess der Modernisierung am frühesten im gesamten Alpenraum eingesetzt, hier haben sich die stärksten räumlichen Disparitäten ausgebildet und hier finden seit gut 20 Jahren die stärksten Wiederaufwertungen (Bevölkerungswachstum durch Zuwanderungen) statt. Diese Entwicklung wurde durch den französischen Staat systematisch gefördert, der lange Zeit nichts gegen die Abwanderung unternahm und der die französischen Alpen nur als Ergänzungsraum der Städte auf sektorale Weise (Wintersportzentren, National- und Regionalparks) förderte (grundsätzliche Änderung erst ab 1985 mit dem neuen Berggebietsgesetz). Das bedeutet, dass die traditionellen lokalen und regionalen Strukturen und Kulturen hier so weitgehend wie in keinem anderen Alpenraum verschwunden sind, und dass zahlreiche Zuzügler und sogar viele Verantwortungsträger vor Ort wenige oder gar keine Kenntnisse von „ihrer“ Alpenregion (Umwelt, Geschichte, Tradition, Kultur) besitzen.

Wegen der forcierten Förderung der französischen Alpen als Freizeit- beziehungsweise Erholungsraum ist überall die Tendenz verbreitet, lokale Traditionen als touristische Inszenierungen neu zu erfinden. Die Kritiker setzen dann oft mit Nachdruck „authentische“, „echte“ Traditionen dagegen und verfallen dann leicht in die Gefahr der Musealisierung – die Gemeinsamkeiten zwischen einer kommerziellen Neuinszenierung von Alpenkultur und ihrer Ablehnung in Form einer nostalgischen Verklärung „echter“ Traditionen scheinen hier so ausgeprägt, wie nirgendwo sonst im Alpenraum zu sein.

Der Strukturwandel der Alpen wie die starke Verstädterung, die Vervorstädterung und die Ausbildung von großen Auspendlerregionen am Alpenrand scheinen dagegen wenig Diskussionen auszulösen und es gibt offenbar wenig Interesse, diese Veränderungen auf eine alpenspezifische Weise auszugestalten. Damit hängt zusammen, dass auch das Thema Zuzügler, Ausländer, Asylanten einen geringen Stellenwert besitzt.

Obwohl die französischen Alpen zu hundert Prozent von sprachlichen Minderheiten geprägt sind (im Süden die Okzitanier, im Norden die Franko-Provenzalen) – also so stark wie kein anderer nationaler Alpenteilraum – , spielen diese in der aktuellen Situation keine relevante Rolle und stellen nur *ein* Thema unter vielen dar – offenbar sind sie bereits so schwach, dass sie keine Sezessionsängste mehr auslösen. Damit konzentrieren sich in Frankreich die mit dem Thema „Bevölkerung und Kultur“ verbundenen prioritären Probleme auf einen vergleichsweise kleinen Ausschnitt aus der Gesamthematik.

*Italien:*

Im Gegensatz zu Frankreich sind die italienischen Alpen flächenhaft erst relativ wenig von der Modernisierung erfasst – sie dürften derjenige nationale Teilraum der Alpen sein, in dem sich traditionelle Strukturen und Kulturen noch am stärksten erhalten haben, wenn auch oft in überalterten und erstarrten Formen – und hier finden sich nicht zufällig die größten aktuellen Entsidlungsregionen der Alpen.

Charakteristisch für den italienischen Zentralismus ist eine ausgeprägte Unübersichtlichkeit, bei der auf allen politischen Ebenen offenbar „tangenti“ eine wichtige Rolle spielen. Im Gegensatz zur rational-dirigistischen Planung französischer Art führt dies in Italien zu einem ausgeprägten räumlichen Chaos und zu rational wenig nachvollziehbaren Standortentscheidungen, die die Entwicklung der italienischen Alpen teilweise mehr belasten als fördern.

Staat und Verwaltung nehmen die italienischen Alpen in erster Linie als einen von Minderheiten bewohnten Raum wahr (was sie jedoch nur zu zwei Dritteln sind); auch wenn dieses Faktum heute – im Gegensatz noch zu den 1960er und 1970er Jahren – keine Sezessionsängste mehr weckt, so ist diese Tradition noch nicht vollständig vergessen und spielt in Form einer clandestinen Zurückhaltung gegenüber den Alpen noch eine gewisse Rolle. Die große Mehrheit der italienischen Alpenbesucher, die meist aus den großen Städten der Padania stammen, sieht diesen Raum als Gegenmodell zur schlechten und ungesunden Stadt, nämlich als idyllischen ländlichen Raum. Dies provoziert an sehr vielen Orten touristische Inszenierungen, aber immer wieder auch gezielte Verweigerungen gegenüber dieser „colonizzazione“ der Alpen durch die Städte.

Eine wichtige Vermittlerposition nehmen einerseits die „Autonomen Regionen“ (Val-d’Aosta, Südtirol-Trentino, Friuli-Venezia Giulia), andererseits zahlreiche kulturell engagierte Minderheitsgruppen ein, die sich von den „klassischen“ Zentrum-Peripherie- beziehungsweise Stadt-Land-Gegensätzen lösen, und die die konkreten Probleme um Infrastrukturen, Lebensqualitäten und kulturelle Identitäten als wichtige Elemente für einen funktionsfähigen Lebens- und Wirtschaftsraum Alpen in den Mittelpunkt der aktuellen Diskussion stellen.

### *3. Sonderfall Slowenien*

Hier gab es im 20. Jahrhundert die tiefgreifendsten politischen Veränderungen im gesamten Alpenraum: Bis 1919 gehörten die Slowenischen Alpen zum Habsburger Reich, zwischen 1919

und 1945 zum Königreich Jugoslawien, nach 1945 zur Sozialistischen Republik Jugoslawien und ab 1989 zur Republik Slowenien. Während die Entwicklung bis 1919 nach österreichischem Muster verlief, setzte nach dem Zweiten Weltkrieg ein radikaler Bruch ein. Die touristische Entwicklung wurde aktiv blockiert, die Berglandwirtschaft auf den Zustand von 1950 festgeschrieben (keine Kollektivierung aus militärischen Gründen) und die Slowenischen Alpen wurden dezentral-flächenhaft industrialisiert. Diese Sonderentwicklung endete erst im Jahr 1989, aber auch heute noch wird eine dezentrale nachhaltige Entwicklung auf der Basis einer umweltverträglichen Nutzung der endogenen Ressourcen dadurch behindert, dass durch die sozialistische Entwicklung wichtige lokale Erfahrungen und Traditionen abrissen und die ländliche Bevölkerung noch heute über wenig Grundbesitz verfügt.

Die Slowenischen Alpen spielten und spielen bei den langen Auseinandersetzungen um eine slowenische Identität eine zentrale Rolle. Bereits im 19. Jahrhundert, zur Zeit des nationalen und politischen „Erwachens“ der slowenisch-slawischen Tradition und Kultur in den Alpen, wird der Triglav, der höchste Berg der Slowenischen Alpen, zum Symbol („Wappen“) der neuen nationalen Kultur. Nach 1919 steht die „slawische“ Kultur im Vordergrund und die Differenzen zur benachbarten österreichischen und italienischen Alpenkultur werden so stark betont, dass die Frage nach einer alpenweiten Kultur zum „Tabuthema“ wird. Nach 1989 greift der neue Staat Slowenien zum Aufbau einer „slowenischen“ Identität – die jetzt sehr deutlich gegen die slawische abgegrenzt wird – stark auf das 19. Jahrhundert und auf die damalige kulturelle Bedeutung der Alpen zurück. Die Slowenischen Alpen erhalten eine wichtige Funktion zur Inszenierung einer neuen (alten) Nationalkultur, die zugleich und unmittelbar auch von der Tourismuswerbung intensiv genutzt wird. Dabei besitzen die zahlreichen Trachten und die spezifische Musik („Oberkrainer Volksmusik“) eine Schlüsselrolle.

Bei dieser Sichtweise wird übersehen, dass vier stark industriell geprägte Mittelzentren in den Slowenischen Alpen eine relevante „fremdländische“ Bevölkerung (Bosnier, Serben, Kroaten) besitzen und dass auch an anderen Orten die Slowenen keinesfalls immer hundert Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Es ist die Frage, wie weit dieser forcierte Aufbau einer neuen slowenischen Identität mit Rückgriff ins 19. Jahrhundert die heranwachsende Jugend überzeugt: „Die ganz Jungen ... leben in einem historischen Loch“, sie entwickeln teilweise eine „Jugo-Nostalgie“ und auf ihren „Balkan-Parties“ werden die Hits der „Jugo-Rock-Welle“ aus den 1970er Jahren wieder gespielt (Stolzmann 2002, S. 34). Allerdings versucht der Slowenische Staat mit einer ausgesprochen starken Kulturförderung die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft voranzutreiben, um auf diese Weise die neue Identität systematisch zu stärken.

Seit 1989 ist die Phase der nationalistischen Abschottung in den Slowenischen Alpen vorbei, und der neue Staat setzt sich ausgesprochen stark für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Alpenraum ein (ablesbar an seinem Engagement für die Alpenkonvention), u. zw. nicht nur wegen des angestrebten EU-Beitritts, sondern auch wegen zahlreicher gemeinsamer Probleme, die nach einer Lösung verlangen.

#### *4. Zwergstaaten*

Zwergstaaten besitzen in Europa eine erhebliche Bedeutung, die weit über ihre Größe hinaus geht, weil sie durch spezifische Rahmenbedingungen bestimmte europäische Wirtschaftsfunktionen an sich ziehen können und weil sie als neutrale Vermittler zwischen den großen Staaten einen erheblichen politischen Einfluss besitzen können. Dies gilt auch für die Alpenkonvention.

##### *Liechtenstein:*

Das Fürstentum Liechtenstein liegt zwar zu hundert Prozent im Alpenraum, hat aber mit den Alpen eigentlich kaum etwas zu tun, weil Siedlungen und Wirtschaftsstandorte meist in der flachen Rheinaue liegen, weil die Wirtschaft fast nichts mit der Nutzung der Alpen zu tun hat und weil auch das Fürstenhaus keine alpine Tradition besitzt.

Trotzdem hat sich Liechtenstein seit 1989 aktiv an der Alpenkonvention beteiligt und bei der besonders schwierigen Erarbeitung des Verkehrsprotokolls sogar in der entscheidenden Phase die Federführung übernommen. Ein ähnliches Engagement wäre auch für das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ denkbar.

##### *Monaco:*

Das Fürstentum Monaco hat als Stadtstaat sogar noch weniger mit den Alpen zu tun als Liechtenstein, ist aber der Alpenkonvention beigetreten. Es ist durchaus vorstellbar, dass auch Monaco wichtige Vermittleraufgaben im Rahmen der Alpenkonvention übernehmen könnte.

#### *Zusammenfassende Bewertung*

Auch wenn in diesem Abschnitt die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der Alpenkonvention überdeutlich herausgestellt wurden, um die beim Protokoll „Bevölkerung und

Kultur“ wahrscheinlich auftretenden Probleme deutlich zu identifizieren, so gibt es doch eine sehr wichtige Gemeinsamkeit, die am Schluss noch einmal erwähnt werden soll:

- In allen Staaten zielt die Hauptstoßrichtung beim Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ in die gleiche Richtung: Dieses ist ein inhaltlich notwendiger Bereich zur Stärkung der Alpen als dezentraler Lebens- und Wirtschaftsraum mit einer ausgeprägten Umweltverantwortung im Sinne der Nachhaltigkeit. Differenzen gibt es dagegen nur bei der Gewichtung von einzelnen Teilbereichen; diese gehen auf spezifische Traditionen und Situationen zurück.
- Diese grundsätzliche Einigkeit ist umso wichtiger, als es in *allen* Mitgliedsstaaten rechtspopulistische oder rechtsradikale Parteien oder Gruppierungen gibt, die den Rückgriff auf Alpentraditionen zur Propaganda einer regionalen Abschottung benutzen, bei der *alle* Probleme „den Fremden“ zugeschoben oder auf „Überfremdung“ reduziert werden.
- Trotz aller politischer Schwierigkeiten um dieses Protokoll scheint das zentrale Problem gar nicht so sehr im Bereich der Politik zu liegen, sondern eher in der sehr stark verbreiteten Unklarheit über das Phänomen „Kultur“ und über seine so schwierige politische Umsetzung.

Die Analyse der Situation in den acht Mitgliedsstaaten zeigt sehr deutlich, dass überall im Grund ganz ähnliche Probleme zu lösen sind, so dass der gegenseitige Erfahrungsaustausch dabei eine große Bereicherung darstellen könnte.

## 6. Vorschläge für Themenbereiche, Inhalte, Maßnahmen und Umsetzungsschritte eines Protokolls „Bevölkerung und Kultur“

### 6.0. Einleitung

Im ersten Teil werden zwölf alpenweit relevante Themenbereiche oder Problemfelder mit ihren jeweiligen „Handlungszielen“ präsentiert, die nach Teilbereichen beziehungsweise Teilzielen weiter ausdifferenziert und mittels Indikatoren konkretisiert werden.

Im zweiten Teil werden diese Themenbereiche „regionsspezifisch“ ausdifferenziert, wobei die Überlegungen von Kap. 4.5 zur „regionsspezifischen Ausdifferenzierung“ der Alpenkonvention aufgegriffen und umgesetzt werden.

Der dritte Teil ist dem Thema Beteiligungsverfahren und Partizipation gewidmet und entwirft einen Vorschlag, wie dieses Protokoll politisch umgesetzt werden könnte, während der vierte Teil exemplarische Maßnahmen beziehungsweise Pilotprojekte aufzeigt, die diesen Prozess alpenweit auf eine relevante Weise voranbringen könnten; unter Bezugnahme auf die Überlegungen von Kapitel 4.5 werden dabei Maßnahmen mit beziehungsweise ohne ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ entwickelt.

### 6.1. Zwölf Themenbereiche und Handlungsziele

Die Identifizierung von zwölf Themenbereichen erfolgte in Auseinandersetzung mit folgenden Quellen:

- a) Auswertung der Dokumente der Alpenkonvention und der Vorschläge der in Kap. 4.6 vorgestellten Protokoll-Entwürfe;
- b) Auswertung von 13 Indikatorsystemen zum Thema „nachhaltige Entwicklung“, vor allem „soziokulturelle Dimension“ (siehe Literaturverzeichnis) sowie der Indikatoren des Alpenobservatoriums (ABIS);
- c) Auswertung zahlreicher qualitativer Analysen zum Themenfeld „Bevölkerung und Kultur“ im Alpenraum (siehe dazu 5.2) einschließlich eigener Untersuchungen.

Die so gefundenen Themenbereiche wurden systematisiert und neu in die beiden Bereiche „Bevölkerung“ und „Kultur“ geordnet. Dabei wurde Wert darauf gelegt, einerseits zahlreiche Einzelpunkte inhaltlich zusammen zu fassen, um eine gewisse Übersichtlichkeit zu erreichen, andererseits aber konkret voneinander abgrenzbare Teilbereiche auszuweisen, um ein zu starkes

„Ineinanderfließen“ von Themen zu vermeiden. Auf die Ausweisung eines Synthese-Indikators wie Bevölkerungsstruktur oder -entwicklung, Lebensqualität, kulturelle Qualität oder Identität wurde ganz bewusst verzichtet: Die Gesamtheit der zwölf Themenbereiche und ihre spezifischen Interaktionen untereinander macht Kultur aus, und diese Komplexität kann nicht auf einen einzigen Indikator reduziert und durch ihn gemessen und bewertet werden. Es ist selbstverständlich, dass trotz der Systematisierung der Einzelpunkte der folgende Entwurf nur einen ersten Vorschlag darstellt, der keineswegs vollständig ist und dessen Systematisierung diskutiert werden soll.

In formaler Hinsicht orientiert sich die Darstellung an den Ergebnissen der Alpenkonventions-Arbeitsgruppe „Bergspezifische Umweltqualitätsziele“ (UBA 2000). Dies betrifft die Formulierung von „Handlungszielen“ für die zwölf Themenbereiche und von „Teilzielen“ für die Teilbereiche der Themenbereiche, einschließlich der Nennung von möglichen Indikatoren.

Da die Auflistung solcher Themenbereiche schnell den Eindruck eines „Kataloges“ erweckt und als „Kulturwertekatalog“ missverstanden werden kann, wird an dieser Stelle explizit auf die Ausführung von Kapitel 5.1 hingewiesen: Kultur als lebendiger dynamischer Prozess kann nicht mittels eines Kataloges standardisiert, fixiert oder verordnet werden; wie die folgenden zwölf Themenbereiche konkret ausgefüllt werden, wie sie untereinander gewichtet werden und auf welche Weise sie zusammenspielen, kann und soll nicht vorgegeben werden, sondern dies ist die prioritäre Aufgabe der Betroffenen. Die Auflistung dieser zwölf Themenbereiche verfolgt daher „lediglich“ den Zweck, diejenigen Bereiche zu nennen, die dabei nicht außer Acht gelassen werden dürfen (siehe dazu Kapitel 4.6) und in denen dynamische Prozesse initiiert werden sollten. Und die aufgeführten Indikatoren dienen nicht dazu, einen bestimmten Zustand positiv oder negativ zu bewerten und sie sind erst recht nicht dazu geeignet, im Alpenraum kulturelle Vergleiche anzustellen, sondern sie sollen es ermöglichen zu überprüfen, ob es eine nachhaltige Entwicklung gibt, die zur Verbesserung im Bereich „Bevölkerung und Kultur“ führt oder nicht.

Folgende Themenbereiche werden hier ausgeschlossen:

- Mobilität: Gegenstand des Protokolls „Verkehr“,
- Kulturlandschaft: Gegenstand des Protokolls „Berglandwirtschaft“ und „Naturschutz und Landschaftspflege“,
- Siedlungsentwicklung: Gegenstand des Protokolls „Raumplanung“,
- Wirtschaft: in Protokoll „Raumplanung und nachhaltige Entwicklung“ teilweise enthalten; siehe dazu Kapitel 4.5;

- Beteiligungsverfahren: wird nicht als inhaltlicher Punkt, sondern im Kontext der Umsetzung behandelt (siehe Kapitel 6.3).

### *Oberziele*

*Bevölkerung:* Gewährleistung einer hohen Lebensqualität in allen Lebensbereichen beziehungsweise Verbesserung der Lebensqualität dort, wo sie beeinträchtigt ist.

*Kultur:* Realisierung eines lebenswerten und sinnvollen Lebens beziehungsweise Stärkung kultureller Identität und Sinnhaftigkeit.

*Beides zusammen* führt als Synthese zum selbstbewussten Engagement und zur Verantwortung für den eigenen Lebensraum beziehungsweise die eigene Lebenswelt und seine nachhaltige Entwicklung (Kap. 6.3).

Der Bereich „Bevölkerung“ umfasst schwerpunktmäßig die Themenbereiche 1 – 6, der Bereich „Kultur“ die Themenbereiche 7 – 12; allerdings sind diese Bereiche nicht völlig eindeutig zuzuordnen und Nr. 5 steht zwischen beiden (Ausbildung fällt in den Bereich „Bevölkerung“, Bildung in den Bereich „Kultur“).

### *1. Räumliche Gerechtigkeit*

*Handlungsziel:* Erhalt und Stärkung der dezentralen Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen im Alpenraum, die wechselseitig direkt voneinander abhängig sind (ohne dezentrale Siedlungs- und Infrastruktur keine dezentralen Arbeitsplätze und umgekehrt), und zwar. als ausgewogenes und gleichberechtigtes Stadt-Land-Verhältnis (wichtig angesichts der aktuellen Tendenzen von Verstädterung und Entwertung des Landes) und als Sicherung des dezentralen Netzes von Klein- und Mittelstädten in den Alpen (wichtig angesichts des Strukturwandels der Alpenstädte).

#### *Teilziel 1: Dezentrale Siedlungs- und Infrastruktur*

1. *Wohnen:* Förderung sozialer Wohnungsbau, Eigenheimbau, Verbesserung Wohnqualität in bestehenden Bauten, jeweils in sozialverträglichen und ressourcenschonenden Formen (sparsamer Bodenverbrauch, Recycling von genutzten Flächen, baubiologische Renovierungen).

*Indikatoren:* Zahl Neubauten (Häuser/Wohnungen) im Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung, Bodenverbrauch/Wohneinheit, Angaben zur Wohnqualität (Ausstattung) aus der Wohnungsstatistik

2. *Wohnumfeld:* Gewährleistung einer sicheren und gesunden Naherholung im unmittelbaren Wohnumfeld.

*Indikatoren:* Anteil Grünflächen an Siedlungsfläche, Lärm- und Abgasbelastung im Siedlungsbereich

3. *Infrastrukturen:* Erhalt und Stärkung der dezentralen und oft zusammenbrechenden Infrastrukturen von Nahversorgung, öffentliche und private Dienstleistungen, Gesundheitswesen, Kinder-

/Jugendstrukturen, Altenbetreuung, Bildung Aus- und Weiterbildung, und zwar in neuen Formen (Funktions-Kombinationen in einem Geschäft/Büro/Gebäude sowie innovative Nutzung der neuen technischen Möglichkeiten)

*Indikatoren:* Anzahl Einrichtungen pro Gemeinde/Ort, Intensität der jeweiligen Nutzung (Anzahl Personen /Monat)

4. *Erreichbarkeit:* (Protokoll Verkehr): Verbesserung der dezentralen Erreichbarkeit im Siedlungsgebiet mit öffentlichen Verkehrsmitteln in neuen Formen (Rufbussystem, Sammeltaxis usw.) sowie der regionalen/überregionalen Erreichbarkeit (zum nächst gelegenen Unter-/Mittel-/Oberzentrum) mit öffentlichen Verkehrsmitteln

*Indikatoren:* Zahl Bus-/Bahnverbindungen pro Tag, Zahl beförderter Personen

5. *Soziale Netzwerke:* Aktivierung und Wiederaufwertung der traditionellen „Nachbarschaftshilfe“ und des „Gemeinwerkes“ (Gemeinschaftsarbeiten) in neuen Formen zur flexiblen, unbürokratischen Lösung von Infrastruktur- und Wohnproblemen, vor allem in dünn besiedelten Höhenlagen der Alpen.

*Indikatoren:* Zahl der nachbarschaftlichen Hilfeleistungen beziehungsweise der gemeinschaftlichen Arbeiten pro Jahr; Zahl der Teilnehmer pro Einsatz

#### *Teilziel 2: Dezentrale Wirtschaftsstruktur*

1. *Betriebe:* Erhalt und Förderung kleiner und mittlerer Betriebe (KMU)

*Indikatoren:* Zahl KMU an Gesamtzahl der Betriebe und Anteil Beschäftigte in ihnen

2. *Branchenstruktur:* Abbau beziehungsweise Vermeidung von wirtschaftlichen Monostrukturen durch gezielte Förderung einer diversifizierten Branchenstruktur.

*Indikator:* Sektoral- und Branchenstruktur

3. *Erwerbskombinationen:* Erleichterung und Förderung von Mehrfachbeschäftigungen und unterschiedlichsten Erwerbskombinationen, vor allem in dünn besiedelten Regionen mit wenig Vollzeit Arbeitsplätzen.

*Indikator:* Anteil Personen mit Erwerbskombinationen an Erwerbstätigen

4. *Regionale Wertschöpfung:* Stärkung der lokalen und regionalen Wertschöpfung durch die Verbesserung beziehungsweise den Auf- und Ausbau von regionalen Wertschöpfungsketten.

*Indikator:* Regionalwirtschaftliche Gesamtrechnung (neu aufzubauen)

5. *Integration:* Bessere Integration derjenigen Wirtschaftsbetriebe, die im Besitz von außeralpinen Eigentümern sind und die für einen außeralpinen Markt produzieren, in die alpinen Regionalwirtschaften mittels besserer Verflechtung bei der Lieferung von Vorprodukten, mittels besserer sozialer Verflechtung und mittels politischer Integration (Anpassung der Firmenphilosophie an die Ziele der nachhaltigen Regionalentwicklung).

*Indikator:* Anteil regionaler Vorbezug der Betriebe mit außeralpinen Eigentümern (neu aufzubauen)

6. *Kreatives Milieu:* Schaffung eines innovativen, kreativen Milieus einerseits durch hohe Lebensqualität, gute Ausbildung, hohe Identifikation mit dem eigenen Lebens- und Wirtschaftsraum und Leistungsbereitschaft, andererseits durch Förderung von innovativen Firmen/Branchen in sozial- und umweltverträglichen Formen.

*Indikatoren:* Neugründung/Ansiedlung von Firmen beziehungsweise von Firmen im Bereich „Forschung und Entwicklung“

## 2. Soziale Gerechtigkeit

*Handlungsziel:* Vermeidung beziehungsweise Reduzierung sozialer Ungleichheit in verschiedensten Formen, weil andernfalls eine aktive Mitgestaltung an der Regionalentwicklung und eine gemeinsame Verantwortung für den eigenen Lebens- und Wirtschaftsraum nicht realisiert werden können.

*Teilziele:*

1. Vermeidung von extremen Differenzen zwischen Arm und Reich.

*Indikator:* Einkommensverteilung auf regionaler Ebene

2. Kein Ausschluss von Personen-/Bevölkerungsgruppen oder von ethnischen, sprachlichen Gruppen von der Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Mitverantwortung.

*Indikator:* Anteil Personen von „Minderheiten“ an Führungspositionen in Wirtschaft und in der Politik

3. Gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen in das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben, vor allem auch im Bereich von Leitungs- und Führungsaufgaben; notfalls Veränderung des jeweiligen Anforderungsprofils, falls es eindeutig auf Männer zugeschnitten ist.

*Indikator:* Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen

4. Aufbau eines gleichberechtigten Dialogs zwischen den Generationen, der die Jugendlichen nicht benachteiligt (die oft wichtige Innovationen einbringen können) und der die Alten aktiv einbezieht (die oft über ein wichtiges Erfahrungswissen im Umgang mit der alpinen Umwelt und über eine gute Kenntnis der Tradition und Geschichte verfügen).

*Indikator:* Anteil Jugendliche und Alte an entsprechenden gesellschaftlichen und politischen Veranstaltungen/Aktivitäten

5. Aufbau eines gleichberechtigten Dialogs zwischen den verschiedenen Kulturen in wechselseitiger Akzeptanz und Bereicherung; dies betrifft nicht nur kulturelle oder sprachliche Minderheiten in den Alpen selbst, sondern genau so die Kulturen der ausländischen Arbeiter/Angestellten/Saisonarbeiter, der Flüchtlinge und Asylanten, die in den Alpen leben – dieser Teil der alpinen Realität darf nicht verdrängt oder ausgegrenzt werden, weil die damit verbundenen Probleme eine erhebliche Blockade für eine nachhaltige Entwicklung und ihr aktiver Einbezug eine erhebliche kulturelle Bereicherung bedeuten.

*Indikator:* Teilnahme von Minderheitenkulturen an öffentlichen Veranstaltungen

6. Aufbau und Förderung einer Solidarität der Bewohner im gesamten Alpenraum untereinander sowie einer Solidarität der Alpenbewohner mit der Bevölkerung Europas und der gesamten Welt; diese unterschiedlichen Formen der Solidarität sollen eine kollektive Forderung von einseitigen Vorteilen zu Lasten anderer Regionen (inner- oder außerhalb der Alpen) sowie eine kulturelle Abschottung der Alpen nach außen mit einer pauschalen Abwertung alles „Fremden“ verhindern.

*Indikator:* Wahlergebnisse von einschlägigen politischen Gruppierungen oder Parteien

### 3. Individuelle Chancengleichheit

*Handlungsziel:* Optimale persönliche Entfaltung auf der individuellen Ebene als Grundlage eines lebenswerten Lebens und als Voraussetzung für ein persönliches Engagement und für die Übernahme von Verantwortung für den eigenen Lebensraum.

*Teilziele:*

1. Gleiche Rechte beziehungsweise Gleichstellung aller Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Nationalität, Herkunft sowie unabhängig von kulturellen Werten, Lebensstilen, alternativen Lebensentwürfen (Basis dabei: wechselseitige Toleranz und Einbezug in die gemeinsame Lebensraumverantwortung) – in Wirtschaft, Gesellschaft und im politischen Leben.

*Indikator:* Anzahl von Klagen/Beschwerden wegen Missachtung der Gleichstellung vor einem zu definierenden regionalen Gremium

2. Stärkung und Förderung eines toleranten Zusammenlebens auf der Grundlage wechselseitiger persönlicher Achtung und Respektierung.

*Indikator:* Anzahl von persönlichen Konflikten/Streitfällen, die auf die Missachtung von Menschen mit anderer Hautfarbe, Kultur usw. zurück zu führen sind.

### 4. Sicherheit

*Handlungsziel:* Gewährleistung einer hohen Sicherheit in allen Lebensbereichen sowohl für das einzelne Individuum als auch für soziale Gruppen und für die Bevölkerung insgesamt, weil das Gefühl von Unsicherheit und Bedrohung die Lebensqualität mindert und alle Aktivitäten und die Übernahme von Verantwortung blockiert.

*Teilziele:*

1. Reduzierung der Straftaten und zwar einerseits der Eigentumsdelikte und andererseits Delikte auf der Basis von Fremdenfeindlichkeit.

*Indikator:* Anzahl von Straftaten

2. Reduzierung der Arbeitsunfälle, vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Haushalt

*Indikator:* Anzahl von Arbeitsunfällen

3. Reduzierung von Verkehrsunfällen, und zwar in den Bereichen Lokalverkehr, überregionaler Verkehr, touristischer Verkehr, gewerblicher Verkehr mit Ziel- oder Quellort Alpen und Transitverkehr (in Zusammenarbeit mit Verkehrsprotokoll).

*Indikator:* Anzahl von Verkehrsunfällen, Anzahl betroffener beziehungsweise getöteter Personen

4. Reduzierung von Umwelt-Belastungen durch Unfälle (Betriebs- und Verkehrsunfälle)

*Indikator:* Anzahl von Unfällen mit Umweltbelastung

5. Reduzierung der ökologischen Gefährdung von Siedlungen, Infrastrukturen und Wirtschaftsstandorten (in enger Verbindung mit Protokoll „Naturschutz und Landschaftspflege“)

Indikator: Anzahl von Gebäuden/Infrastrukturen in gefährdeter Lage

## 5. Gesundheit

*Handlungsziel:* Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen und dezentral-flächenhaft strukturierten Gesundheitswesens als wichtiger Bestandteil heutiger Lebensqualität (Leitindikator: Lebenserwartung).

*Teilziele:*

1. Neugestaltung der medizinischen Grundversorgung in dünn besiedelten und in schlecht erreichbaren Gebieten mittels funktionalen Kooperationen und der Nutzung neuer technischer Möglichkeiten.

*Indikator:* Verteilung der entsprechenden medizinischen Einrichtungen im Siedlungsraum

2. Erhalt und Stärkung der spezialisierten medizinischen Einrichtungen in den Kleinstädten und in den kleinen Zentren der Alpen als „Knotenpunkte“ zur Versorgung des ländlichen Raumes.

*Indikator:* Verteilung und Zahl der entsprechenden Einrichtungen

3. Aufwertung der hochspezialisierten medizinischen Einrichtungen in den Großstädten der Alpen mit bewusster und spezifischer Verantwortung für die medizinische Versorgung der umliegenden Alpenregionen.

*Indikator:* Noch zu entwickeln

## 6. Bildung und Ausbildung

*Handlungsziel:* Gewährleistung eines guten und dezentralen Ausbildungssystems (incl. Weiterbildung) als ein zentraler Faktor für die Aufrechterhaltung einer dezentralen Siedlungsstruktur, einer hohen Lebensqualität und einer positiven Wirtschaftsentwicklung sowie Stärkung und Förderung der persönlichen Bildung als Beitrag zur aktiven Auseinandersetzung mit den heutigen Problemen und Herausforderungen der Welt auf allen Maßstabsebenen.

*Teilziele:*

1. Stärkung und Förderung der Pflichtschulen, vor allem in dünn besiedelten und schlecht erreichbaren Gebieten; dazu ist es häufig notwendig, neue Formen zu entwickeln, um den Herausforderungen innovativ zu begegnen (Pilotprojekte).

*Indikator:* Anzahl und räumliche Verteilung der Grundschulen mit Zahl der Schüler

2. Stärkung und Förderung der weiterführenden Schulen und der fachlichen beziehungsweise beruflichen Ausbildungsstätten in möglichst dezentralen Strukturen unter Nutzung der neuen technischen Möglichkeiten und der Form der Fernstudien; auch hier sind oft neue Formen erforderlich.

*Indikator:* Anzahl und räumliche Verteilung der entsprechenden Ausbildungsstätten und Anteil Bevölkerung mit entsprechendem Schulabschluss

3. Bewusste Neugründung/Erweiterungen von Fachhochschulen und Universitäten im Alpenraum anstatt in den außeralpinen Städten in der Nähe des Alpenrandes zur Aufwertung der Alpen im Bildungs-/Ausbildungsbereich.

*Indikator:* Anzahl und räumliche Verteilung der Fachhochschulen/Universitäten im alpinen und perialpinen Raum und Anteil Bevölkerung in den Alpen mit Fachhochschul-/Universitätsabschluss

4. Stärkung und Ausbau von alpenspezifischen Aspekten auf allen Ausbildungsstufen (von der Grundschule bis zur Universität), um die Kenntnis des eigenen Lebensraumes zu vertiefen (Basis für Wahrnehmung von Verantwortung) und bewusster Einbezug aller Ausbildungsstätten (von der Grundschule bis zur Universität) in die gesellschaftspolitische Nachhaltigkeitsdiskussion.

*Indikator:* noch zu entwickeln (evtl. Schul- und Universitätsprojekte zur nachhaltigen Entwicklung von Alpenregionen)

5. Einrichtung beziehungsweise Aufwertung von Bildungszentren mit alpenspezifischer Ausrichtung und einem Angebot in den Bereichen Kultur, Geschichte, Umwelt, Naturschutz, Wirtschaft usw. (Erlebnis-Pädagogik, Angebot von Aktivitäten und Aktionen).

*Indikator:* Anzahl von Bildungszentren, Zahl angebotener Kurse, Veranstaltungen, Aktionen und Zahl Teilnehmer daran

### 7. Geistig-kulturelle Auseinandersetzung

*Handlungsziel:* Aktivierung, Förderung und Stärkung aller Formen der geistigen und kulturellen Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft, um einen eigenen – persönlichen und gemeinschaftlichen – Standpunkt zum Verständnis der Welt zu entwickeln und um dem eigenen Handeln einen Sinn zu geben. Dies betrifft besonders die aktive Auseinandersetzung mit der globalen, europäischen und nationalen Entwicklung in bewusster Bezugnahme auf die alpenspezifische Entwicklung, Geschichte, Tradition und auf die alpine Umwelt.

#### *Teilziele:*

1. Stärkung, Unterstützung und Ausbau aller Formen der Hochkultur im Alpenraum (Theater, Literatur, Kunst, Musik, Tanz, Ballett, Wissenschaft, Religion usw.) in umweltverträglichen Formen und Förderung ihrer expliziten Auseinandersetzung mit „den Alpen“.

*Indikator:* Anzahl und räumliche Verteilung der einschlägigen Aufführungen und Zahl der Teilnehmer

2. Stärkung, Unterstützung und Ausbau aller Formen der Volkskultur und der populären oder Massenkultur (Volksmusik, Unterhaltungsmusik, Comic, Film, Musical, Literatur, Feste, Bräuche usw.) in dezentralen und umweltverträglichen Formen und Förderung ihrer expliziten Auseinandersetzung mit „den Alpen“.

*Indikator:* Anzahl und räumliche Verteilung der einschlägigen Ereignisse und Zahl der Teilnehmer

3. Stärkung und Aufwertung der „Heimatsforschung“ in Form von „Geschichts- und Kulturwerkstätten“, in denen Laien in Zusammenarbeit mit Experten und Wissenschaftlern die spezifische Geschichte und Entwicklung „ihrer“ Region aufarbeiten.

*Indikator:* Anzahl solcher Projekte

4. Aufwertung der zahlreichen großen und kleinen Museen im Alpenraum als Stätten der lebendigen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit zum besseren Gegenwartsverständnis.

*Indikator:* Anzahl der Sonderausstellungen und Sonderveranstaltungen der Museen und Zahl der Teilnehmer

## 8. Sprachliche Vielfalt

*Handlungsziel:* Förderung und Stärkung der sprachlichen Vielfalt im Alpenraum als aktive Interpretation und Gestaltung von Welt.

*Teilziele:*

1. Förderung und Stärkung der Minderheitssprachen im Alpenraum durch Archivierung/Dokumentierung, durch Unterstützung ihrer Publikationen und ihrer Radio- /Fernsehsendungen, durch Förderung von Übersetzungen (wechselseitig), sowie durch die Unterstützung einer lebendigen Weiterentwicklung dieser Sprachen (gegen Musealisierung).

*Indikator:* Zahl Publikationen, Radio-TV-Sendungen

2. Förderung und Stärkung der regionalen und lokalen Dialekte in den Alpen als gleichwertige Kommunikationsform.

*Indikator:* Zahl der Dialektsprecher

3. Aufwertung und Förderung der Mehrsprachigkeit im Alpenraum (siehe dazu Kapitel 5.3).

*Indikator:* Zahl der mehrsprachigen Veranstaltungen, Publikationen, Radio-TV-Sendungen

4. Aufnahme und Berücksichtigung der „fremden“ Sprachen (Gastarbeiter, Asylanten usw.) im Kontext der alpinen Mehrsprachigkeit im Verhältnis zur Zahl der Personen, die diese Sprache in einer Alpenregion sprechen.

*Indikator:* Anteil der allgemeinen Informationen/Veröffentlichungen in der jeweiligen Fremdsprache

## 9. Bauwerke als Symbole kultureller Identität

*Handlungsziel:* Archäologische Stätten, historische Bauwerke, Gebäude, Siedlungsstrukturen und gebaute Infrastrukturen (Wasserleitungen, Weganlagen, Brücken) sowie Neubauten aller Art sind als Symbole der Tradition und Gegenwart und als Ausdruck kultureller Identität so zu gestalten und so zu nutzen, dass sie eine lebendige Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Zukunft ermöglichen, fördern und manchmal auch aktiv provozieren (gegen ihre Entwertung durch eine unpassende Bebauung der unmittelbaren Umgebung, gegen eine sterile Musealisierung).

nung und für eine lebendige Auseinandersetzung mit neuen Entwürfen in bewusster Auseinandersetzung mit der lokalen Tradition).

*Teilziele:*

1. Wohngebäude (Neubauten): Realisierung eines zeitgemäßen, modernen Wohnstandards in umweltgerechter Form mit bewusstem Bezug zur Tradition, aber in neuen Formen (keine Musealisierung, aber auch keine Übernahme außeralpiner Standardformen)

*Indikator:* Preise für neues Bauen in den Alpen

2. Wirtschaftsgebäude (Neubauten von Ställen, Scheunen, Hotels, gewerblichen Gebäuden): Keine Vortäuschung von falschen, musealen Funktionen, funktionale Gestaltung in Auseinandersetzung mit den traditionellen Materialien und Formen in umweltgerechter Art und Weise

*Indikator:* Preise für neues Bauen in den Alpen

3. Gebäude mit besonderen Funktionen (Neubauten öffentlicher Gebäude wie Rathäuser, Schulen): Wegen ihrer herausragenden Bedeutung und Vorbildwirkung ist hier ihre Gestaltung ganz besonders wichtig; sie sollte im Rahmen einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung und Diskussion sorgfältig erarbeitet werden.

*Indikator:* Öffentliche Diskussion um kommunale Neubauten

4. Museale Gebäude: Über den bloßen Erhalt dieser Gebäude hinaus ist es besonders wichtig, dass die Umgebung in respektvoller Auseinandersetzung mit diesen Bauwerken gestaltet wird und dass sie in das öffentliche Leben aktiv eingebunden werden und nicht abseits stehen.

*Indikator:* Wettbewerbe für Gestaltung von Bau-Ensembles

5. Gebaute Elemente in der Landschaft: Archäologische Bodendenkmäler, historische Weganlagen, religiöse Plätze, Bergwerkshalden, Siedlungsrelikte, die häufig eine moderne Landnutzung stören, sollten möglichst erhalten und auf verträgliche Weise neu genutzt werden, um die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit lebendig zu halten.

*Indikator:* Zahl der vor Zerstörung bewahrten und aufgewerteten Bodendenkmäler

## *10. Vereine und Interessengruppen aller Art*

*Handlungsziel:* Förderung und Stärkung von Gruppen aller Art als eigenverantwortliche und dezentrale Form der Gestaltung des eigenen Lebensraumes; dies betrifft einmal alle traditionellen Gruppen (Bereich Volkskultur, Brauchtum, Traditionspflege) und zum anderen alle neuen Gruppen, die in irgend einem Zusammenhang mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung stehen (Selbst-, nicht Fremddefinition als Basis).

*Teilziele:*

1. Schaffung positiver Rahmenbedingungen für diese Gruppen (Nutzung von Räumen in öffentlichen Gebäuden, Unterstützung mit bestimmten Materialien und Dienstleistungen durch die öffentliche Verwaltung).

*Indikator:* Zahl der Vereine und Gruppen, Mitgliederzahlen

2. Stärkung der Bedeutung dieser Gruppen durch Förderung ihres öffentlichen Auftretens und ihrer Mitwirkung bei verschiedensten öffentlichen Anlässen.

*Indikator:* Anzahl öffentlicher Auftritte

3. Förderung des inner- und überregionalen und alpenweiten Austauschs zwischen diesen Gruppen in Form von gegenseitigen Besuchen und der gemeinsamen Durchführung von Festveranstaltungen, Tagungen, Wettbewerben usw.

*Indikator:* Zahl der einschlägigen Aktivitäten

### *11. Sportliche Aktivitäten*

*Handlungsziel:* Gewährleistung und Stärkung von sportlichen Aktivitäten als sinnvolle Tätigkeit, als Gesundheitsprävention und als aktive Auseinandersetzung mit der alpinen Umwelt und von sportlichen (Groß-) Ereignissen als Identifikatoren mit der Austragungsregion.

*Teilziele:*

1. Förderung des Breitensports als sinnvolle Freizeitaktivität, als Gesundheitsprävention und ganz besonders als aktive Auseinandersetzung mit der alpinen Umwelt, und zwar als Unterstützung von Sportvereinen, wenig organisierter Sportgruppen und von Veranstaltungen für ein breites Publikum und zwar jeweils in umweltverträglicher Form.

*Indikator:* Anzahl Sportvereine und Zahl Mitglieder, Zahl Veranstaltungen mit Teilnehmerzahlen

2. Stärkung des Profisports im Alpenraum und vor allem der Profi-Mannschaften mit großem Publikumsinteresse (Fußball, Eishockey) wegen ihres hohen Stellenwertes für die regionale Identität sowie Ausrichtung von alpenweiten Turnieren, Wettbewerben und langfristig Aufbau einer Alpen-Liga im Eishockey zur Förderung einer gesamtalpinen Identität.

*Indikator:* Anzahl von Mannschaften aus dem Alpenraum, die in den nationalen Profi-Ligen spielen.

3. Förderung von sportlichen (Groß-) Ereignissen in sozial- und umweltverträglicher Gestaltung und Durchführung mit gezielter Verbesserung des Bezugs zur austragenden Alpenregion als Stärkung alpiner Identität und als Aufwertung des Alpenraumes nach außen.

*Indikator:* Anzahl von sportlichen (Groß-) Ereignissen, die diese Kriterien erfüllen.

### *12. Ess- und Trinkkultur*

*Handlungsziel:* Aufwertung der Ess- und Trinkkultur als bewusste, stark emotional besetzte Form der Regionalkultur.

*Teilziele:*

1. Wahrnehmung von persönlichen Verhaltensweisen im Bereich Essen/Trinken als wichtiger Teil der Alltagskultur und seine aktive Gestaltung als innovative Regionalkultur.

*Indikator:* Zahl Veranstaltungen und Publikationen zum Thema regionale Ess-/Trinkkultur

2. Aufwertung von traditionellen, regionstypischen Nahrungsmitteln, Getränken, Verarbeitungs- und Zubereitungsformen/Gerichten beziehungsweise Neuschaffung von Qualitätsprodukten aus lokalen/regionalen Rohstoffen und Kreation neuer Gerichte zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten, zur Gesundheitsprävention und zur Förderung regionaler Identität.

*Indikator:* Anzahl alter und neuer Qualitätsprodukte aus der Region beziehungsweise Anteil am Branchenumsatz

3. Aufwertung der Ess- und Trinkkultur als innovativer, kreativer Prozess, der sich weder der Vergangenheit unterwirft (Musealisierung) noch alles Fremde negiert (Abschottung), sondern der eine weltoffene regionale Identität stärkt, die bewusst auch neue und fremde Elemente aufnimmt und integriert.

*Indikator:* Anteil neuer Produkte an regionalen Qualitätsprodukten

Wie ist es jetzt möglich, diese zwölf Bereiche mit ihren zahlreichen Teilzielen und Indikatoren so miteinander zu verbinden, dass sie ein Gesamtsystem ergeben? Aus grundsätzlichen Überlegungen heraus ist es nicht möglich, die einzelnen Bereiche zu einem Gesamtindikator zusammen zu fassen. Deshalb bietet sich das Modell der sogenannten „Nachhaltigkeitsspinne“ (Blach/Irmen 1999, Irmen 2001) an: Alle Teilziele beziehungsweise Indikatoren werden auf einem Kreis als Kreissegmente beziehungsweise als radiale Linien eingetragen, wobei der Kreismittelpunkt als „stärker nachhaltig“ und der äußere Rand als „weniger nachhaltig“ definiert sind und eine Skalierung bewusst vermieden wird, um den direkten Vergleich unvergleichbarer Bereiche zu verhindern. Auf diese Weise ergibt sich ein „Gesamtbild“ aller Nachhaltigkeitsbereiche und -indikatoren, das „auf Tendenzen und auf Konfliktsituationen aufmerksam macht“ (Irmen 2001, S. 11), ohne zu stark zu generalisieren.

Noch wichtiger als dieses Status-Quo-Gesamtbild ist aber dann seine dynamische Fortschreibung in regelmäßigen Abständen. Dabei wird die neue Situation auf der gleichen Nachhaltigkeitsspinne mit einer anderen Farbe eingetragen. Dies ermöglicht es, negative und positive Abweichungen vom Ausgangszeitpunkt gut und einfach zu erfassen und daraus prioritäre Handlungsfelder für die nachhaltige Entwicklung abzuleiten.

## 6.2. Regionsspezifische Ausdifferenzierung der zwölf Themenfelder

Die sehr unterschiedlichen Verhältnisse im Alpenraum führen dazu, dass in manchen Regionen bestimmte Themenfelder wenig Probleme machen, während in anderen Themenfeldern ein ausgesprochen großer Handlungsbedarf besteht. Daher muss sich die jeweilige Gewichtung der zwölf Themenfelder und die Festlegung von prioritären Maßnahmen von Region zu Region unterscheiden.

Da allerdings die regionale Vielfalt im Alpenraum nicht unendlich groß ist, sondern durch den ablaufenden Strukturwandel stark geprägt wird, lässt sie sich zu bestimmten „Typen“ zusammenfassen. Diese sind hinsichtlich der Aufgabe der nachhaltigen Entwicklung jeweils durch spezifische Problemkonstellationen und spezifische Möglichkeiten charakterisiert, die ähnliche Problemlösungsstrategien sinnvoll machen. Erst diese „regionsspezifische Ausdifferenzierung“ der Handlungsziele von Abschnitt 6.1 ermöglicht eine nachhaltige Entwicklung des gesamten Alpenraumes.

Die Analyse des ablaufenden Strukturwandels in Kapitel 2 hatte bereits wichtige Aspekte für eine solche Typisierung aufgezeigt. Allerdings ist das Instrument der Typisierung nur dann sinnvoll zu verwenden und gezielt einzusetzen, wenn es sehr genau auf das zu lösende Problem zugeschnitten ist. Deshalb ist es wenig effektiv, für die gesamte Alpenkonvention nur eine einzige Typisierung zu verwenden, sondern sie sollte auf die unterschiedlichen Protokolle jeweils spezifisch zugeschnitten werden.

Der folgende Typisierungsvorschlag bezieht sich auf die inhaltlichen Anforderungen des Protokolls „Bevölkerung und Kultur“ und müsste für andere Protokolle evtl. modifiziert werden.

Die Leitidee dieser Typisierung besteht darin, dass zwischen städtischen und ländlichen Regionen sehr große Unterschiede bei den Themen „Bevölkerung“ und „Kultur“ bestehen, die sich folgendermaßen skizzieren lassen (die Vorteile/Nachteile sind lediglich als Hypothesen zu verstehen, die für konkrete Regionen durchaus auch falsifiziert werden können):

*1. Städtische Regionen* (jeweils Kernstadt mit suburban geprägtem Umland = Stadtreion):

*Indikator:* Kernstadt mit mindestens 10.000 Einwohnern/5.000 Arbeitsplätzen plus Pendlerinzugsgebiet nach modifizierter Definition von INSEE auf Gemeindeebene abgegrenzt (siehe Perlik 2001 mit alpenweiter Auswertung für 1990) oder Dichte-Indikator der OECD mit Auswertung auf zwei Maßstabsebenen (siehe Bätzing/Bolliger/Perlik 1997 mit alpenweiter Auswertung für 1990).

*Vorteile:* Gute Ausstattung mit Infrastrukturen aller Art in guter Erreichbarkeit, zahlreiche kulturelle Einrichtungen/Institutionen, hohe kulturelle Dichte und Diversität, Toleranz, ausgeprägte städtische Identität

*Nachteile:* Gewisse Infrastrukturprobleme und vor allem hohe Kosten durch die sehr langgezogenen Siedlungsbänder in den Tallagen der Alpen (Benachteiligung gegenüber den außeralpinen Städten), erhebliche Probleme durch Zersiedlung und Verkehr für Umwelt, Lebens- und Wohnqualität, unverbindliches Nebeneinander von Kulturen, Anonymität und Vereinzelung, geringer

Bezug zur alpinen Umwelt und zum Alpenraum, wenig Verantwortung für das ländliche „Hinterland“ und deutliche kulturelle Orientierung an den außeralpinen Großstädten

## 2. Ländliche Regionen:

*Indikator:* wie bei den städtischen Regionen

*Vorteile:* Noch relativ starker Traditionsbezug, Existenz sozialer Netzwerke (Nachbarschaftshilfe), ausgeprägte Beziehung zur alpinen Umwelt, alpenspezifische Regionalidentitäten

*Nachteile:* Grundsätzliche, strukturelle Benachteiligung des ländlichen Raumes durch die hoch arbeitsteilig/funktionsteilig ausgebildeten Infrastrukturen der Industrie/Dienstleistungsgesellschaft (Spezialisierung in städtischen Knotenpunkten), besonders in dünn besiedelten und schlecht erreichbaren Alpenräumen und in Räumen mit disperser traditioneller Siedlungsstruktur, deren Existenz als Lebens- und Wirtschaftsraum dadurch gefährdet wird.

Diese einfache Zweiteilung muss aber weiter ausdifferenziert werden, um realitätsnahe Problemlösungen zu ermöglichen. Dies wäre z.B. auf folgende Weise möglich:

### 1. Städtische Regionen:

#### 1.1. Großstadregionen:

*Indikator:* Kernstadt größer als 80.000 Einwohner

Spezifische Vorteile durch Größe, spezifische Nachteile durch oft ungenügenden Alpenbezug

*Handlungsziel:* Position in Europa sichern, Alpenbezug stärken

#### 1.2. Klein- und Mittelstadregionen:

*Indikator:* Kernstadt 10.000 bis 80.000 Einwohner

Spezifische Herausforderung durch Prozess der „Vervorstädterung“ und Entwertung der zentralörtlichen Funktion für ihr Umland, Vorteile durch ausgeprägten Umland- und Alpenbezug

*Handlungsziel:* Zentralörtliche Funktion und Bedeutung für alpines Umland dauerhaft sichern.

#### 1.3. Alpine Wohnregionen außeralpiner Agglomerationen:

*Indikator:* Pendlerverflechtung auf Gemeindeebene nach Perlik 2001 oder Definition „Auspendlerregion“ am Alpenrand nach Bätzing/Messerli/Perlik 1995

Spezifische Vorteile durch räumliche Nähe zur Großstadt, aber dadurch auch sehr große Abhängigkeiten.

*Handlungsziel:* Eigenständigkeit stärken und Alpenbezug ausbauen.

#### 1.4. Tourismusregionen:

*Indikator:* Regionen, die durch Gemeinden mit touristischer Monostruktur (Definition: Verhältnis Betten/Einwohner größer als 0,5, siehe Bätzing/Perlik 1995) dominiert sind.

Vorteile durch zahlreiche Arbeitsplätze, Infrastrukturen, Freizeitangebote, Nachteile durch wirtschaftliche Monostruktur, Saisonalität, starke soziale und kulturelle Gegensätze.

*Handlungsziel:* Stärkung Umweltverantwortung und kulturelle Identität (nicht als Inszenierung für Tourismus)

#### *1.5. Städtische Industriegebiete:*

*Indikator:* Teilmenge von 1.2. mit einem Anteil der Erwerbstätigen am II. Sektor, der 30 % über dem alpenweiten Durchschnitt liegt.

Zentrales Problem ist hier die Bewältigung des industriellen Strukturwandels und seiner kulturellen Folgen.

*Handlungsziel:* Wirtschaftsstandort auf neue Weise stärken und dabei den hohen Ausbildungsgrad der Bevölkerung gezielt nutzen und produktive kulturelle Verarbeitung der Wirtschaftskrise initiieren.

## *2. Ländliche Regionen:*

### *2.1. Zentrennahe ländliche Regionen:*

*Indikator:* Räumliche Nähe zur nächsten Stadtregion plus signifikanter Anstieg der Zahlen der Zuzügler und der Auspendler in den letzten zehn Jahren.

Vorteile durch Zentrennähe und ökonomische/demographische Aufwertung, Nachteile durch exogene Überprägung, Zersiedlung, steigende Nutzungskonkurrenzen, Verkehr.

*Handlungsziel:* Erhalt und Stärkung der Region als eigenständiger ländlicher Raum mit eigener Identität.

### *2.2. Zentrenferne ländliche Regionen:*

*Indikator:* Größere Entfernung zur nächsten Stadtregion und kein Anstieg von Zuzüglern/Auspendlern

Je nach wirtschaftlicher Situation (agrartouristische Regionen, gewerblich-industrielle Regionen, Regionen ohne dominante Wirtschaftsstruktur) sind die Probleme von Bevölkerung und Kultur unterschiedlich ausgeprägt; gemeinsam ist ihnen eine schwierige Situation bei allen Infrastrukturen und Ansätze zur Erstarrung im kulturellen Bereich.

*Handlungsziel:* Erhalt beziehungsweise Stärkung dieser Regionen als gleichwertige Lebens- und Wirtschaftsräume mit einer lebendigen und dynamischen Kultur.

### *2.3. Entsiedlungsregionen:*

*Indikator:* Bevölkerungsrückgang von 1870 bis heute ohne signifikanten Trendbruch in jüngster Zeit.

Das zentrale Problem ist hier der Zusammenbruch von Wirtschaft, dezentraler Besiedlung und regionaler Kultur, große Potentialitäten liegen jedoch im Bereich Umwelt und traditionelle landwirtschaftliche Ressourcen.

*Handlungsziel:* Wiederaufwertung dieser Regionen als Lebens- und Wirtschaftsräume in neuen umweltangepassten und innovationsfähigen Formen und Strukturen, bewusste Dynamisierung der erstarrten Kultur, um diesem wichtigen kulturellen Erbe in neuen Formen eine Zukunft zu geben.

### 6.3. Beteiligungsverfahren und Stärkung von räumlicher Identität und Lebensraumverantwortung

Auf *jeder* räumlichen Ebene der Alpen – angefangen beim kleinen Weiler oder einer Hofgruppe im Streusiedlungsgebiet bis hin zum gesamten Alpenraum – stellt sich die Leitfrage der nachhaltigen Entwicklung. Da diese Frage aber nur positiv beantwortet werden kann, wenn dabei neben den politischen Verantwortungsträgern und den Experten auch die direkt Betroffenen, also die Bevölkerung, aktiv und gleichberechtigt einbezogen werden, erhält diese Frage die folgende Form: „*Welche* Entwicklung, die den Grundprinzipien der Nachhaltigkeit verpflichtet ist, wollen wir?“ Inhaltlich geht es dabei um die Ausbildung einer gemeinsamen Verantwortung für den eigenen Lebensraum, also um die konkrete Ausgestaltung und Gewichtung der Handlungsziele der zwölf Themenbereiche (Kapitel 6.1), ihre regionsspezifische Ausdifferenzierung (Kapitel 6.2) sowie die Berücksichtigung von lokalen oder regionalen „Sonderfällen“ (singuläre Umweltsituation, Geschichte, Tradition, Wirtschaftsstruktur etc.) in Form eines in sich stimmigen, integrativen Gesamtkonzeptes.

Die Frage, wie es möglich ist, bei diesem komplexen und komplizierten Prozess die Betroffenen einzubeziehen, wird gegenwärtig intensiv am Beispiel der Lokale-Agenda-21-Gruppen in Deutschland diskutiert. Dabei macht es den Eindruck (siehe die Indikatorenkataloge zur sozialen Nachhaltigkeit im Literaturverzeichnis, Stipproweit 2001 sowie die geführten Fachgespräche in dieser Thematik), dass hier ausgeprägte Konflikte entweder fehlen oder nicht wahrgenommen werden, so dass die einschlägige Literatur relativ „harmonistisch“ ausfällt.

Da aber bei der aktiven und gleichberechtigten Einbeziehung der Bevölkerung bei den Grundsatzfragen der zukünftigen Entwicklung sehr wahrscheinlich schwerste Interessenkonflikte auftreten dürften, ist es notwendig, dafür ein Instrumentarium bereit zu stellen. Deshalb wird auf die Erfahrungen mit der Erarbeitung von „Gemeindeleitbildern“ im Alpenraum in den späten 1980er Jahren (Bätzing 1991, S. 235) sowie vor allem mit „touristischen Leitbildern“ im Land Tirol (Haimayer 1992 und 1992a) zurück gegriffen, bei denen Konfliktbewältigungsstrategien eine zentrale Rolle spielen.

Diese Erfahrungen lassen sich in drei Punkten zusammen fassen:

1. Zu Beginn dieses Prozesses braucht es externe Moderatoren oder Experten, die die Aufgabe haben, die lokalen oder regionalen Machtstrukturen aufzubrechen, damit abweichende Meinungen überhaupt geäußert werden können und ernst genommen werden.

2. In der zweiten Phase ist es sehr wichtig, dass die Spezialisten oder Experten nicht anwesend sind, damit die Betroffenen ihre Diskussion frei entfalten können und nicht sofort durch den Verweis auf „Sachzwänge“ oder „Unmöglichkeiten“ eingeengt werden.

3. Sobald qualitative Leitideen vorliegen, d.h. ausdiskutiert worden sind, beginnt die dritte Phase, nämlich die konkrete Umsetzung der Leitideen in politische und sonstige Maßnahmen. Für diese Aufgabe ist die Mitarbeit verschiedenster Fachexperten dringend erforderlich, weil die Sach- und Fachpolitiken heute so kompliziert geworden sind, dass Laien damit überfordert sind.

Wenn diese Erfahrungen von vornherein berücksichtigt werden, dann könnten solche Beteiligungsprozesse positiv gestaltet werden. Es ist aber auf jeden Fall sinnvoll, eine Streitbeilegungs-Instanz zu schaffen, an die sich die streitenden Parteien wenden können, wenn sie unter sich keine Einigung erzielen.

Die nächste Frage, die in diesem Zusammenhang zu klären ist, ist die Frage der räumlichen Ebene, auf der die Probleme von Bevölkerung und Kultur *prioritär* anzugehen sind.

Die Berggebietspolitiken in fast allen Staaten mit Alpenanteil favorisieren als zentrale politische Handlungsebene die „Region“ im Sinne einer Talschaft (siehe die einzelnen Beiträge in Bätzing/Messerli 1991), dies trifft auch für die Themen Bevölkerung und Kultur zu: Auf Grund funktionaler Verflechtungen (Wohnen und Arbeiten in verschiedenen Gemeinden) sind die Probleme der dezentralen Infrastrukturausstattung heute nicht mehr auf Gemeindeebene sinnvoll zu lösen und im kulturellen Bereich ist der traditionelle Gemeindeegoismus (Kirchturmdenken oder campanilismo) ein zentrales Element der kulturellen Erstarrung. Die Region im Sinne einer Talschaft stellt dagegen häufig einen Raum dar, der durch gemeinsame Umweltbedingungen geprägt ist, der oft eine gemeinsame Geschichte sowie eine gewachsene regionale Identität aufweist, der funktional stark untereinander verflochten ist und der daher diejenige dezentrale Raumeinheit darstellt, für die eine gemeinsame Umweltverantwortung sowie eine lebendige kulturelle Identität *prioritär* aufgebaut werden sollte.

Dies betrifft in den Alpen folgende politische Strukturen:

*Italien:* Comunità montana

*Schweiz:* IHG-Regionen (IHG: Investitionshilfegesetz für die Berggebiete beziehungsweise régions LIM, regioni LIM)

In beiden Staaten wurde diese Ebene mit dem Berggebietsgesetz jeweils neu aufgebaut. Die Strukturen für eine nachhaltige Regionalentwicklung sind nahezu vollständig vorhanden und es liegen darüber zahlreiche Erfahrungen vor, die gezielt ausgewertet werden sollten.

*Frankreich:* pays. Diese neue politische Struktur zwischen Arrondissement und Canton wurde in den 1990er Jahren neu geschaffen mit einer vergleichbaren Zielsetzung wie in Italien.

*Österreich:* Planungsregionen der Raumordnungsgesetze der einzelnen Bundesländer. Die Situation ist unübersichtlich, weil jedes Bundesland dabei etwas anders vorgeht. Grundsätzlich gibt es jedoch erhebliche Schwierigkeiten, diese Planungsregionen einzurichten, weil sich die Gemeinden aus Angst vor Kompetenzverlust dagegen wehren (besonders stark in touristischen Regionen ausgeprägt).

*Deutschland:* Landkreise. Diese Struktur ist nicht auf die alpenspezifischen Herausforderungen und Probleme ausgerichtet.

*Slowenien:* Wegen der tiefgreifenden Gemeindereform der 1990er Jahre und dem derzeit diskutierten Neuaufbau von Regionen können hier noch keine Aussagen gemacht werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die einzelnen nationalen Erfahrungen in den anderen Staaten breit diskutiert werden sollten, weil die Problemstellungen jeweils ähnlich sind. Es geht dabei nicht um eine Harmonisierung dieser Politikstrukturen, sondern um einen Erfahrungsaustausch in relevanten neuen Politikfeldern, der heute praktisch nicht entfaltet ist.

Alle genannten politischen Einheiten werden durch Felsgrate, Bergkämme und Pässe begrenzt und besitzen einen Talraum als Kerngebiet. Es entwickeln sich aber derzeit im Alpenraum parallel dazu auch andere Raumstrukturen, denen gerade in Hinblick auf eine gemeinsame Umweltverantwortung ein wichtiger Stellenwert zukommen könnte, nämlich die sogenannten „Schutzgebiete“ (Nationalparks, Naturparks, Regionalparks u.ä.). Bei ihnen bildet in der Regel ein Gebirgsmassiv den Kernraum und die Siedlungen beziehungsweise Gemeinden in der „Außenzone“ liegen am Rand dieser Raumeinheiten, die oft politische Grenzen übergreifen (Nationalpark Hohe Tauern z.B. Salzburg, Kärnten, Tirol). Seit einigen Jahren haben diese Schutzgebiete ihre kulturelle Arbeit intensiviert, sie engagieren sich derzeit stark für den Aufbau einer gemeinsamen Umweltverantwortung in der Region und sie arbeiten seit 1995 im „Netzwerk alpiner Schutzgebiete“ (mit einer Kultur-Arbeitsgruppe) alpenweit zusammen.

Es erscheint als sinnvoll, im Rahmen der hier diskutierten Umsetzungsfragen auch die Schutzgebiete aktiv einzubeziehen, um eine regionale Umweltverantwortung und eine nachhaltige Regionalentwicklung im Alpenraum zu fördern. Die Raumeinheiten von „Talschaften“ und „Schutzgebieten“ überlagern sich zwar wechselseitig, aber sie verfügen jeweils über unter-

schiedliche Schwerpunkte und Gewichtungen, die sich komplementär ergänzen und die daher die regionale Ebene bereichern.

Diese Talschaften und Schutzgebiete sind also als „regionale“ Ebene – da in Frankreich („région“) und Italien („regione“) Regionen sehr groß sind, sollte man besser von der Ebene der „Mikroregion“ sprechen – die prioritäre Ebene für Umsetzungsmaßnahmen des Protokolls „Bevölkerung und Kultur“ und für den Aufbau einer dezentral strukturierten Verantwortung für den eigenen Lebensraum. Das bedeutet aber keinesfalls, dass alle anderen politischen Ebenen damit unwichtig wären – ganz im Gegenteil: Die genannten Partizipationsprozesse müssen auf allen sechs politischen Ebenen ablaufen (siehe dazu Bätzing 1991, S. 235-239).

1. Die unterste Ebene im Alpenraum ist in der Regel die Gemeinde, in der auf partizipative Weise „Gemeindeleitbilder“ zu entwickeln sind. In großen Gemeinden oder in Gemeinden mit mehreren Siedlungskernen kann es sinnvoll sein, auch für Teilbereiche der Gemeinde – Weiler, Gruppen von Einzelhöfen mit ihrer Flur bis hin zu den Almen und zum Ödland – solche Leitbildprozesse zu entwickeln und die Ergebnisse dann ins Gemeindeleitbild zu integrieren.
2. Ebene der Mikroregion (bereits behandelt)
3. Ebene der provincia (Italien), des départements (Frankreich), der Planungsregion (Bayern); im übrigen Alpenraum nicht vorhanden
4. Ebene der regione (Italien), région (Frankreich), des Kantons (Schweiz), des Bundeslandes (Deutschland, Österreich)
5. Ebene des nationalen Alpenterritoriums (Geltungsbereich der Berggebietspolitik für das jeweilige Alpengebiet)
6. Ebene des gesamten Alpenraumes (Alpenkonvention)

Bei diesen Partizipationsprozessen sind folgende vier grundsätzliche Probleme zu lösen:

1. Für die Ebenen 1 und 2 liegen mit Gemeinde- und Regionsleitbildern bereits konkrete, bewährte Formen vor, wie der Partizipationsprozess unter *direkter* Beteiligung der Betroffenen zu gestalten ist. Für die höheren Ebenen ist dies erheblich schwieriger, weil es hier kaum Vorbilder gibt, wie die Betroffenen direkt einzubeziehen seien beziehungsweise wie Elemente der direkten Demokratie (über die z.B. einige Schweizer Kantone verfügen) oder der repräsentativen Demokratie dabei genutzt werden könnten. Es dürfte jedoch auf keinen Fall ausreichen, sich nur auf die eingespielten politischen Strukturen zu verlassen, wenn man auf allen politischen Ebenen eine lebendige Lebensraumverantwortung stärken will.

2. Es muss gewährleistet sein, dass Entscheidungen der unteren Ebenen auf den höheren Ebenen respektiert und berücksichtigt werden. Dazu gibt es in allen Staaten unterschiedliche Strukturen und Mittel und vor allem sehr viel politische Erfahrungen, die im Alpenraum praktisch noch nie systematisch ausgetauscht und diskutiert wurden. Es wäre wichtig, dies zu initiieren.
3. Umgekehrt muss aber ebenfalls gewährleistet sein, dass untere Ebenen in ihrem Nachhaltigkeitsleitbild weder egoistische Interessen vertreten (als Externalisierung von Nachhaltigkeitskonflikten, was oft als die einfachste Lösung erscheint), noch eine Konzeption verfolgen, die der Idee der Nachhaltigkeit nicht entspricht. Im Rahmen einer lebendigen Subsidiarität müssen die oberen Ebenen also ein Recht zur Überprüfung der Konzeptionen der nachgeordneten Ebenen besitzen (a: inhaltliche Stimmigkeit; b: angemessene Berücksichtigung des größeren räumlichen Kontextes), was man in föderalistischen Staaten als „Gegenstromprinzip“ bezeichnet. Auch hierzu liegen wichtige politische Erfahrungen vor.
4. Ab der dritten politischen Ebene gibt es häufig politische Einheiten, die zum Teil in den Alpen, zum Teil außerhalb liegen. Hier ist es wichtig, dass diese alpinen Teilräume nicht bloß auf der zweiten politischen Ebene jeweils eine Lebensraumverantwortung entwickeln, sondern dass die alpinen Teilräume auf den Ebenen 3 bis 5 ebenfalls zusammen gefasst werden und jeweils eine Gesamtverantwortung aufbauen, weil sie andernfalls nicht stark genug sind, in diesem politischen Kontext ihre spezifischen Interessen zu verteidigen. Indem die Alpen aber auf diesen Ebenen von vornherein mit außeralpinen Gebieten politisch eng verflochten sind und gemeinsam mit ihnen eine nachhaltige Entwicklung realisieren müssen („kantonale Richtpläne“, „Landesentwicklungsprogramme“, „piani regionali di sviluppo“ usw., die alpine und außeralpine Räume umfassen und die oft bereits explizit dem Gedanken der „Nachhaltigkeit“ verpflichtet sind), werden „isolationistische“ Problemlösungen bereits auf diesen politischen Ebenen verunmöglicht, und die Alpengebiete werden gezwungen, ihre Interessen und Ideen für eine nachhaltige Entwicklung von vornherein mit ihren außeralpinen „Nachbarn“ abzustimmen. Hier liegt übrigens die politische Grundlage für das in der Rahmenkonvention angesprochene „partnerschaftliche Verhalten zwischen alpiner und außeralpiner Bevölkerung“. Übrigens trifft diese Anforderung auch auf die höchste politische Ebene, also den gesamten Alpenraum beziehungsweise die Alpenkonvention, zu: Die Alpenkonvention ist kein isolationistisches Instrument, sondern basiert auf den nationalen Berggebietsgesetzen im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitskonzeptionen (diese sind meist noch zu entwickeln), und sie positioniert die Alpen verantwortlich im europäischen Kontext, und zwar mittels der im „Europäischen

Raumentwicklungskonzept/EUREK“ (1999) entwickelten Struktur (dabei bedarf es aber noch gewisser Klärungen bei der Gebietskulisse, weil derzeit der „Alpine Space“ von Interreg III B und das Gebiet der Alpenkonvention deutlich differieren).

Wenn es auf die skizzierte Weise gelingt, auf allen politischen Ebenen im Alpenraum im Gegenstromprinzip Prozesse einzuleiten, die zu einer gemeinsamen aktiven Lebensraumverantwortung führen, was allerdings viel Zeit benötigt und nur mittel-/langfristig realisiert werden kann, dann können damit die Probleme im Bereich „Bevölkerung“ und „Kultur“ auf eine sehr sinnvolle Weise gelöst werden. Da die gemeinsame Lebensraumverantwortung jedoch zugleich die kulturelle Grundlage und Basis für eine nachhaltige Entwicklung insgesamt bildet, ist diese Umsetzungsform zugleich für den Gesamtprozess der Alpenkonvention sehr relevant, indem davon letztlich *alle* Inhalte beziehungsweise alle Protokolle betroffen werden. Auf diese Weise entwickelt sich die partizipative Umsetzung für das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ im Laufe der Zeit quasi automatisch zur dezentralen, partizipativ-föderalen Ausgestaltung der gesamten Alpenkonvention weiter. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist dies ein sinnvoller und wünschenswerter Prozess, der der Doppelstruktur von „Kultur“ entspricht, nämlich einerseits ein Teilaspekt der Nachhaltigkeit und andererseits als Umwelt- beziehungsweise Lebensraumverantwortung zugleich ihre Synthese zu sein.

#### 6.4. Exemplarische Umsetzungsmaßnahmen und Pilotprojekte

Wie in Kapitel 4.5 dargelegt, sollen hier Umsetzungsmaßnahmen mit und ohne ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ entwickelt werden. Dabei ist es wichtig, die Bedenken einiger Staaten gegenüber einer strukturierten internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu berücksichtigen sowie der Situation Rechnung zu tragen, dass Protokolle, selbst wenn sie verabschiedet sind, in der öffentlichen Diskussion präsent sein müssen, wenn sie Wirkung entfalten sollen. Aus diesem Grunde wird bei den einzelnen Maßnahmen jeweils die Frage der Trägerschaft angesprochen.

Grundsätzlich lassen sich die Umsetzungsmaßnahmen in vier unterschiedliche Blöcke teilen, bei denen 1 und 2 die Basis darstellen und 3 und 4 übergeordnete Aspekte thematisieren.

##### *1. Dezentrale Vernetzung bestehender Aktivitäten*

In allen zwölf Themenbereichen von Kapitel 6.1 gibt es im Alpenraum eine Fülle von lokalen, regionalen und überregionalen Aktivitäten, die derzeit niemand überblickt, weil diese Diskussionen nur im nationalen Rahmen, oft auch nur im regionalen Rahmen geführt werden. Eine systematische Vernetzung dieser Initiativen, Gruppen, Personen und ein gezielter Erfahrungs-

austausch würden ausgesprochen stimulierende und aktivierende Auswirkungen haben. Wichtig ist dabei jedoch, dass die Vernetzung nicht auf eine zentralistische Weise geschieht, sondern dem dezentralen, lokalen und teilweise spontanen Charakter dieser Gruppen gerecht wird.

Diese Initiative zu einer solchen Vernetzung könnte sowohl von der Alpenkonvention ausgehen (im Rahmen eines Protokolls „Bevölkerung und Kultur“, aber auch unabhängig davon), als auch genauso von der Arge Alp, der Arge Alp-Adria und der COTRAO – diese wären auf Grund ihrer jahrzehntelangen Erfahrungen gerade auf den Gebieten „Bevölkerung“ und „Kultur“ dafür vielleicht noch besser als die Alpenkonvention geeignet. Denkbar wären für Einzelbereiche auch Trägerschaften von Industrie- und Handelskammern, Fachverbänden, Vereinen u.ä., die über spezifische Erfahrungen auf ihrem Fachgebiet und über grenzüberschreitende Kooperationen verfügen. Wahrscheinlich wäre es sinnvoll, ein zwei- oder mehrstufiges Verfahren anzuwenden, wobei in einem ersten Schritt die nationalen Initiativen, in einem zweiten Schritt die Initiativen aus dem gleichen Sprachraum und im dritten Schritt die Initiativen alpenweit vernetzt werden. Bereits bestehende Netzwerke (wie z.B. das kulturelle Netzwerk von „Pro Vita Alpina“) könnten dabei wichtige Vermittlungsaufgaben übernehmen.

## *2. Dezentrale vernetzte Pilotprojekte*

Es gibt jedoch auch zahlreiche Problemfelder mit großem Handlungsbedarf aus den zwölf Themenbereichen von Kapitel 6.1, bei denen noch keine Initiativen beziehungsweise keine entfalteten Projekte mit Erfahrungswissen existieren. Dies gilt z.B. für Infrastrukturprobleme im ländlichen Raum (Grundschulstruktur, Gesundheits-Basisversorgung, Erhalt von Läden und Gaststätten), für Probleme mit der Wohnqualität in städtischen Räumen oder für Fragen der Integration von Ausländern oder Asylanten in die lokale Öffentlichkeit. Hier wäre es wichtig, dass Pilotprojekte entwickelt werden, die von Beginn an Erfahrungen aus verschiedenen Alpengebieten miteinander verknüpfen (mehrere Einzelprojekte in verschiedenen nationalen Teilräumen, sinnvoller Weise jeweils im gleichen Regionstyp), so dass sie nicht im lokalen Einzelfall erstarren, sondern eine inhaltliche Weite entwickeln, die für eine nachhaltige Lösung fundamental wichtig ist. Das Gemeindeforschungsnetzwerk „Allianz in den Alpen“ ist ein gutes Beispiel, wie solche vernetzten Pilotprojekte initiiert werden können. Zentraler Baustein ist das Interesse und die Initiative der beteiligten Gemeinden, die über eine Institution (in diesem Falle die CIPRA und das Alpenforschungsinstitut AFI) angesprochen und miteinander vernetzt werden, wobei das Ziel darin besteht, möglichst bald eine eigenständige, dezentrale Trägerschaft durch die beteiligten Gemeinden selbst auszubilden. Indem sich die Gemeinden dieses Netzwerkes freiwillig an den inhaltlichen Festlegungen der Alpenkonvention in Form einer „Selbstver-

pflichtung“ orientieren, ist eine gemeinsame Inhaltlichkeit gewährleistet. Dieses Modell wäre als Vorbild für zahlreiche dezentrale Pilotprojekte geeignet, die an spezifischen Fragen aus dem Themenkomplex von Kapitel 6.1 arbeiten.

Diese Selbstverpflichtung auf die Grundsätze der Alpenkonvention und damit auf die Grundsätze der Nachhaltigkeit kann in einer Anfangsphase als einseitiger Prozess funktionieren (so wie heute); zu einem späteren Zeitpunkt wäre es dann denkbar, dass die Alpenkonvention solchen Pilotprojekten eine spezifische Unterstützung zukommen lässt.

Grundsätzlich wichtig ist dabei, dass sich diese Pilotprojekte freiwillig auf die Alpenkonvention als gemeinsamen Problemlösungsrahmen beziehen; aber es ist keinesfalls nötig, dass die Alpenkonvention dabei selbst aktiv oder initiativ werden muss. Das bedeutet, dass dieser Prozess sowohl mit als auch ohne ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ ablaufen kann – die konkrete Umsetzung hängt nicht an einer einzig möglichen Trägerschaft, sondern basiert vor allem auf der Initiative der unmittelbar betroffenen Personen.

Grundsätzlich gilt, dass die vernetzten Projekte von 1 und 2 die Lebendigkeit und Faszination der Alpenkonvention ausmachen. Sie müssen daher bei allen Umsetzungsfragen im Zentrum stehen.

### *3. Aufwertung bestehender kultureller Ereignisse*

Es gibt zahllose kulturelle Ereignisse im Alpenraum, die jedoch fast nie für die *gesamten* Alpen stehen. Um den in Kapitel 6.3 skizzierten Prozess zu unterstützen und zu fördern, wäre es sinnvoll, einen Teil dieser Ereignisse bewusst aufzuwerten und ihnen einen alpenweiten Charakter zu verleihen. Das bedeutet jedoch nur in ausgewählten Einzelfällen die Schaffung von zentralen Alpenveranstaltungen an *einem* Ort. Meistens muss dafür eine dezentrale Struktur gesucht werden, um der Vielfalt des Alpenraumes gerecht zu werden. Vorbilder dafür könnten die Schweizer Traditionen (Prinzip der „Tagsatzung“), die CIPRA-Jahresfachtagungen oder die Initiative „Alpenstadt des Jahres“ sein, deren jährliche Aktivitäten jeweils in einem anderen Alpenteilraum stattfinden.

Auf diese Weise könnten z.B. jährliche Musikantentreffen, Filmtage, Festivals, Literaturtage so miteinander vernetzt werden, dass im regelmäßigen Turnus jeweils eine nationale Veranstaltung zugleich als gesamtalpine Veranstaltung fungiert; diese behält ihren ursprünglichen Charakter bei, wird aber durch einige Programmteile aus anderen Alpenregionen aufgewertet. Auf diese Weise könnten wichtige Synergien erzielt werden, ohne dass völlig neue Strukturen geschaffen werden müssten. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die jeweiligen kulturellen Ereignisse

inhaltlich mit dem Alpenraum eng verbunden sind beziehungsweise dass ihr Alpenbezug gestärkt wird.

Die Trägerschaft bei dieser Aufwertung bestehender kultureller Ereignisse sollten die jeweiligen betroffenen Trägerschaften sein, dieser Prozess sollte also in erster Linie endogen initiiert werden.

Dies betrifft nicht nur kulturelle Ereignisse im Sinne von Veranstaltungen, sondern auch Preisverleihungen: Die bestehenden Preise für „Neues Bauen in den Alpen“ könnten räumlich und inhaltlich aufgewertet werden, der Arge-Alp-Preis für vorbildliche Alpenprojekte könnte in Zusammenarbeit mit der Arge Alp-Adria und der COTRAO zu einem Gesamtalpenpreis aufgewertet werden, und auch die Alpenkonvention könnte einen solchen Preis entwickeln. Auch hier wäre es wichtig, vorhandene Preise zu vernetzen und damit aufzuwerten.

#### *4. Maßnahmen zur Schaffung eines Alpenbewusstseins*

Um eine gemeinsame alpenweite Umwelt- und Lebensraumverantwortung zu fördern, braucht es spezifische Maßnahmen, die sich in erster Linie durch eine starke Öffentlichkeitswirksamkeit auszeichnen und sich dadurch von den anderen Maßnahmen deutlich unterscheiden. Da bei diesen Maßnahmen aber die Gefahr der medialen Inszenierung und der Umwelt- und Sozialunverträglichkeit durchaus besteht, ist es notwendig, hier einen Kontrollmechanismus einzubauen. Dieser könnte wie beim Beispiel der „Via Alpina“ funktionieren.

Die Idee eines alpenweiten Weitwanderwegenetzes „Via Alpina“ wurde von der französischen „Association Grande Traversée des Alpes“ (Weitwanderweg durch die französischen Alpen) entwickelt und es gelang ihr, die zuständigen Strukturen und Vereine in allen Alpenstaaten dafür zu interessieren und dafür eine gemeinsame Trägerschaft aufzubauen. Durch Selbstverpflichtung auf die Ziele der Alpenkonvention und eine „nachhaltige“ Ausgestaltung der Projektidee bemüht sich die „Via Alpina“ um das Alpenkonventions-Logo, das sie werbewirksam einsetzen kann (offizielle Eröffnung der Via Alpina im Juni 2002 im Kontext des internationalen Jahres der Berge). Auf diese Weise könnten auch die folgenden Projekte kontrolliert werden, wobei an die Stelle der Alpenkonvention notfalls auch die Arge-Alp-Strukturen treten könnten.

- *Alpenausstellungen:* Gezielte Zusammenarbeit der „Alpinen Museen“ und weiterer Museen mit einer wechselseitigen Präsentation ihrer Alpenausstellungen (kommentierende Übersetzungen notwendig) für ein breites, auch außeralpines Publikum.

- *Alpenbücher/Alpenzeitschriften* (Trägerschaft: Private Verlage, daneben auch Vereine und Verbände): Förderung eines alpenweiten Bewusstseins durch alpenweite Zusammenarbeit im Verlagswesen, Schaffung einer „Alpen-Enzyklopädie“ (derzeit in Vorbereitung bei Glénat in Grenoble in französischer, italienischer, deutscher Ausgabe), Stärkung der Zusammenarbeit bei den Publikums-Alpenzeitschriften (L'ALPE als französisch-italienische Kooperation, deutsche Ausgabe geplant), Kreation von Alpen-Sachbüchern zum Thema Nachhaltige Entwicklung für ein breites Publikum (Vorbild: Wüthrich 2001) und Ähnliches.
- *Öffentliche Medien* (Trägerschaft: Zeitungsverlage, Rundfunk- und Fernsehanstalten): Systematischer wechselseitiger Austausch von Informationen über Alpenregionen, Schaffung von speziellen regelmäßigen „Alpenseiten“ beziehungsweise Alpensendungen, die den Fragen der nachhaltigen Entwicklung in grenzüberschreitender alpenweiter Perspektive gewidmet sind (siehe dazu VSB 2001, S. 90-91), Kreation von Quizsendungen zum Thema „Alpen“ im Rundfunk/Fernsehen und/oder von Wettbewerben zwischen verschiedenen Alpengemeinden, Fortführung des „Mediennetzwerkes Alpen“ nach dem Tod von Wilfried Richter in neuer Trägerschaft.
- *Breitensport* (Trägerschaft: Sportvereine): Aufbau von gesamtalpinen Ereignissen, Sportfesten und Wettbewerben in umwelt- und sozialverträglichen Formen, teilweise in dezentralen Formen, teilweise jedoch auch als Großereignis aus Gründen der Öffentlichkeitswirksamkeit.
- *Hochleistungssport* (Trägerschaft: Sportverbände): Aufbau einer „Alpen-Liga“ im Eishockey (dieser Vorschlag stammt bereits aus Wachter 1993) und von Alpen-Turnieren in anderen Mannschaftssportarten (Fußball, Handball usw.); wichtig sind Überlegungen, ob beziehungsweise wie der Wintersport und der Radsport (Tour de France, Giro d'Italia) für die Zwecke der Alpenidentität genutzt werden kann; allerdings sind dabei die Fragen der Umwelt- und Sozialverträglichkeit ganz besonders sorgfältig zu klären.
- *Vortragsveranstaltungen* (Trägerschaft: Alpenvereine): Durchführung von regelmäßigen Vortragsveranstaltungen über die Alpen durch bekannte Persönlichkeiten in den europäischen Großstädten, um ein breites außeralpines Publikum für die Probleme der Alpen zu sensibilisieren; europaweite Vernetzung solcher Aktivitäten und Durchführung jeweils am gleichen Tag (Kreation eines „Tags der Alpen“ oder „Tag der Berge“) als Fortsetzung der Aktivitäten des „Internationalen Jahrs der Berge 2002“.

## 7. Zusammenfassung

Die Einleitung (*Kapitel 1*) erläutert die Aufgabenstellung (Erarbeitung einer wissenschaftlichen Analyse des Themenfeldes „Bevölkerung und Kultur“ der Alpenkonvention als Bereicherung und Vertiefung der politischen Diskussion) und die vom Auftraggeber geforderte Lösungsrichtung (Schnittstelle zwischen Ökologie und Sozioökonomie als normativer Ausgangspunkt der Untersuchung), die Voraussetzungen von Seiten des Bearbeiters und die empirischen Schwerpunkte dieser Analyse (Bevölkerungsentwicklung 1870 – 2000 auf Gemeindeebene als empirische Basis, Analyse der Dokumente der Alpenkonvention, Durchführung von Fachgesprächen im gesamten Alpenraum).

*Kapitel 2* erarbeitet den Strukturwandel im Alpenraum für die Phase der Industriegesellschaft 1871 – 1951 (flächenhafte Entwertung der Alpen mit Herausbildung von großräumigen Disparitäten), für die Übergangsphase 1951 – 1981 (Aufwertung der Alpen und Abschwächung der großräumigen Disparitäten) und für die Phase der Dienstleistungsgesellschaft 1981 – 2000 (Transformation der groß- in kleinräumige Disparitäten). Zentrales Problem dieses Wandels ist das Verschwinden des ländlichen Raumes in den Alpen und die Dominanz der Prozesse der Verstädterung – als Verstädterung, Vervorstädterung und touristische Verstädterung – und der Entsiedlung, die sich auf verschiedenen Maßstabsebenen abspielen. Damit verbunden sind gravierende ökologische Probleme (Verlust Biodiversität, Zunahme naturräumlicher Gefährdungen), ökonomische Probleme (Abhängigkeit von außeralpinen Wirtschaftskräften, Konzentration der Arbeitsplätze auf die verstädternden Regionen) und soziokulturelle Probleme (Segmentierung der Gesellschaft in den Alpenstädten, kulturelle Verdrängung in den Tourismusregionen, kulturelle Erstarrung in den Entsiedlungsregionen), die sich ab einem gewissen Zeitpunkt schnell wechselseitig verstärken.

Zentrales Problem jedoch ist der Zerfall der Alpen in die Einzugsgebiete der benachbarten außeralpinen Großstädte, der sich derzeit immer stärker durchsetzt. Damit verschwinden die Möglichkeiten einer alpenspezifischen Umweltpolitik und einer Sicherung der Alpen als Lebens- und Wirtschaftsraum (auch die Alpenkonvention wird dadurch in Frage gestellt) und die Alpen werden zum Ergänzungsraum der europäischen Städte.

*Kapitel 3* legt dar, dass diese Entwicklung nicht den Kriterien der Nachhaltigkeit entspricht und entwickelt das Konzept der „ausgewogenen Doppelnutzung“ als normativer Leitidee, bei der sich die Alpen weder von Europa abschotten noch von den außeralpinen Nutzern dominiert werden, sondern bei der die Alpen als eigenständiger und eigenverantwortlicher Raum eine Balance zwischen endogenen und exogenen Interessen realisieren, die die Grundlage dafür bil-

det, dass die konkreten Nutzungsformen nachhaltig ausgestaltet werden können. Allerdings muss diese Leitidee im Alpeninnern „regionsspezifisch“ ausdifferenziert werden, um der Unterschiedlichkeit der Probleme und der Möglichkeiten gerecht zu werden.

Die Analyse der Dokumente der Alpenkonvention in *Kapitel 4* zeigt sehr deutlich, dass ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ aus der Logik der Alpenkonvention und ihrer Zielsetzung heraus unverzichtbar ist und dass dieses Vertragswerk ohne ein solches Protokoll unvollständig wäre. Während sich beim Teilbereich „Bevölkerung“ in den Dokumenten zahlreiche Hinweise finden, welche Themen hier behandelt werden müssten, herrscht beim Teilbereich „Kultur“ eine erhebliche inhaltliche Unklarheit vor. Diese basiert darauf, dass die „gesellschaftliche Nachhaltigkeit“ europa- beziehungsweise weltweit wenig geklärt ist, dass die Alpenkonvention lange zwischen einem sektoralen Umweltschutzinstrument und einem integrativen Politikinstrument changierte, dass das Verständnis von „Alpenkultur“ diffus und umstritten ist und dass eine Reihe von sektoralen politischen Argumenten gegen dieses Protokoll sprechen. Am Ende dieses Kapitels (Abschnitt 4.5) werden sechs Vorschläge entwickelt, wie die politischen Probleme der Implementierung eines solchen Protokolls gelöst werden könnten.

*Kapitel 5* widmet sich den zentralen inhaltlichen Unklarheiten im Bereich „Kultur“. Damit Kultur ihre Aufgabe im Rahmen der Nachhaltigkeit erfüllen kann, muss ein „erweiterter Kulturbegriff“ und ein dynamisches Verständnis von Kultur (gegen die Musealisierung des scheinbar „Authentischen“) gewählt werden, bei dem Kultur nie homogen ist – das Fremde ist immer Bestandteil der eigenen Kultur (Abschnitt 5.1). Die Frage, ob es eine gemeinsame Alpenkultur gibt oder nicht, ist umstritten; allerdings ist eine solche Alpenkultur *keine* Voraussetzung für ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“, sondern dafür reicht eine gemeinsame Problemstellung und die gemeinsame Arbeit am Aufbau einer alpenweiten Verantwortung aus (Abschnitt 5.2). Angesichts der heutigen Tendenz, Sprache lediglich als Informationsweitergabe zu behandeln, stellt Abschnitt 5.3 die Bedeutung von Sprache/Dialekt als Produkt und Produktion von Weltinterpretation und von Sinn heraus; deshalb bedeutet sprachliche Vielfalt zugleich kulturelle Vielfalt in der Auseinandersetzung mit der Welt, was gerade im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung sehr wichtig ist. Abschnitt 5.4 thematisiert die Möglichkeit der Instrumentalisierung („Inszenierung“) der Alpenkultur für politische Zwecke, zur Wirtschaftsförderung und für den Tourismus, damit dies im Rahmen der Alpenkonvention vermieden wird. Und der Schlussabschnitt (5.5) zeigt auf, welche unterschiedlichen kulturellen Stellenwert die Alpen in den acht Vertragsstaaten besitzen und welche unterschiedlichen Interessen für das Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ daraus erwachsen (gegliedert nach föderalistischen Staaten, zentralistischem Staat, Sonderfall Slowenien, Zwergstaaten).

Im 6. Kapitel werden dann konkrete Umsetzungsschritte für ein Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ entwickelt: Zuerst werden zwölf Themenbereiche mit ihren Handlungszielen vorgestellt (räumliche Gerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, individuelle Chancengleichheit, Sicherheit, Gesundheit, Bildung/Ausbildung, geistig-kulturelle Auseinandersetzung, sprachliche Vielfalt, Bauwerke, Vereine (Interessengruppen, Sport, Ess-/Trinkkultur) (6.1). Dann werden die zwölf Themenfelder „regionsspezifisch“ gewichtet und ausdifferenziert, wobei zwischen städtischen Regionen (fünf Untergruppen) und ländlichen Regionen (drei Untergruppen) unterschieden wird (6.2). Anschließend (6.3) wird ein Vorschlag entwickelt, auf welche Weise Beteiligungsverfahren dabei aufgebaut werden könnten, die die räumliche Identität und die Lebensraumverantwortung der Betroffenen stärken. Der Schlussabschnitt (6.4) bringt mögliche exemplarische Umsetzungsmaßnahmen und Pilotprojekte, die sich entweder auf die Alpen selbst (meist in dezentraler, vernetzter Form) oder auf die Position der Alpen in Europa (meist in zentralisierter, aber europaweit vernetzter Form) beziehen. Dabei wird ein Vorgehen mit und ohne Alpenkonvention diskutiert; allerdings ist diese Frage letztlich weniger wichtig, als die Aktivitäten der Betroffenen und der Alpenbevölkerung selbst.

## Summary

The introduction (*Chapter 1*) describes the aims of this study (developing a scientific analysis of the theme "population and culture" in the Alpine Convention as an enrichment and deepening of the political debate) and the type of solution required by the commissioner of this project (the intersection of ecology and social economy as the normative point of departure for this research), the researcher's qualifications and the empirical emphasis of this analysis (population development 1870 – 2000 at communal level as an empirical base, analysis of the documents of the Alpine Convention, the carrying out of specialist discussions in the entire Alpine region).

*Chapter 2* examines the structural transformation in the Alpine region for the phase of industrialisation from 1871 – 1951 (large-scale devaluation of the Alps with the creation of large-scale disparities), of the transitional phase from 1951 – 1981 (value enhancement of the Alps and weakening of the large-scale disparities) and for the phase of the service society from 1981 – 2000 (transition from large-scale disparities to small-scale disparities). A central problem of this transformation is the disappearance of rural space in the Alps and the dominance of urbanisation processes – as simple urbanisation, suburbanisation and tourist-oriented urbanisation – and of settlement loss, which are taking place at different scales. Associated with this are serious eco-

logical problems (the loss of biodiversity, the increase in the threat of natural catastrophes), economic problems (dependence on economic powers external to the Alps, concentration of jobs on the urbanising regions) and socio-cultural problems (segmentation of society in Alpine towns, cultural displacement in tourist regions, cultural fossilisation in the areas of settlement loss), which mutually reinforce each other after a certain point in time.

A central problem, however, is the disintegration of the Alps in the catchment areas of the neighbouring non-Alpine large cities, which is increasing at the moment: the potential for an Alpine-specific environmental policy and a securement of the Alps as a biosphere and an economic region is thereby vanishing (the Alpine Convention is also threatened by this process), and the Alps are becoming an ancillary area to the European cities.

*Chapter 3* demonstrates that this development is not in accord with the principles of sustainability, and develops the concept of "balanced double use" as a normative guideline, whereby the Alps must neither isolate themselves from Europe nor be dominated by users from outside the Alps, but rather where the Alps as an independent, responsible region can reach a balance between endogenous and exogenous interests, which would provide the basis for a sustainable development of the concrete uses of the region. However, this guideline must be regionally differentiated within the Alps in order to do justice to the variety of the region's problems and potential.

The analysis of the documents of the Alpine Convention in *chapter 4* clearly demonstrates that a report on "Population and culture" is indispensable in the context of the Alpine Convention and its aims, and that this treaty would be incomplete without such a report. While there are frequent references in the documents under the heading of "population" to the topics which must be treated here, under the heading of "culture" there is considerable lack of clarity. This arises from the fact that the concept of "social sustainability" is not well defined, on a European level and at world level, that the Alpine Convention has long vacillated between being a sectoral environmental protection instrument and an integrating political instrument, that the understanding of "Alpine culture" is diffuse and contested, and that a series of sectoral political arguments are against this report. At the end of this chapter (section 4.5) six suggestions are developed for solutions to the political problems involved in the implementation of such a report.

*Chapter 5* addresses the essential uncertainty of meaning in the area of "culture". In order that culture can play its role in the context of sustainability, an "extended concept of culture" and a dynamic understanding of culture (opposed to the "museumising" of what is apparently "authentic"), whereby culture is never homogenous – the foreign is always a part of a person's own culture (section 5.1). The existence of a specific Alpine culture is contested; however, such an

Alpine culture is *not* an essential prerequisite for a report on "Population and culture", but rather a common set of problems and co-operation in building up Alpine-wide responsibility are sufficient (section 5.2). In the face of the current tendency to deal with language merely as a means of passing on information, section 5.3. emphasises the importance of language/dialect as product and production of interpretations of the world; thus linguistic variety signifies cultural variety in dealing with the world, which is very important, in particular with reference to sustainable development. Section 5.4 deals with the possibility of instrumentalising ("stage-managing") Alpine culture to political ends, for the promotion of economic growth and for tourism, so that this can be avoided in the framework of the Alpine Convention. And the final section (5.5) shows what different cultural value the Alps have in the eight participating states and what varying interests for the report on "Population and culture" arise from this situation (under the headings of federalist states, centralised states, the special case of Slovenia, miniature states).

In the *6th chapter* concrete steps towards the application of a report on "Population and culture" are developed: first, twelve themes are presented with their aims (spatial justice, social justice, individual equality of chances, security, health, education/training, intellectual-cultural debate, linguistic variety, buildings, associations (interest groups, sport, gastronomic culture) (6.1). Then the twelve topics are weighted and differentiated specific to the regions, whereby urban regions (five subgroups) and rural regions (three subgroups) are identified (6.2), and then (6.3) a proposal is developed, showing how participation procedures could be developed which would reinforce the spatial identity and responsibility for their surroundings of those affected. The concluding section (6.4) contains possible exemplary measures and pilot projects which relate either to the Alps themselves (generally in a decentralised, networked form) or to the position of the Alps in Europe (generally in a centralised form, but based on Europe-wide networks). In this context action with and without the Alpine Convention is discussed, however this issue is ultimately less important than the activities of those affected and of the Alpine population itself.

## 8. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 8.1. Verzeichnis der Dokumente der Alpenkonvention

- Resolution von Berchtesgaden: Resolution der für Umwelt- und Naturschutz zuständigen Minister und Vertreter der Regierungen anlässlich der 1. Internationalen Alpenkonferenz der Umweltminister vom 9.-11. Oktober 1989 in Berchtesgaden. 89 Punkte auf 24 Seiten (nicht veröffentlicht)
- CIPRA: Resolution von Schwangau 1992 zur Alpenkonvention. 8 Forderungspunkte. Schwangau, den 1. Oktober 1992. In: W. Danz/S. Ortner (Hrsg.): Die Alpenkonvention – eine Zwischenbilanz. München 1993, S. 10 (deutsch), 171 (français), 319 (italiano), 470 (slow.)
- IUCN/CIPRA (1993): Stellungnahme der IUCN und der CIPRA an die Arbeitsgruppe der Hohen Beamten der Alpenkonvention. 8-Punkte-Stellungnahme, Vaduz und Bonn, August 1993 (nicht veröffentlicht)
- Hasslacher, P., Hrsg. (2000): Die Alpenkonvention – eine Dokumentation. Innsbruck (= Fachbeiträge des Österreichischen Alpenvereins, Serie: Alpine Raumordnung Nr. 17) (Abdruck der Rahmenkonvention und aller fertiggestellten Protokolle)
- UBA (2000): Umweltqualitätsziele für die Alpen. Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Bergspezifische Umweltqualitätsziele der Alpenkonvention“. Umweltbundesamt, Berlin
- UBA (2000a): Umweltqualitätsziele für die Alpen. Nationaler Beitrag Deutschlands im Rahmen der Arbeitsgruppe „Bergspezifische Umweltqualitätsziele“ der Alpenkonvention. Umweltbundesamt, Berlin

### 8.2. Dokumente und Entwürfe für ein Protokoll „Bevölkerung und Wirtschaft“ beziehungsweise „Bevölkerung und Kultur“

- Wachter, D. (1993): Vertiefung sozioökonomischer Aspekte der Alpenkonvention und ihrer Protokolle. Eine Untersuchung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL). Hrsg. vom BUWAL. Bern (= Umwelt-Materialien Natur und Landschaft Nr. 2)
- Edition français: Analyse des aspects socio-économiques de la convention alpine et de ses protocoles. OFEFP, Berne 1993 (= Documents environment Nature et paysage no. 2)
- Skizze für ein Protokoll „Bevölkerung und Wirtschaft“. Vorschlag der Expertengruppe Messerli, verabschiedet am 27.10.1993. Bern
- Peter Repolusk/Milan Naprudnik: Ansätze zur Umsetzung der Alpenkonvention im Bereich „Bevölkerung und Kultur“. Ljubljana, 24.09.1999.
- Ana Barbic: Die Erwartungen der Jugend und der Senioren an das Protokoll der Alpenkonvention „Bevölkerung und Kultur“. Ljubljana/Benediktbeuern, September 1999.
- Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ zur Alpenkonvention. Erstellt vom Institut für Volkskultur und Kulturentwicklung in Zusammenarbeit mit Pro Vita Alpina – Alpenakademie. Innsbruck, Mai 2000
- CIPRA: Forderung nach einem Protokoll „Bevölkerung und Kultur“ der Alpenkonvention. Vaduz, Juni 2000
- Dokument der italienischen Kandidatur: Einsetzung der Arbeitsgruppe „Bevölkerung und Kultur“ – Durchführung des Beschlusses (Punkt 10 des Protokolls) der VI. Alpenkonferenz. Vorgelegt auf der 19. Sitzung des Ständigen Ausschusses der Alpenkonvention am 6.-7. September 2001 in Aosta (deutsche, französische, italienische, slowenische Fassung)

- Fondazione G. Angelini: Premessa al protocollo „Popolazione e cultura“. Bozza di documento della Fondazione G. Angelini: working progress. Belluno, dicembre 2001
- Programm der Arbeitsgruppe „Bevölkerung und Kultur“. Umsetzung des Beschlusses (TOP 7 des Protokolls) der 19. Sitzung des Ständigen Ausschusses. Bozen, 3.-4.12.2001

### 8.3. Verzeichnis der ausgewerteten Publikationen zum Thema Nachhaltigkeitsindikatoren

- B.A.U.M. (1999): Nachhaltigkeitsbericht mit Kennzahlen auf kommunaler Ebene. München
- Birkmann, J. u.a. (1999): Indikatoren für eine nachhaltige Raumentwicklung. Methoden und Konzepte der Indikatorenforschung. Dortmund (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Nr. 96)
- Blach, A./Irmen, E. (1999): Indikatoren für eine nachhaltige Raumentwicklung. In: Informationen zur Raumentwicklung (Bonn), Heft 7, S. 451-476
- Born, M. (1997): Handlungsleitfaden zur Entwicklung eines kommunalen Nachhaltigkeitsindikatorensystems im Rahmen der Lokalen Agenda 21. Hrsg.: Econtur – Internationale Agentur für nachhaltige Projekte. Bremen
- Diefenbacher, H. u.a. (1997): Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich. Ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren. Heidelberg (= Texte und Materialien der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft/FEST, Reihe A, Nr. 42)
- Dietrichs, B./Fritzsche, A./Ismaier, F. (2000): Nachhaltigkeitsindikatoren für eine ausgewogene Entwicklung von Gemeinden, Kreisen, Städten und Regionen. Hrsg.: Technische Universität München (= Studien zur Raumplanung Nr. 3)
- Empacher, C./Wehling, P. (1999): Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit. Grundlagen und Konkretisierungen. Frankfurt (= Institut für sozial-ökologische Forschung, Diskussionspapier 13)
- Hochreiter, H. u.a. (1995): Der Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW). Eine empirische Studie zur Wohlstandsentwicklung in Österreich von 1955 – 1992. Wien
- Irmen, E. (2001): Nachhaltige Raumentwicklung im Spiegel von Indikatoren. In: Informationen aus der Forschung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung/BBR (Bonn), Nr. 4, S. 10-13
- Mauch, U./Stokar, T. (2001): Politik der nachhaltigen Entwicklung. In: Neue Zürcher Zeitung Nr. 252 vom 30.10.2001, S. 27
- MONET (2001): Monitoring der nachhaltigen Entwicklung (MONET). In: Info-Bulletin Nr. 3 des Bundesamtes für Statistik (Bern), S. 1-27
- Pfister, G./Renn, O. (1996): Ein Indikatorensystem zur Messung einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg. Hrsg.: Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg. Stuttgart (= Arbeitsbericht Nr. 64)
- Soia (2002): System for the Observation of and Informations on the Alps (SOIA). [www.soia.int](http://www.soia.int)
- Szerenyi, T. (1999): Zur Operationalisierung von Nachhaltigkeit und nachhaltiger Entwicklung. Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialgeographisches Institut. Köln (= Working Paper No. 99-01)
- Szerenyi, T. (1999a): Indikatorensysteme nachhaltiger Regionalentwicklung auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabebenen. Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialgeographisches Institut. Köln (= Working Paper No. 99-03)

### 8.4. Literaturverzeichnis

1. Adamo, F. u.a. (1988): L'effet frontière dans les Alpes. Aosta 1988, 2 vol.

2. Alpes (1984): Les Alpes - The Alps - Die Alpen - Le Alpi. Paris-Alpes 1984
3. Alpi (1974): Le Alpi e l'Europa. Atti del Convegno di Studi. Bari 1974-75, 4 vol.
4. Angelini (1991): La Presenza e le attività umane, fattori di controllo della vulnerabilità dei sistemi montani e dei rischi che ne derivano. Hrsg.: Fondazione Giovanni Angelini. Belluno 1992
5. Arge Alp (1992): Nachbarn im Herzen Europas - 20 Jahre Arbeitsgemeinschaft Alpenländer. München 1992
6. ASSHS (1998): Recherche alpine. Les sciences de la culture face à l'espace alpin. Berne 1999
7. ASTAT (2000): Jugendstudie. Werthaltungen, Lebensformen und Lebensentwürfe der Südtiroler Jugend/Indagine sui giovani. Valori, stili di vita e progetti per il futuro dei giovani altoatesini. Bozen/Bolzano 2000 (ASTAT-Schriftenreihe/collano 78)
8. Bachleitner, R./Penz, O. (2000): Massentourismus und sozialer Wandel. Tourismuseffekte und Tourismusfolgen in Alpenregionen. München/Wien 2000
9. Bätzing, W. (2002): Nachhaltige Entwicklung in zentrennahen ländlichen Räumen. W. Bätzing/A. Winterling (Hrsg.): Nachhaltiger Tourismus in zentrennahen ländlichen Räumen. Erlangen 2002, S. 1 - 12
10. Bätzing, W. (2002a): Der Stellenwert des Tourismus in den Alpen und seine Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung des Alpenraumes. K. Luger/F. Rest (Hrsg.): Der Alpentourismus. Innsbruck/Wien 2002 (im Druck)
11. Bätzing, W./Dickhörner, Y. (2001): Die Typisierung der Alpengemeinden nach "Entwicklungsverlaufsklassen" für den Zeitraum 1870 - 1990. Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft 48, 2001, S. 273 - 303
12. Bätzing, W. (2000): Erfahrungen und Probleme transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung am Beispiel der Alpenforschung. K.-W. Brand (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung und Transdisziplinarität. Berlin 2000, S. 85 - 107. Français: De la "géographie régionale" à une recherche scientifique coordonnée au sein de la "Convention alpine". Revue de Géographie Alpine, 89, 2001, 4, S. 211 - 220
13. Bätzing, W. (1998): Der Alpenraum zwischen Verstädterung und Verödung. Praxis Geographie 28, 1998, 2, S. 4 - 9. Italiano: Le Alpi tra urbanizzazione e spopolamento. L'ALPE (Ivrea) 1, 1999, 1, S. 133 - 136. Français: Chronique d'un déséquilibre annoncé. L'ALPE (Grenoble) 4, 1999, 6, S. 14 - 19
14. Bätzing, W. (1998a): Regionale Wirtschaftsverflechtungen im Alpenraum - Balance zwischen Autarkie und Globalisierung. Politische Ökologie 16, 1998, 55, S. 26 - 32. Riassunto italiano/synthèse française: CIPRA-Info 1998, 50, S. 12 - 13
15. Bätzing, W. (1997): Kleines Alpen-Lexikon. Umwelt - Wirtschaft - Kultur. München 1997 (Beck'sche Reihe 1205)
16. Bätzing, W./Bolliger, M./Perlik, M. (1997): Städtische und ländliche Regionen in den Alpen. Definition und Abgrenzung mittels des OECD-Indikators "Bevölkerungsdichte" und seine methodische und inhaltliche Bewertung. Berichte zur deutschen Landeskunde 70, 1997, 2, S. 479 - 502. Italiano: L'impiego della densità demografica come indicatore per la ripartizione delle Alpi in regioni urbane e rurali. Studi e Ricerche di Geografia (Genova) 21, 1998, 2, S. 185 - 198
17. Bätzing, W./Messerli, P./Perlik, M. (1995): Regionale Entwicklungstypen. Analyse und Gliederung des schweizerischen Berggebietes. Bern 1995 (Beiträge zur Regionalpolitik 3)
18. Bätzing, W./Perlik, M. (1995): Tourismus und Regionalentwicklung in den Alpen 1870 - 1990. K. Luger/K. Inmann (Hrsg.): Verreiste Berge - Kultur und Tourismus im Hochgebirge. Innsbruck/Wien 1995, S. 43 - 79. Italiano: Le Alpi tra urbanizzazione e spopolamento. G. Scaramellini (a cura di): Montagne a confronto - Alpi e Appennini nella transizione attuale. Torino 1998, S. 119 - 154. English: Urbanization and Depopulation in the Alps. Mountain Research and Development 16, 1996, 4, S. 335 - 350
19. Bätzing, W. (1994): Nachhaltige Naturnutzung im Alpenraum. Erfahrungen aus dem Agrarzeitalter als Grundlage einer nachhaltigen Alpen-Entwicklung in der Dienstleistungsgesellschaft. H. Franz (Hrsg.): Gefährdung und Schutz der Alpen. Wien 1994, S. 15 - 51
20. Bätzing, W. (1994a): Die Alpenkonvention - ein internationales Vertragswerk für eine nachhaltige Alpenentwicklung auf dem mühevollen Weg der politischen Realisierung. H. Franz (Hrsg.): Gefährdung und Schutz der Alpen. Wien 1994, S. 185 - 206
21. Bätzing, W. und Mitarbeiter (1993): Der sozio-ökonomische Strukturwandel des Alpenraumes im 20. Jahrhundert. Bern 1993
22. Bätzing, W. (1991): Die Alpen - Entstehung und Gefährdung einer europäischen Kulturlandschaft. München 1991.
23. Bätzing, W./Messerli, P., Hrsg. (1991): Die Alpen im Europa der neunziger Jahre - ein ökologisch gefährdeter Raum im Zentrum Europas zwischen Eigenständigkeit und Abhängigkeit. Bern 1991
24. Bätzing, W. (1984): Die Alpen - Naturbearbeitung und Umweltzerstörung. Frankfurt 1984. Italiano: L'ambiente alpino - trasformazione, distruzione, conservazione. Milano 1987
25. Camartin, I. (1985): Nichts als Worte ? Plädoyer für Kleinsprachen. Chur 1985
26. Cason Angelini, E., Hrsg. (1998): "Mes Alpes à moi" - Civiltà storiche e Comunità culturali delle Alpi. Belluno 1998
27. CIPRA (2001): "Bevölkerung und Kultur" - ein Schlüsselprotokoll. CIPRA-Info 2001, 63, S. 8 (anche in italiano/aussi en français)
28. CIPRA (2001a): 2. Alpenreport. Daten, Fakten, Probleme, Lösungsansätze. Bern/Stuttgart/Wien 2001 (anche in italiano/aussi en français)

29. CIPRA (1999): Jung sein - alt werden im Alpenraum. Zukunftsperspektiven und Generationendialog. Schaan 1999 (anche in italiano/aussi en français)
30. CIPRA (1998): 1. Alpenreport. Daten, Fakten, Probleme, Lösungsansätze. Bern/Stuttgart/Wien 1998 (anche in italiano/aussi en français)
31. COTRAO (1992): L'homme et les Alpes. Grenoble 1992. Edizione italiano: L'uomo e le Alpi. Torino 1993
32. COTRAO (1991): Gli uomini e le Alpi/Les Hommes et les Alpes. Atti del Convegno di Torino. Torino 1991
33. Danz, W., Hrsg. (1989): Umweltpolitik im Alpenraum - Ergebnisse der Internationalen Konferenz 24.-25.6.1988. München 1989
34. Danz, W. (1989a): Leitbild für eine Alpenkonvention. Vaduz 1989 (anche in italiano)
35. Danz, W./Ortner, S., Hrsg. (1993): Die Alpenkonvention - eine Zwischenbilanz. München 1993 (deutsch/italiano/français/slow.)
36. De Concini, W. (1997): Gli Altri delle Alpi. Minoranze linguistiche dell'arco alpino italiano. Pergine Valsugana 1997. Deutsche Ausgabe: Nachbarn in den Alpen. Sprachliche Minderheiten im italienischen Alpenbogen. Chur 1998
37. Demarchi, F., a cura di (1979): L'uomo e l'alta montagna. Prospettive di valorizzazione biologica e sociale dell'ambiente montano. Milano
38. Dematteis, L. (1994): Alpinia 2. Le Alpi e la loro gente. Ivrea 1994
39. Dematteis, L. (1975): Alpinia. Testimonianze di cultura alpina.. Ivrea 1975
40. Egli, E. (1939): Das Schweizervolk - eine Gesamtschau seiner ethnischen Eigenart. Zeitschrift für Erdkunde 7, 1939, S. 40 - 44
41. Gabert, P./Guichonnet, P. (1965): Les Alpes et les Etats alpins. Paris 1965
42. Gamboni, D. (1987): Kunstgeographie - Ars Helvetica I. Disentis 1987
43. Günther, A. (1930): Die Alpenländische Gesellschaft als sozialer und politischer, wirtschaftlicher und kultureller Lebenskreis. Jena 1930
44. Guichonnet, P. (1980): Histoire et Civilisations des Alpes. Vol. 1: Destin historique, Vol. 2: Destin humaine. Toulouse/Lausanne 1980. Edizione italiano: Storia e civiltà delle Alpi. Milano 1986-87
45. Haid, H. (2001): Bericht über ein Gespräch zwischen Kulturaktivisten in Obergurgl. Pro Vita Alpina 2001, 62, S. 16 - 18
46. Haid, H. u. G. (1994): Brauchtum in den Alpen. Riten, Traditionen, Lebendige Kultur. Rosenheim 1994
47. Haid, H. (1992): Aufbruch in die Einsamkeit. 5000 Jahre Überleben in den Alpen. Rosenheim 1992
48. Haid, H. (1990): Mythos und Kult in den Alpen. Rosenheim 1990
49. Haid, H. (1989): Vom Neuen Leben. Alternative Wirtschafts- und Lebensformen in den Alpen. Innsbruck 1989
50. Haimayer, P. (1992): Ein Leitfaden für Leitbilder. Inhalt und Erarbeitung touristischer Leitbilder für Orte und Regionen. Innsbruck 1992
51. Haimayer, P. (1992a): Tourismusentwicklung mit Betroffenen. Wiener Geographische Schriften 64, 1992, S. 95 - 110
52. Högl, H. (2001): Bin kein Tourist, ich wohne hier. Fremdenverkehrsgemeinden im Stress. Wien 2001
53. Högl, H. (1995): Hinter den Fassaden des Tourismus - Dörfer im Stress. Innsbruck 1995
54. Hugger, P., Hrsg. (1992): Handbuch der schweizerischen Volkskultur. Zürich 1992, 3 Bde.
55. Jöhler, R. (2000): Die Formierung eines Brauches. Der Funken- und Holepfannsonntag. Studie aus Vorarlberg, Liechtenstein, Tirol, Südtirol und dem Trentino. Wien 2000
56. Jung, T. (1999): Geschichte der modernen Kulturtheorie. Darmstadt 1999
57. Kammerhofer-Aggermann, U. (2001): Regionale Salzburger Bräuche. Ein Prozess sinnstiftender Identifikation zwischen territorialer und globaler Heimat. Die Gasteiner Perchten. St. Johann/Pongau 2001, S. 6 - 17. Edizione italiana: L'identità come processo continuo tra Heimat territoriale e globale - le usanze regionali salisburghesi. In: A. Pasinato (a cura di): Heimat - Identità regionali nel processo storico. Roma/Feltre 2000, S. 31-42.
58. Kammerhofer-Aggermann, U. (2000): Für einen prozesshaften, integrativen Kulturbegriff. Land-Kultur - 29 Positionen zu Kunst und Kultur im Land Salzburg. Salzburg 2000, S. 64-67
59. Kapfhammer, G. (1977): Brauchtum in den Alpenländern. Ein lexikalischer Führer durch den Jahreslauf. München 1977
60. Körner, M./Walter, F., Hrsg. (1996): Quand la Montagne aussi a une Histoire. Mélanges offerts à Jean-François Bergier. Berne 1996
61. Konersmann, R., Hrsg. (1996): Kulturphilosophie. Leipzig 1996
62. Kramer, D. (2000): Das eigene Gesicht. Kulturelles Erbe, Tradition und Event. Vier Thesen zur Rolle von lokaler Kultur im Tourismus. Deutsches Seminar für Fremdenverkehr (Hrsg.): Brauchtum und Tourismus - ein Leitfaden für ein erfolgreiches Marketing. Berlin 2000, S. 1-13
63. Kramer, D. (1998): Zur Neudefinition von Entwicklung mit Hilfe der Kultur. Der UNESCO-Bericht "Unsere kreative Vielfalt". R. Bernecker (Hrsg.): Kultur und Entwicklung - zur Umsetzung des Stockholmer Aktionsplans. Bonn 1998, S. 85 - 96
64. Kramer, D. (1997): Aus der Region - für die Region. Konzepte für einen Tourismus mit menschlichem Mass. Wien 1997
65. Kruker, R. (1992): Alpine Kultur und Gesellschaft. P. Hugger (Hrsg.): Handbuch der schweizerischen Volkskultur. Zürich 1992, Bd. 3, S. 1003 - 1038

66. Kurt, H./Wehrspau, M. (2001): Kultur - der verdrängte Schwerpunkt des Nachhaltigkeits-Leitbildes. GAIA 10, 2001, 1, S. 16 - 25
67. Leeb, G. (1995): AlpenFeuer - über das Entstehen eines integralen Netzwerkes. Graz 1995
68. Lorch, J. u.a. (1995): Nachhaltige Entwicklung im Alpenraum. Berlin 1995 (= UBA-Texte 15/95)
69. Luger, K. (1996): Gratwanderung zwischen Tradition und Moderne. Studie über die Lebenssituation der Jugendlichen im Pinzgau, Salzburger Land. Salzburg 1996
70. Marchner, G. (1993): Bis an die Wurzeln. Regionale Initiativen im alpenländisch-mitteuropäischen Raum - eine Dokumentation. Innsbruck 1993
71. Martinengo, E. (1994): Una politica per la montagna europea. Montagna Oggi 40, 1994, 9, S. IV - XV
72. Martinengo, E., a cura di (1988): Le Alpi per l'Europa - una proposta politica. Economia, territorio e società - istituzioni, politica e società. Atti del convegno "Le Alpi e l'Europa". Milano 1988
73. Mathieu, J. (1998): Geschichte der Alpen 1500 - 1900. Umwelt, Entwicklung, Gesellschaft. Wien 1998. Edizione italiana: Storia delle Alpi 1500 - 1900. Bellinzona 2000
74. Messerli, P. (1989): Mensch und Natur im alpinen Lebensraum. Risiken, Chancen und Perspektiven. Zentrale Erkenntnisse aus dem schweizerischen MAB-Programm. Bern/Stuttgart 1989
75. Migros, Hrsg. (1997): Feste im Alpenraum - Schweiz, Österreich, Deutschland, Italien, Frankreich. Zürich 1997 (anche in italiano/aussi en français)
76. Milano, E. (1925): Dalla culla alla bara. Usi natalizi, nuziali e funerei della provincia di Cuneo. Borgo San Dalmazzo 1925, ristampa 1973
77. Müller, H. (2001): Die ortsansässige Bevölkerung und ihr Tourismusbewusstsein. Voyage - Jahrbuch für Reise- und Tourismusforschung 2001, S. 125 - 136
78. Museum für Völkerkunde (2000): Kriege sind nicht ethnisch. Ethnos-Papier des Museums für Völkerkunde Frankfurt am Main. Berliner Blätter, Ethnographische und Ethnologische Beiträge, 21, 2000, S. 95 - 97
79. Niederer, A. (1993): Alpine Alltagskultur zwischen Beharrung und Wandel. Ausgewählte Arbeiten aus den Jahren 1956 bis 1991. Hrsg. von K. Anderegg/W. Bätzing. Bern/Stuttgart/Wien 1993
80. Opielka, M. (2000): Die soziale und sozialpolitische Dimension der Nachhaltigkeit. Offene Fragen und neue Herausforderungen. Kommune - Forum für Politik, Ökonomie, Kultur 18, 2000, 11, S. 37 - 44
81. Pellegrini, G.B. (1992): Studi storico-linguistici bellunesi e alpini. Belluno 1992
82. Perlik, M. (2001): Alpenstädte zwischen Metropolisation und neuer Eigenständigkeit. Bern 2001 (= Geographica Bernensia P 38)
83. Perlik, M./Bätzing, W., Hrsg. (1999): L'avenir des villes des Alpes en Europe - Die Zukunft der Alpenstädte in Europa. Revue de Géographie Alpine 87, 1999, 2, S. 1 - 231
84. Pöttler, B., Hrsg. (1994): Tourismus und Regionalkultur. Wien 1994
85. Popp, D. (2001): Mögliche Inhalte und Bedeutung eines Alpenkonventions-protokolls "Bevölkerung und Kultur". Jahrbuch des Vereins zum Schutz der Bergwelt 66, 2001, S. 61 - 63
86. Preglau, M. (1998): "Kolonisierung der Lebenswelt ?" Zum heuristischen Potential und zur empirischen Bewährung eines "Theorems" in der "Bereisten"-Forschung. R. Bachleitner (Hrsg.): Der durchschaute Tourist. Wien 1998, S. 49 - 61
87. Preglau M. u.a. (1985): Fremdenverquer. Kosten und Nutzen des Tourismus am Beispiel Obergurgl. Innsbruck 1985
88. reg (2001): Ästhetik des Augenblicks. Die Schussfahrt als Kunststück ? Ansätze zu einer Kulturdebatte im Skisport. Neue Zürcher Zeitung Nr. 284 vom 6.12.2001, S. 41
89. Rest, F. (1994): Das leicht verdiente Geld. Über die Beziehung zwischen Fremdenverkehr und Landwirtschaft. Erfahrungen mit dem Tourismus im Gasteiner Tal. H. Haas/R. Hoffmann/K. Luger (Hrsg.): Weltbühne und Naturkulisse - zwei Jahrhunderte Salzburg- Tourismus. Salzburg 1994, S. 160 - 175
90. RGA (1989): Quelle Spécifité Montagnarde ? Revue de Géographie Alpine 77, 1989, 1-3, S. 1 - 237
91. Romeiss-Stracke, F. (1999): Die Alpen - in Zukunft eine einzige Erlebniswelt ? Tourismus in den Alpen. Innsbruck 1999, S. 153 - 159
92. Scaramellini, G. (1991): Fra unità e varietà, continuità e fratture - percorsi di riflessione e ambiti di ricerca nello studio del popolamento alpino. Lo spazio alpino - area di civiltà, regione di cerniera. Napoli 1991, S. 49 - 94
93. Scharfe, M. (1984): Der akademische Wurzelsepp. Schwäbisch-vorarlbergische Kulturkontakte und - missverständnisse, aufgezeigt an den Festen der Tübinger Sektion des Deutsch-Österreichischen Alpenvereins. Allmende - eine alemannische Zeitschrift 1984, 9, S. 53 - 74
94. Schiera, P. et alii, a cura di (1988): L'autonomia e l'amministrazione locale nell'area alpina. Ricerca coordinata dalla Regione Autonoma Trentino Alto Adige. Milano 1988
95. Schneider, G. (1997): Nachhaltigkeit in der Alpengemeinde - mehr als eine konsensstiftende Leerformel ? Oder Freiräume für alpine Freiheiten mit der Subsistenzperspektive. Schaan 1997, S. 37 - 54 (= CIPRA-Schriften 15)
96. Schrank, S. (1999): Hundert Jahre Marterl. Ein Beitrag zur Geschichte der fingierten Volkskultur. Alpenvereins-Jahrbuch Berg 2000. München/Innsbruck/Bozen 1999, S. 138 - 147
97. Serbser, W. (2000): Societale Nachhaltigkeit. GAIA 9, 2000, 1, S. 71 - 75
98. Siegrist, D. (1996): Bevölkerung und Kultur. Naturfreunde International (Hrsg.): Grünbuch Alpen - Prüfstein Europas. Wien 1996 (anche in italiano/aussi en français/also in english)
99. Sölch, J. (1931): Raum und Gesellschaft in den Alpen. Geographische Zeitschrift 37, 1931, S. 143 - 168

100. Stipproweit, A. (2001): Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21. Eine Fallstudie zur Lösung lokaler Umweltprobleme. Pro Regio 12, 2001, 26-27, S. 38 - 46
101. Stolzmann, U. (2002): Balkanparty überall - Sloweniens Jugend auf der Suche nach einer neuen Identität. Neue Zürcher Zeitung Nr. 5 vom 08.01.2002, S. 34
102. Swoboda, O. (1979): Alpenländisches Brauchtum im Jahreslauf. München 1979
103. Tasser, E./Tappeiner, U./Cernusca, A. (2000): Berglandwirtschaft - Auswirkungen von Bewirtschaftungsänderungen im Berggebiet. Bozen 2000 (= EAB-Arbeitsheft 28)
104. Thiem, M. (1994): Tourismus und kulturelle Identität - die Bedeutung des Tourismus für die Kultur touristischer Ziel- und Quellgebiete. Bern/Hamburg 1994 (= Berner Studien zu Freizeit und Tourismus 30)
105. Thierstein, A./Walser, M. (1996): Stein der Weisen oder Mogelpackung ? Sustainable Development als Strategie für Regionen. Dokumente und Informationen zur schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung 32, 1996, 125, S. 10 - 17
106. Tschofen, B. (1999): Berg Kultur Moderne. Volkskundliches aus den Alpen. Wien 1999
107. UNESCO (1998): The Power of Culture. Aktionsplan Kulturpolitik für Entwicklung. R. Bernecker (Hrsg.): Kultur und Entwicklung. Bonn 1998, S. 11 - 15
108. VSB (2001): Kufsteiner Resolution des Vereins zum Schutz der Bergwelt e.V.. Jahrbuch des Vereins zum Schutz der Bergwelt 66, 2001, S. 79 - 92
109. Veyret, G. (1975): Les hommes et les Alpes. Recherches géographiques. Grenoble 1975
110. Veyret, G. u. P. (1967): Au coeur de l'Europe - les Alpes. Paris 1967
111. Viazzo, P.P. (1999): Il paradosso alpino. L'ALPE 1, 1999, 1, S. 26 - 31
112. Viazzo, P.P. (1989): Upland communities. Environment, population and social structure in the alps since the sixteenth century. Cambridge 1989. Edizione italiana: Comunità alpine. Bologna 1990
113. Wachter, D. (1996): Alpenpolitik - nimmt ein Phantom Gestalt an ? Vom Alpenmythos zum Alpenbewusstsein. CIPRA (Hrsg.): Mythos Alpen. Wien 1996, S. 71 - 88
114. Wallner, H./Eder, P. (1998): Regionen auf dem Weg zu "Inseln" der Nachhaltigkeit - eine Analyse. RAUM 10, 1998, 29, S. 40 - 45
115. Werlen, I. (1998): Mehrsprachigkeit im Alpenraum. Aarau 1998
116. Wolf, K. (2001): Sozio-kulturelle Aspekte der regionalen Nachhaltigkeit für ein Europäisches Raumentwicklungskonzept. ARL (Hrsg.): Europäisches Raumentwicklungskonzept EUREK. Hannover 2001, S. 98 - 107
117. Wüthrich, F. (2001): Lebenswelt Alpen - sehen, kennen, verstehen. Aarau 2001
118. Zucca, M., a cura di (1998): La civiltà alpina (resistere in quota. Viote del Monte Bondone 1998, 4 vol.
119. Zurfluh, A. (1986): Gibt es den Homo alpinus ? Eine demographisch-kulturelle Fallstudie am Beispiel Uri (CH). Itinera 1986, 5-6, S. 232 - 282

## Anhang

Liste der Fachgespräche, die im Rahmen dieser Analyse geführt wurden

- Tabelle 1: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1871 – 1951
- Tabelle 2: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1951 – 1981
- Tabelle 3: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1981 – 2000
- Tabelle 4: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen und der Alpenstaaten 1871 – 2000
- Tabelle 5: Ergebnis der Cluster-Analyse
- Karte 1: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1871 – 1951
- Karte 2: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1951 – 1981
- Karte 3: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1981 – 2000
- Karte 4: Die Bevölkerungsentwicklung der Alpen 1871 – 2000  
(Cluster-Analyse)

Erfolgskontrollbericht

Gespräche, die im Rahmen dieser Analyse durchgeführt wurden (Zeitraum Juli 2001 bis Februar 2002)

Befragte Person	Institution	Befrager
<i>Österreich:</i> Ewald Galle	Bundesministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Wien	Perlik
Reinhard Gschöpf	Wiss. Mitarbeiter der Fraktion der Grünen im österr. Parlament, ehemaliger Leiter des Alpenkonventionsbüros der CIPRA-Österreich, Wien	Perlik
Gudrun Streicher	Geschäftsführerin CIPRA-Österreich	Perlik
Alexander Keul	Prof. für Kultur- und Umweltpsychologie, Universität Salzburg	Bätzing
Ulrike Kammerhofer-Aggermann	Leiterin des Salzburger Landesinstituts für Volkskunde, Salzburg	Bätzing
Hans Haid	Obmann Pro Vita Alpina, Sölden	Bätzing
<i>Schweiz:</i> Daniel Wachter	Amt für Raumentwicklung, Bern	Perlik
Andreas Weissen	Präsident der CIPRA-International, Leiter des Alpenprogramms des WWF-Schweiz, Brig	Perlik
Jürg Wyder	langjähriger Direktor der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Vorsitzender des Vereins „Internationales Jahr der Berge“ in der Schweiz	Bätzing
<i>Deutschland:</i> Richard Eisenried	Bayer. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, München	Bätzing
Karlheinz Weißgerber	Bayer. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, München	Bätzing
Gertrude Tschöp	Bayer. Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, München	Bätzing
Dieter Kramer	Oberkustos am Museum der Weltkulturen, Abt. Europa, Frankfurt	Bätzing
Sonja Hock	Institut für Geographie der Universität Erlangen-Nürnberg	Bätzing
<i>Liechtenstein:</i> Michel Revaz	Stellv. Geschäftsführer der CIPRA-International, Schaan	Perlik

<i>Italien:</i> Federico Lottersberger	Regione Lombardia, Milano	Bätzing
Luciano Caveri	Abgeordneter der Union Valdotaïne im Europaparlament, Präsident der Vereinigung der gewählten Berggebietsver- treter AEM, Präsident des ital. Komitees für das „Internationale Jahr der Berge“	Bätzing
Annibale Salsa	Prof. für Anthropologie an der Universität Genua, Savona	Bätzing
Ester Cason Ange- lini	Fondazione G. Angelini, Belluno	Bätzing
<i>Frankreich:</i> William Saade	Conservateur en Chef des musées d'Annecy, Annecy	Delaporte
Yves Baret	Chargé de mission Valorisation du Patrimoine culturel au Service Aménagement du Parc des Ecrins, Gap	Delaporte
Philippe Traub	Directeur du Parc de la Vanoise, Chambéry	Delaporte
Louis Olivier	Directeur du Parc du Mercantour, Nice	Delaporte
Henri Rougier	Prof. de Géographie, Université Lyon III, Lyon	Delaporte
Philippe Bourdeau	Institut de Géographie Alpine, Grenoble	Delaporte
René Sournia	Président CIPRA-France, Ville-la-Grand	Delaporte
Tahar Ou-Rabah	Ministère de l'Aménagement du Territoire et de l'Environnement, Paris	Delaporte
Bruno Pellicier	Président du Syndicat National des Guides, Chambéry	Delaporte
Jean-Pierre Buraud	Viceprésident "Milieu Montagnard" de la Fédération des CAF	Delaporte
Jean Guibal	Responsable du Patrimoine pour l'Isère, Musée dauphinois, Grenoble	Delaporte
Guido Plassmann	Président Réseau Alpin des Espaces Protégés, Gap	Perlik
<i>Slowenien</i> Marjan Ravbar	Prof. für Geographie, Universität Ljubljana	Bätzing
Anton Gosar	Prof. für Geographie, Universität Ljubljana	Bätzing
Milan Naprudnik	Ehemaliger Umweltminister, CIPRA-Slowenien, Ljubljana	Bätzing

## Erfolgskontrollbericht zum F+E-Vorhaben 200 11 226

„Umsetzung der sozioökonomischen und ökologischen Aspekte des Nachhaltigkeitsprinzips bei der Ausarbeitung des Schwerpunktthemas der Alpenkonvention „Bevölkerung und Kultur“

### *1. Beitrag zu den förderpolitischen Zielen des Förderprogramms:*

Mit dieser Untersuchung konnte die politisch umstrittene, thematisch sehr heikle und inhaltlich äußerst diffuse Thematik „Bevölkerung und Kultur“ der Alpenkonvention so analysiert werden, dass eine konstruktive Diskussion um die zentralen Inhalte jetzt eigentlich politisch realisierbar sein sollte. Damit dürfte die mögliche Erarbeitung dieses Protokolls erheblich erleichtert werden, und es dürfte die Position des Umweltbundesamtes in diesem Politikfeld gestärkt werden.

### *2. Wissenschaftliche Ergebnisse und Erfahrungen*

Durchgeführt wurden: Analyse der aktuellen Entwicklungen im Alpenraum mit Hilfe der Bevölkerungszahlen des Jahres 2000, Analyse der Dokumente der Alpenkonvention, der Probleme einer nachhaltigen Entwicklung für die Alpen allgemein und die der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit im Besonderen, Erarbeitung eines konkreten Vorschlages für ein solches Protokoll (Themenbereiche, regionsspezifische Ausdifferenzierung, Partizipationsprozesse, Umsetzungsschritte und Pilotprojekte). Die gemachten Erfahrungen haben erneut sehr eindrücklich die starke kulturelle Vielfalt und Heterogenität im Alpenraum sichtbar gemacht.

Neben diesen „alpenspezifischen“ Ergebnissen leistet diese Analyse einen grundsätzlichen Beitrag zum Themenfeld „gesellschaftliche Nachhaltigkeit“, das bislang wenig geklärt ist.

### *3. Wissenschaftliche Erfolgsaussichten nach Projektende*

Die Analyse der Bevölkerungsentwicklung 1871 – 2000 im Alpenraum wurde bereits bei folgenden Veranstaltungen präsentiert (4 Poster analog der 4 Karten):

15.02.2002 Nationale Auftaktveranstaltung zum „Jahr der Berge“ in München, 16.-17.02.2002 Nationale Auftakt-Tagung zum „Jahr der Berge“ in Feldafing, 28.02.-01.03.2002 Tagung der LAG Bayern der ARL in Benediktbeuern. Weitere Präsentationen bei Veranstaltungen zum „Jahr der Berge“ sind vorgesehen. Das Poster der Tabelle 3 (1981 – 2000) ist Teil der Wanderausstellung „Schöne neue Alpen“, alle drei Poster der drei Zeitschnitte (wie Karten 1-3) sollen im Alpinen Museum München präsentiert werden.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsanalyse sollen mehrfach publiziert werden: Alpen-Enzyklopädie (franz., ital., deutsch), Tagungsband ARL, CIPRA-Info und an anderen Orten. Auch die Ergebnisse der anderen Teile dieses Projektes werden in weitere Publikationen einfließen (z.B. in die Neubearbeitung meines „Alpen“-Buches von 1991).

Die Zusammenarbeit mit anderen Forschungsstellen soll über das Projekt „Alpen-Atlas“ des „Internationalen Wissenschaftlichen Komitees für Alpenforschung“ (für Deutschland: Bayerische Akademie der Wissenschaften) laufen, falls dafür Mittel bereit gestellt werden.

Da diese Untersuchung sehr bewusst alpenweit angelegt und durchgeführt wurde, und da die Ergebnisse alpenweit von großer Bedeutung sein dürften, wäre es sehr sinnvoll, neben der Kurzfassung, die in allen vier Alpensprachen veröffentlicht werden wird, die Langfassung auch noch wenigstens ins Italienische und Französische übersetzen zu lassen.

Was die Zusammenarbeit bei der Verteilung von Broschüre und Langfassung betrifft, so wäre die CIPRA sowie das „Internationale Wissenschaftliche Komitee für Alpenforschung“ (Kontaktperson: Dr. Thomas Scheurer, SANW Bern) ideale Ansprechpartner, weil sie in allen Alpenstaaten dezentral präsent sind.

#### *4. Arbeiten, die zu keiner Lösung geführt haben*

Da das Themenfeld vorab genau bekannt war und alle vorgeschlagenen Arbeitsschritte im Detail überblickt werden konnten, gibt es solche Arbeiten nicht.

#### *5. Präsentationsmöglichkeiten*

Siehe Punkt 3

#### *6. Einhaltung der Finanz- und Zeitplanung*

Der Finanzplan wurde eingehalten. Der Zeitplan wurde am 19.11.2001 geändert (schriftliche Bestätigung am 03.12.2001); der Abschluss wurde vom 31.12.2001 auf den 28.02.2002 verlängert. Dieser neue Zeitplan wurde eingehalten.

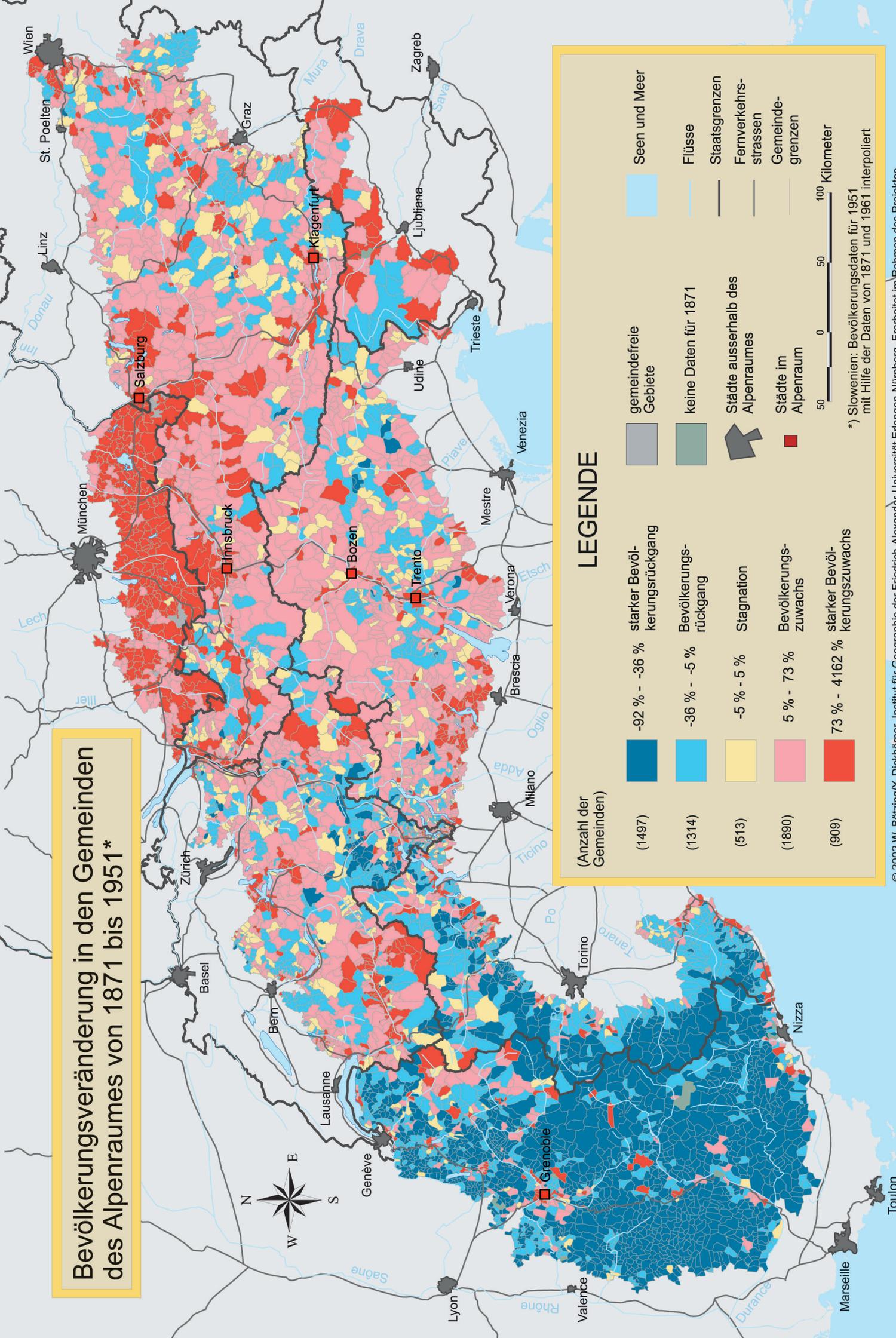
#### *7. Sonstiges: Gesprächsprotokolle*

Die im Rahmen dieser Untersuchung durchgeführten Fachgespräche betrafen sehr heikle und schwierige Fragen, und die Gesprächspartner haben nur deshalb häufig ziemlich klar und deutlich Stellung bezogen, weil sie wussten, dass ihre Antworten nicht veröffentlicht werden, sondern vertraulich behandelt werden. Deshalb gibt es im zu veröffentlichenden Text keinerlei Zitate oder direkte Verweise auf befragte Personen.

Wegen der Vertraulichkeit dieser Fachgespräche sind auch die Gesprächsprotokolle unbedingt vertraulich zu behandeln und ich möchte sie eigentlich nur in ganz wenigen Ausnahmefällen aus der Hand geben.



# Bevölkerungsveränderung in den Gemeinden des Alpenraumes von 1871 bis 1951\*



## LEGENDE

(Anzahl der Gemeinden)

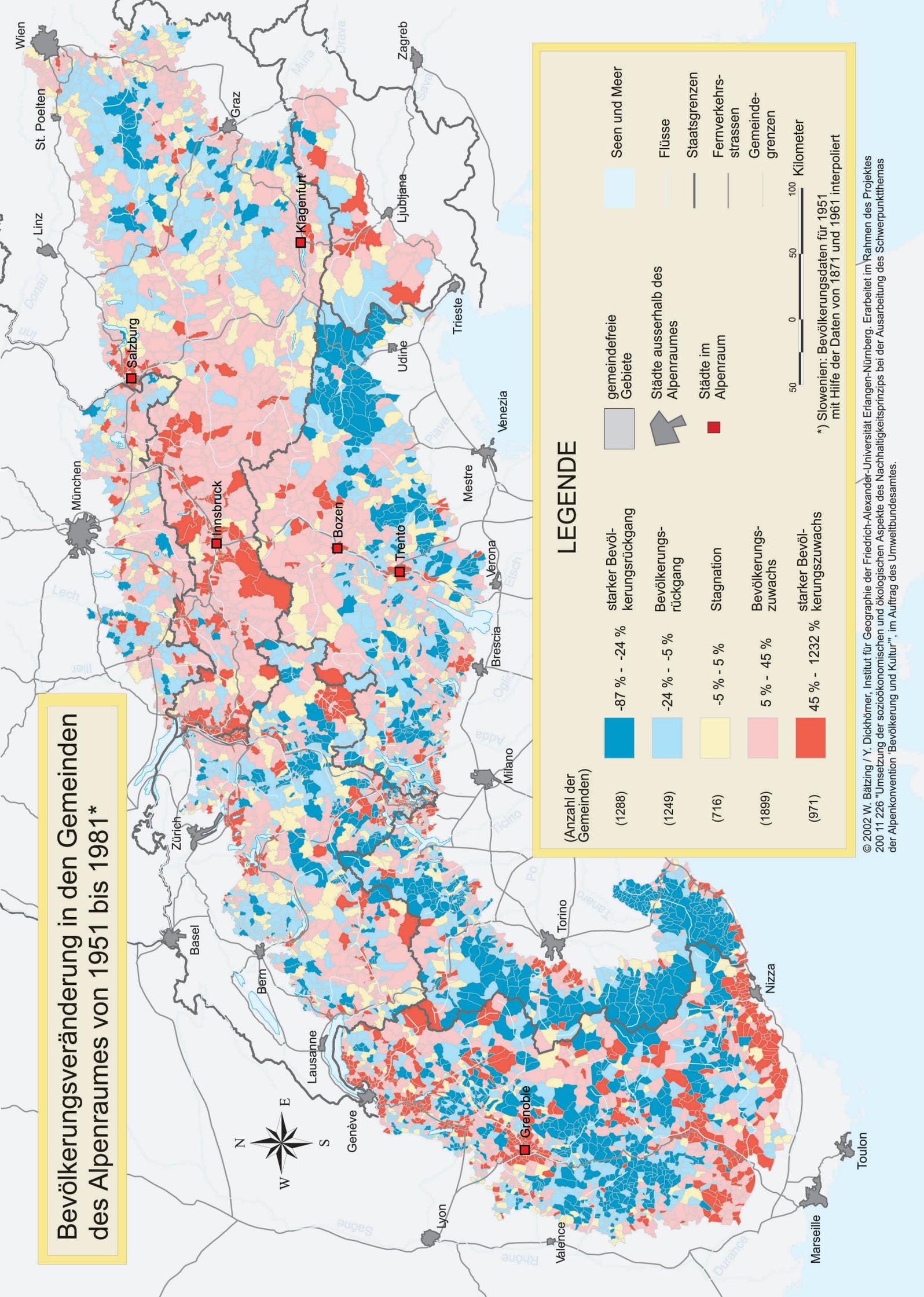
(1497)	-92 % - -36 %	starker Bevölkerungsrückgang	gemeindefreie Gebiete	Seen und Meer
(1314)	-36 % - -5 %	Bevölkerungsrückgang	keine Daten für 1871	Flüsse
(513)	-5 % - 5 %	Stagnation	Städte ausserhalb des Alpenraumes	Staatsgrenzen
(1890)	5 % - 73 %	Bevölkerungszuwachs	Städte im Alpenraum	Fernverkehrsstrassen
(909)	73 % - 4162 %	starker Bevölkerungszuwachs		Gemeindegrenzen

\* Slowenien: Bevölkerungsdaten für 1951 mit Hilfe der Daten von 1871 und 1961 interpoliert

© 2002 W. Bätzing/N. Dickhömer, Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Erarbeitet im Rahmen des Projektes 200 11 226 "Umsetzung des sozioökonomischen und ökologischen Aspekte des Nachhaltigkeitsprinzips bei der Ausarbeitung des Schwerpunktthemas der Alpenkonvention 'Bevölkerung und Kultur'", im Auftrag des Umweltbundesamtes.



# Bevölkerungsveränderung in den Gemeinden des Alpenraumes von 1951 bis 1981\*



## LEGENDE

(Anzahl der Gemeinden)

	-87 % - -24 %	starker Bevölkerungsrückgang		gemeindefreie Gebiete		Seen und Meer
	-24 % - -5 %	Bevölkerungsrückgang		Städte ausserhalb des Alpenraumes		Flüsse
	-5 % - 5 %	Stagnation		Städte im Alpenraum		Staatsgrenzen
	5 % - 45 %	Bevölkerungszuwachs				Fernverkehrsstrassen
	45 % - 1232 %	starker Bevölkerungszuwachs				Gemeindegrenzen

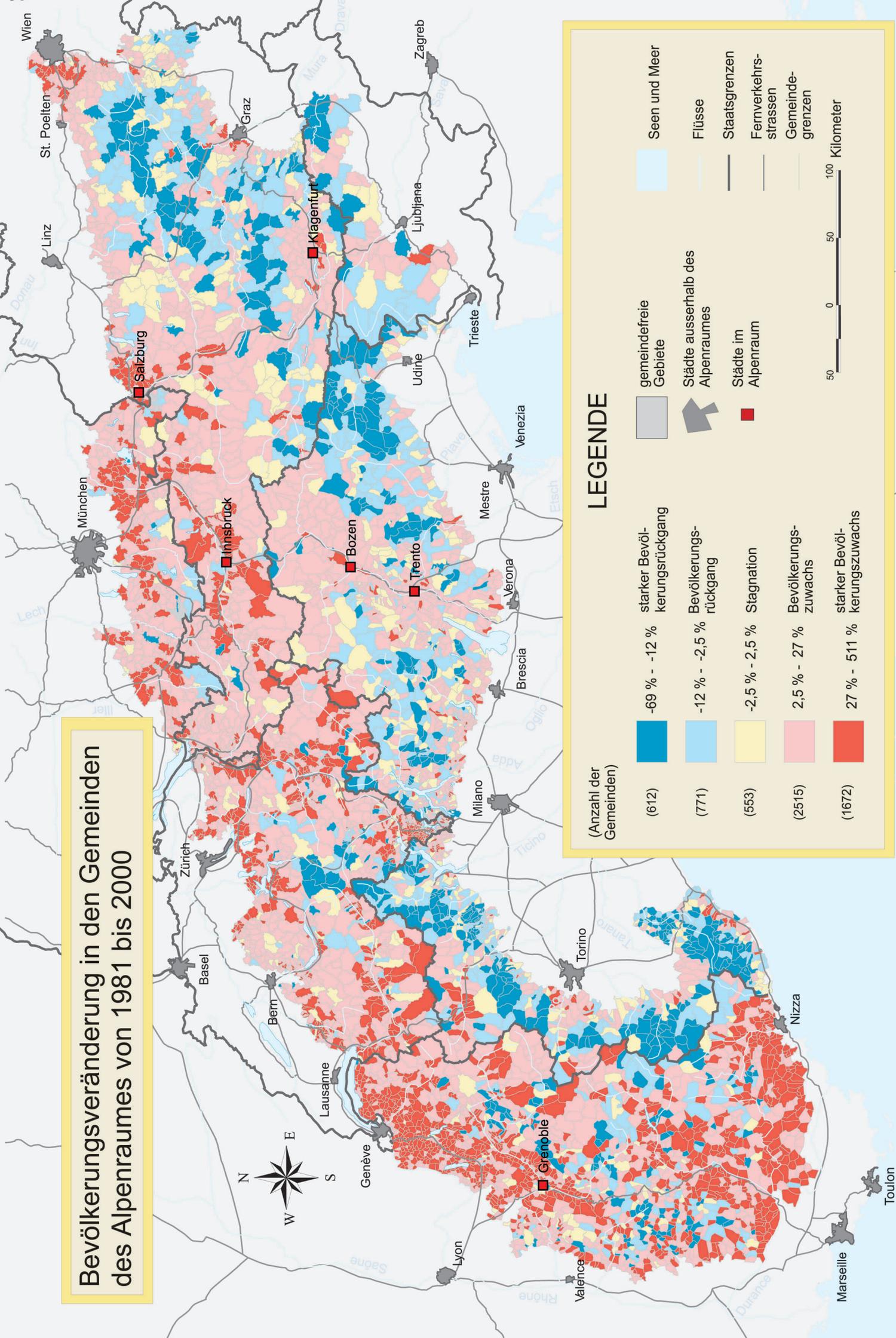
50 0 50 100 Kilometer

\*) Slowenien: Bevölkerungsdaten für 1951 mit Hilfe der Daten von 1871 und 1961 interpoliert

© 2002 W. Bätzing / Y. Dickhörner, Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Erarbeitet im Rahmen des Projektes 200 11 226 "Umsetzung der sozioökonomischen und ökologischen Aspekte des Nachhaltigkeitsprinzips bei der Ausarbeitung des Schwerpunktthemas der Alpenkonvention 'Bevölkerung und Kultur'", im Auftrag des Umweltbundesamtes.



# Bevölkerungsveränderung in den Gemeinden des Alpenraumes von 1981 bis 2000



## LEGENDE

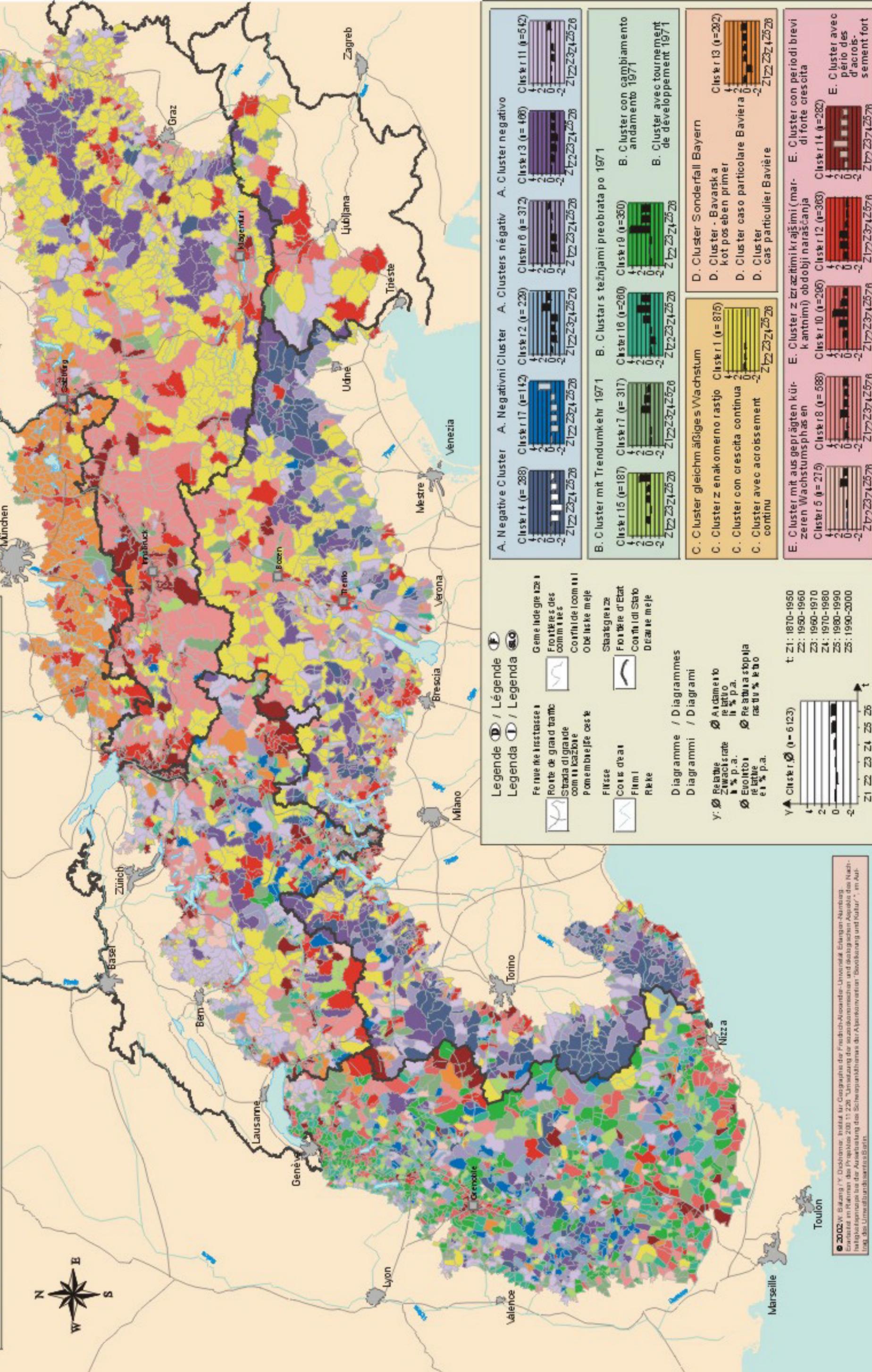
(Anzahl der Gemeinden)	starker Bevölkerungsrückgang	gemeindefreie Gebiete	Seen und Meer
(612)	-69 % - -12 %		
(771)	-12 % - -2,5 %	Städte ausserhalb des Alpenraumes	Flüsse
(553)	-2,5 % - 2,5 %		Staatsgrenzen
(2515)	2,5 % - 27 %	Städte im Alpenraum	Fernverkehrsstrassen
(1672)	27 % - 511 %		Gemeindegrenzen



© 2002 W. Bätzing / Y. Dickhömer, Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Erarbeitet im Rahmen des Projektes 200 11 226 "Umsetzung der sozioökonomischen und ökologischen Aspekte des Nachhaltigkeitsprinzips bei der Ausarbeitung des Schwerpunktthemas der Alpenkonvention "Bevölkerung und Kultur"", im Auftrag des Umweltbundesamtes.



Typisierung der Alpengemeinden nach Entwicklungsverlaufsclassen 1870-2000  
 Typologie des communes alpines selon des catégories d'étude diachronique d'évolution démographique 1870-2000  
 Tipologia di comuni di evoluzione diacronica 1870-2000  
 Tipizacija alpskih obè in po razredih demografskega razvoja v obdobju 1870-2000



**Legende / Légende / Legenda / Legenda**

- Fe rive ne kristiane / Frontiere des communes / Strada di grande comùn / Obè in kaze / Pomebnje ces te
- Flusse / Cours d'eau / Fiumi / Rieke
- Staatgränze / Frontière d'Etat / Confini di Stato / Dravne meje

**Diagramme / Diagrammes / Diagrammi / Diagrami**

Y: Relative Zuwachsrates % p.a. / Evoluzioni relative % p.a.

t: Z1: 1870-1950, Z2: 1950-1960, Z3: 1960-1970, Z4: 1970-1980, Z5: 1980-1990, Z6: 1990-2000

**A. Negative Cluster / A. Clusters négatifs / A. Cluster negativo**

- Cluster 4 (n=288)
- Cluster 17 (n=142)
- Cluster 2 (n=229)
- Cluster 6 (n=372)
- Cluster 3 (n=406)
- Cluster 11 (n=542)

**B. Cluster mit Trendumkehr 1971 / B. Cluster s teznjami preobrata po 1971**

- Cluster 15 (n=187)
- Cluster 7 (n=317)
- Cluster 16 (n=260)
- Cluster 9 (n=350)

**C. Cluster gleichmäßigem Wachstum / C. Cluster z enakomerno rastjo**

- Cluster 1 (n=875)

**D. Cluster Sonderfall Bayern / D. Cluster - Bavarska kot poseben primer**

- Cluster 13 (n=292)
- Cluster 8 (n=588)
- Cluster 10 (n=285)
- Cluster 12 (n=303)
- Cluster 14 (n=282)

**E. Cluster mit ausgeprägten kürzeren Wachstumsphasen / E. Cluster z izrazitimi krajšimi (manjšimi) obdobji narasčanja**

- Cluster 5 (n=215)
- Cluster 18 (n=528)
- Cluster 19 (n=528)
- Cluster 20 (n=528)
- Cluster 21 (n=528)
- Cluster 22 (n=528)
- Cluster 23 (n=528)
- Cluster 24 (n=528)
- Cluster 25 (n=528)
- Cluster 26 (n=528)

© 2002 W. Blang / W. Blang, Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg  
 Entzitat in: Müller, M. (Hrsg.) 2001: 226 "Umsetzung der sozioökonomischen und ökologischen Aspekte des Nachhaltigkeitsprinzips bei der Ausarbeitung des Schemaplanes der Alpenkonvention: Bevölkerung und Kultur", im Auftrag des Umweltbundesamtes/Berlin.